Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951
1950

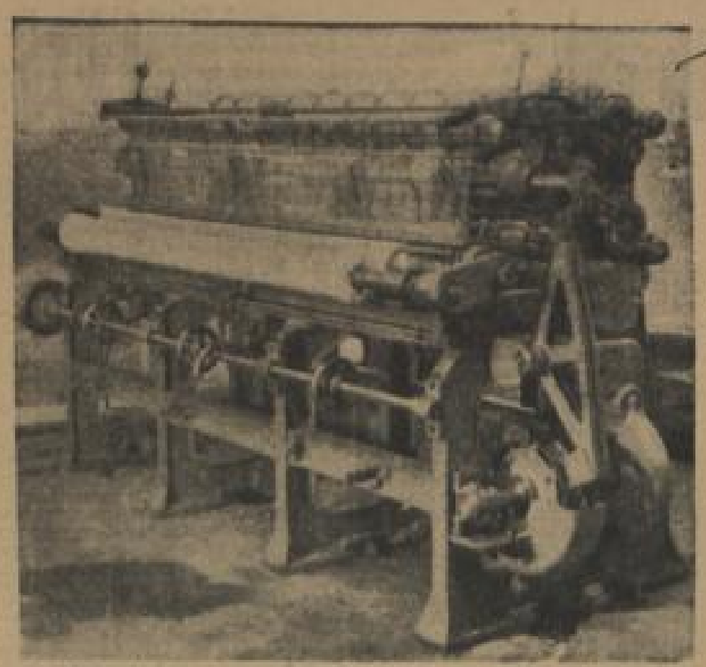
6 (8.2.1950)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 6 — 5. Jahrgang | Karlsruhe, 8. Februar 1950 | Preis 50 D-Pfennige



Die südwestdeutschen Argus-Werke Heinrich Koppenberg (SÜDAK) in Karlsruhe hat unter maßgeblicher Beteiligung von Spezialfacharbeitern aus dem Chemnitzer Industriegebiet einen modernen Universal-Kettenwirkstuhl entwickelt, der mit einer erprobten Dauerleistung von 500 Maschen in der Minute das Weltmarktleistungsniveau erreicht. Der sogen. „Schnellläufer" liefert jedoch bei erstklassigem Rohmaterial mehr als 500 Maschen, wobei die Kettenbindungsart keine Rolle spielt, während die bisher in Deutschland produzierten Wirkstühle wesentlich weniger Umdrehungen in der Minute liefern.

Bei der erhöhten Verwendung von Trikotgewirken in moderner Oberkleidung und dem außerordentlichen Bedarf in Deutschland wird der Wirkstuhl der SÜDAK, die damit die Tradition der in Limbach bei Chemnitz demontierten Firma Schneider-Kratzer aufnimmt, eine große Lücke auffüllen. Der Universal-Kettenwirkstuhl stellt in achtstündiger Arbeit 36 Meter Gewirke in einer Konfektionsbreite von 180 cm her. Aus dem Ausland, das vor dem Krieg etwa 90 v. H. der in Sachsen produzierten Wirkmaschinen, insbesondere Kettenstühle, importierte, liegen bereits Nachfragen vor.

Keine Hoffnung auf USA-Kapital

Deutschland bleibt auf Eigenfinanzierung angewiesen - Bundestag berät Arbeitslosigkeit
Winter-Schluß-Verkauf unter Einstandspreisen - Absatzkrise in der Landwirtschaft

Die kälteste Dusche hat uns in dieser Woche der Herr Reichsminister a. D. Treviranus verpaßt mit seiner Rede in Bielefeldhausen. Viele werden sich wieder seines 4 Pfennig-Stückes noch seiner abenteuerlichen Flucht vor der SS erinnern, aber heute wollen wir unsere Leser daran erinnern, daß er aus den USA kommt, also wissen muß, was dort gesprochen wird. Er sagt kurz und bündig, daß seit dem Zeitpunkt, an dem in der Sowjetunion die erste Atombombe explodierte, keine Chance mehr für Deutschland bestände, privates USA-Kapital nach Deutschland zu bekommen, um damit hier Investitionen vorzunehmen. Da aber Deutschland, wenn es konkurrenzfähig exportieren und seine Handelsbilanz ausgleichen wolle, dringend fremdes Kapital benötige, es aber — wie gesagt — nicht aus den USA bekommen könne, sehe er die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nicht optimistisch.

Die These

Ob Dr. Adenauer diese Rede gelesen oder gar gehört hat, wissen wir nicht. Immerhin hat er am Sonntag eine Erklärung abgegeben, die dahin zielt, Deutschland müsse Kapital aus den USA haben, um weiter wieder aufzubauen. Darauf kam die zweite kalte Dusche, nämlich ein Sprecher der hohen Kommission erklärte, indem er an der Erklärung Adenauer's Kritik übte, die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland seien noch nicht stabil genug, um es fremdem Kapital zumuten zu können, das Risiko für Investitionen in Deutschland auf sich zu nehmen. Weiter wurde von diesem hohen Sprecher dem Herrn Bundeskanzler bedeutet, daß Deutschland selbst aus Eigenem Kapital bilden solle und daß manche Anregungen der hohen Kommission von der Bundesregierung nicht befolgt worden seien.

Vergleicht man die offenen Worte des Herrn Treviranus mit denen des Sprechers der hohen Kommission, dann hört man zunächst aus beiden das Nein und aus dem einen heraus, daß man eine klare Erklärung einer Kritik vorsieht, hinter der man sich ja immer besser verbergen kann.

. . . und die Praxis

Es ist nur merkwürdig, daß die Praxis im Kleinen gegen diese im Großen gesprochenen Thesen spricht. Es arbeitet viel USA-Kapital in Deutschland (Opel, Ford, Esso). Man könnte sagen: Nun ja, diese Firmen waren schon im Frieden hier und haben nur ihre zerstörten Betriebe wieder aufgebaut, aber das Auto-Union-Projekt in Düsseldorf, das doch völlig neu ist, wird von einer belgischen Finanzgruppe finanziert, hinter denen amerikanische Interessen vermutet werden. Es ließen sich noch eine Reihe von anderen Beispielen anführen, aber diese kleinen Ausnahmen sagen nichts gegen die Regel — und die Regel lautet — das müssen wir nun wohl oder übel feststellen: Aus den USA ist kein Kapital zu erwarten, eben weil wir Nachbarn der Sowjets sind und diese die Atombombe (vielleicht dank Herrn Dr. Fuchs auch die Wasserstoffbombe) haben.

Vielleicht wird jetzt manchem Mann der Wirtschaft klar, wie eng unsere Wirtschaft mit der Politik verbunden ist. Wenn weder die hohen Weltmarktpreise, die wir zahlen müssen, noch die vorläufig auf unserem Blicken ausgetragene Liberalisierung, noch das deutsch-französische Handelsabkommen uns noch nicht die Augen geöffnet haben, dann jetzt die oben wiedergegebenen beiden Erklärungen.

Das Wunder

Diese Einleitung schien uns geeignet für das Thema: Bestätigung der Arbeitslosigkeit. Fieberhaft bemüht man sich in Kreisen der Bundesregierung diesem Ungeheuer zuleibe zu gehen. Am Donnerstag wird die Debatte im Bundestag allein diesem Thema gewidmet sein. Man wird auf die Vorschläge gespannt sein dürfen, die dort gemacht werden. Trotz scharfer Worte, die wir in den letzten Tagen von alliierter Seite, meist zu Unrecht, zu hören bekamen, werden wir alle, Bundesregierung und Opposition, versuchen, das Problem zu meistern. Wir identifizieren uns aber völlig mit der Frage, die Bundesarbeitsminister Storch in Oberhausen stellte. Was wäre in England geschehen, wenn zu seinen 49 Mill. Einwohnern innerhalb von 2—3 Jahren 11 Mill. Menschen hinzugekommen wären. Gäbe es dann heute schon eine Vollbeschäftigung in England? Wir fragen weiter: Warum unterläßt man bei der Erörterung dieses Themas, darauf hinzuweisen, was seit Monaten in der Weltpresse zu lesen ist: der Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft grenzt an ein Wunder, denn heute sind mehr Menschen im westdeutschen Produktionsprozeß beschäftigt als im Frieden. Oder die Zahl der Arbeitsstunden ist in Deutschland laufend gestiegen und die Durchschnittswochenarbeitszeit bei den Männern liegt bereits über 48 Stunden.

Trotz dieser ungeheuren Leistung schlägt auch die Bundesregierung an ihre Brust. Vizekanzler Blücher gab zu, daß für die Vertriebenen und Kriegsverschrten noch zu wenig getan werde. Die deutsche Denkschrift zum ERP-Programm kündigt eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen an, die der Rationalisierung der Industrie, der Leistungssteigerung in der Landwirtschaft und der intensiven Kapitalbildung dienen. Für 1950/51 sind 3,3 Mrd. aus Mitteln des Kapitalmarktes und 3,50 Mrd. DM aus öffentlichen Haushalten und Sonderfonds zu erwarten. Unter Einrechnung eines geschätzten Beitatfinanzierungsbetrages von 2,4 Mrd.

Bankensorgen ohne Tradition

Die Sorgen der Banken sind eigentlich immer Sorgen der Wirtschaft. Da heute die Wirtschaft in Deutschland untraditionelle Sorgen hat, haben sie auch die Banken. Es war Tradition, zum Jahresende eine möglichst günstige Bilanz zu setzen. Mit einem gewissen Stolz wiesen die Banken auf diese Fähigkeit hin. Auf Ende 1949 ist es den deutschen Banken nicht gelungen, besonders günstige Bilanzen zu setzen. Die Kundschaft zahlte nicht zwischen Weihnachten und Neujahr die im Weihnachtsgeschäft erzielten Einnahmen ein, sondern erst im Anfang des Januar. Warum? Weil wir untraditionelle Steuersätze haben. Weil die Wirtschaft ihrerseits nicht allzu flüssig bilanzieren will. Man kaschiert das bare Geld, das man hat, und man bringt es vielleicht der nicht einmal in voller Höhe zur Bank — jedenfalls nicht vor Silvester.

Und noch etwas kaschiert die Wirtschaft, diesmal der Bank gegenüber: Die Tatsache, daß Warenbestände und Umsätze untraditionell verfallen. Wie oft haben die Banken ein — durch die Reichsmarkzeit zerstörtes — Warenlager sich als Sicherheit für einen Kredit verpfänden lassen — und erst zu spät merkte die Bank, daß dieses Warenlager unverkäuflich ist und gar nicht am eigentlichen Umsatz des Geschäfts des Kunden teilnahm. Noch heute sind erhebliche Bestände aus der Reichsmarkzeit wohl vorhanden und sehr wohl als Kreditunterlage benutzt, aber nicht mehr im Umsatz. Nach guter Tradition müßte der Industrielle und der Händler auf diese Warenbestände erhebliche Abschreibungen vornehmen. Das tue er auch, wenn nicht damit die Grundlage für den Kredit entzogen würde. So werden also der Bank gegenüber Warenbestände vorgetäuscht, die zwar da sind, die man sehen kann, die aber nicht als wirtschaftliche Bestände gewertet werden können.

Die Preisstürze und die Billigkeit der Importwaren sind gleichermaßen Sorgen der Banken wie der Wirtschaft. An den plötzlichen Preisstürzen für Eier kurz vor Weihnachten sind nach guten Schätzungen 8 bis 10 Mill. DM verloren worden. Wenn dabei nicht manche Bank Haare lassen muß, sollte uns dies wundern. Die Preisstürze haben auch in die Bestandsbewertung kurzfristiger Waren erhebliche Lücken gerissen. Man sehe sich die Preise in den Ausverkäufen an. Das sind keine Ausverkaufspreise, sondern Notverkaufspreise.

Die Finanzierung von Importen, ein bisher glänzendes Geschäft der Banken, bereitet ein sehr riskantes Geschäft sowohl für die Wirtschaft wie für die Banken zu werden. Bisher lagen meist bereits die Aufträge solventer deutscher Abnehmer vor, ehe die Ware überhaupt die Grenze passierte. Weder für den Importeur noch für die Bank bestand also ein Risiko. Heute kaufen viele Importeure ohne bereits die Aufträge aus Deutschland zu haben, kaufen auf Verdacht und nehmen Kredit auf Verdacht. Die Liberalisierung des Außenhandels und der damit verbundene verstärkte Druck auf die Preise gefährdet von verschiedenen Seiten her die Gelder, die die Banken auf dem Kreditwege gegeben haben. Nicht nur sind die Bestände weniger wert, sondern die Gewinne der Betriebe gehen herunter und damit die Rückzahlungsfähigkeit mindestens aber die Rückzahlungsbereitschaft. Andererseits wird jeder Betrieb, der eine Ware zu einem rentablen Preis nicht mehr absetzen kann, versuchen, den Betrieb umzustellen auf andere Waren, für deren Absatz er bessere Chancen sieht. Er wird also wieder an die Bank herantreten und einen Umstellungskredit erbitten. Wer weiß aber ob die neue Ware einschlägt, aber die Bank hat den Kredit gegeben und irgendwie und irgendwann verlangt sie ihn zurück. Viele Beispiele könnten wir nennen aus den verschiedensten Branchen, wo immer wieder versucht wurde, meist ohne Erfolg mit Betriebsumstellungen, die oft nicht unerhebliche Investitionen erforderten, wieder ein rentables Geschäft aufzurühren.

Sagen wir es nur deutlich: Vielen Kaufgütern ist das Marktgetriebe abhanden gekommen, und es bedarf einer ihnaren Einspielzeit, es wieder zu gewinnen. Darunter müssen die Banken leiden. — und infolge dieser Erfahrungen auch mancher Kunde der ein einträgliches Geschäft aus Vorsicht nicht finanziert erhält. Es sind uns sogar Beispiele bekannt geworden, in denen große Abschlüsse getätigt wurden, ohne Naturereignisse miteinzukalkulieren, die jeder verständige Kaufmann in dieser Branche aus aller Erfahrung hätte wissen müssen. In einem Fall kam dadurch ein großes einzelnes Unternehmen an den Rand des Konkurses — und die finanzierende Bank erheblich in Sorgen.

Das Kontokorrentgeschäft und der Wechsel werden weiter vorläufig das Rückgrat des Bankgeschäfts bleiben. Die weitere Zunahme der kurzfristigen Kredite deutet dies an. Jedoch sollten die Banken auch wieder ihr Augenmerk auf das Effektengeschäft legen. Sie werden sowieso dabei Hilfestellung zu leisten haben. Man kann wohl sagen, daß auch heute noch die Aktienkurse im wesentlichen unterbewertet sind. Der große Trend geht weiter nach oben (die augenblickliche Schwäche ist allein durch die Steuer- und Soforthilfeabführungstermine bedingt). Beispiel: Karstadt stellt 3:1 um und steht doch erst 75. Am Montag stieg der Kurs in Frankfurt auf 80. Es beginnen die Dividendenzahlungen aus DM-Zeit. Vielleicht wird man diese Dividenden mit Bankkredit zahlen, aber man erreicht, daß die Aktien über Pari gehen und wenn sie einen Stand von — sagen wir — 140 erreicht haben, dann wird man eine Emission starten und die neuen Aktien mit 110 anbieten. Wir sind sicher, daß sie gekauft werden. Die Pflege der Börse und der Effektenmärkte dürfte also im wohlverstandenen Interesse der Banken liegen.

Nicht gekauft dagegen werden die Anleihen. Jeder Versuch in dieser Richtung der bisher gemacht wurde, scheiterte. Das war für den Einsichtigen klar. Weder die Banken konnten von sich aus, noch die Kunden der Banken hatten Mittel, um in langfristige Anleihen zu gehen. Sparzeit im weiteren Sinne läuft immer noch nicht an. Selbst bei den Sparkassen ist durch die Vermehrung von Spargeschäft und Giroverkehr schwer festzustellen, was echte Sparbeträge im alten Sinne sind. Die Ersparnisse der Wirtschaft nimmt heute der Staat durch die Steuern fort bis auf auf den kleinen Rest, den zu investieren der Wirtschaft gelingt. Die Beispiele aus jüngster Zeit: Die 3½%ige steuerbegünstigte Anleihe der Kreditanstalt für Wiederaufbau brachte 23 Mill. DM — und für 30 Mill. hatte das Bankenkonsortium garantiert. Die im September emittierte 3½%ige Wohnungsbauanleihe der Wiederaufbaubank erbrachte nur 8 Mill. DM. Der Fehlschlag der Reichsbahnanleihe im vorigen Jahr ist bekannt. Selbst die großen Energiegesellschaften, die auf Grund ihrer gesicherten Absatzes zu den besten Emittenten gehörten, konnten von ihren Obligationen in einer Gesamthöhe von 330 Mill. DM bis Ende 1949 nur etwa 30 DM unterbringen. Es zeigt sich immer mehr, daß, wenn überhaupt gespart wird, es sich um Zweckersparnisse handelt und damit dem allgemeinen Investitionsbedarf nicht zur Verfügung steht.

Wir sehen, die Sorgen der Banken sind immer auch die Sorgen der Wirtschaft. IL

Wettbewerb und Monopole

Wann fallen die staatlichen und städtischen Monopole? — Wann fallen die gesetzlichen Wettbewerbsbeschränkungen? Der siebente Entwurf eines Kartellgesetzes gibt keine Antwort auf diese Fragen

Man sage nicht ohne weiteres, daß die Zahl 7 eine böse Zahl sei. Das Bundeswirtschaftsministerium hat jetzt den siebenten Entwurf für ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen fertiggestellt und es scheint so, als ob die Regierung auf diesem Entwurf zu beharren beabsichtigt. Was der Bundesrat und der Bundestag noch ändern wird, steht vorläufig in den Sternen. Auch die Wirtschaft meldet bereits Bedenken an.

Ehe wir auf die Einzelheiten des Entwurfs eingehen, müssen ein paar prinzipielle Fragen geklärt werden. Fahren wir gleich das größte Geschütz auf. Sind Monopole unerwünscht oder nicht? In dieser klaren Fragestellung wird der Bundeswirtschaftsminister antworten: Ja, sie sind unerwünscht. Unter dieser Voraussetzung müßte die Berechtigung z. B. des Postregals ebenso geprüft werden, wie die Berechtigung einer Stadt, eine Straßenbahn oder ein Gaswerk zu betreiben. Beides sind Monopole, denn niemand darf neben der Reichspost einen postähnlichen Betrieb unterhalten (man erinnere sich noch des Prozesses, in dem Oberbürgermeister Dr. Böß, Berlin, zu DM 3.— Geldstrafe verurteilt wurde, weil er Briefe innerhalb des Magistrats befördern ließ). Ebenso darf noch lange nicht irgend ein Autobusunternehmer in einer Stadt, wo eine städtische Straßenbahn fährt, Konkurrenzlinien eröffnen. Warum nicht? So fragt man in einem Land, das eine freie Wirtschaft hat. (Wozu solche amtlichen Monopole führen können, haben wir gerade in den letzten Tagen erlebt, als die Post ihre Absicht bekannt gab, von jedem Fernsprechteilnehmer eine kleine Zwangsanleihe zu erheben, widrigenfalls ihm der Anschluß genommen wird. Eine unerhörte Absicht, aber ein schlagender Beweis gegen amtliche Monopole.)

Übrigens: Braucht ein Land mit freier Wirtschaft überhaupt einen Wirtschaftsminister? Wirtschaftsminister sind eine Erfindung der neueren Zeit. Vor dem ersten Weltkrieg gab es so etwas noch nicht. Wirtschaftsminister sind Kinder der Not — und geplante Wirtschaft ist auch ein Kind der Not, oder ist vielleicht an der Not durch die Planung entstanden? Es scheint fast so. Stellen wir also fest: Solange es einen Wirtschaftsminister gibt, ist die Wirtschaft noch nicht frei, oder umgekehrt: Wenn die Wirtschaft frei ist, ist ein Wirtschaftsminister überflüssig. Dann brauchen wir nur noch Staatsmänner mit Wirtschaftskenntnissen — und ein Monopolamt, das aber sein Augenmerk mit gleicher Schärfe auf die öffentlichen Betriebe lenken muß, wie auf die privaten.

Weiter wird weder in dem Entwurf noch in der Diskussion über ihn von den Wettbewerbsbeschränkungen gesprochen, die bereits in Kraft sind, nämlich kraft Gesetzes. Wir greifen das Zugabeverbot heraus. Ist etwa das Zugabeverbot keine Wettbewerbsbeschränkung? Oder sind die einschränkenden Bestimmungen über Ausverkäufe keine Einschränkungen des Wettbewerbs? Wir können nur hoffen, daß diese Bestimmungen aufgehoben werden — im Interesse des freien Wettbewerbs.

Würde man nach dem Inhalt und Wortlaut des neuen Entwurfs gehen, dann darf es überhaupt keine Preisbindungen mehr geben. Dann darf also auch keine Friseurinnung mehr die Bedienungspreise festsetzen. Jeder Friseur kann rasieren oder haarschneiden zu einem Preis, der ihm beliebt. Das gleiche müßte für die Geschäftszeiten gelten. Wenn der Wettbewerb unbeschränkt sein soll, dann muß es jedem überlassen bleiben, wann er morgens den Laden aufsteht und wann er abends die Ladentüre schließt. Wenn der Wettbewerb frei ist, dann kann sich der Handwerker und der Einzelhändler nach dem Kunden richten. Heute ist es im allgemeinen so, daß Mann oder Frau, die im Büro oder Fabrik beschäftigt sind, kaum in der Lage sind, Einkäufe zu tätigen oder zum Friseur zu gehen.

Worauf wir hinaus wollen, ist, klarzustellen, daß nur bei voller Durchführung der Wettbewerbsfreiheit ein solches Gesetz berechtigt ist. Es darf kein Tendenzgesetz gegen die freie Wirtschaft werden. Es hat aber den Anschein, als ob es ein solches werden solle.

Halten wir also im Prinzip fest: Ein von einem städtischen oder staatlichen Monopolbetrieb festgesetzter Preis ist noch lange nicht heilig, weil er vom Staat kommt und eine Preisbindung, die von der freien Wirtschaft kommt, ist nicht darum unheilig, weil sie von der freien Wirtschaft kommt. Ob ein Monopolamt überhaupt in der Lage ist, über die wirtschaftliche Rechtfertigung eines Preises entscheiden zu können, erscheint uns zweifelhaft. Nur der Markt entscheidet darüber, ob ein Preis richtig oder falsch ist. Die Riesenprozesse in den USA, die nach Erlaß der Antitrustgesetzgebung hier und da anhängig geworden sind, bestärken uns in unserer Befürchtung. Dazu noch folgende Erfahrung: Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in Hand des Staates oder einer Stadt sind im allgemeinen wesentlich gefährlicher und negativer zu beurteilen, als die Zusammenballung in Privathänden.

Damit kommen wir zu einem weiteren positiven Argument für die Aufhebung der Wettbewerbsbeschränkungen. Je weniger Kartelle es gibt und je weniger „Zusammenballung wirtschaftlicher Macht", um so geringer sind die Möglichkeiten des Staates nach diesen Gebieten seine begierige Hand auszustrecken. In Demokratien wechseln die Majoritäten, und es kann, wie vor mehr als 4 Jahren in England, plötzlich eine Majorität in die gesetzgebende Versammlung einziehen, die verstaatlichungssüchtig ist. Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht bekanntlich die großen Konzerne. Nach dem sehr gesunden Prinzip „Führe mich nicht in Versuchung" ist es also nur wünschenswert, keine großen Gebilde zu schaffen — abgesehen davon, daß im Prinzip jede Wettbewerbsbeschränkung von Übel ist.

Nun geht aus dem Tenor des Entwurfs deutlich hervor, daß man nicht die Preisbindungen, die eine Firma für ihre Großhändler und ihre Einzelhändler festsetzt, für unzulässig erklärt, sondern nur Preisbindungen, die zur Marktbeherrschung führen, also Preisbindungen zwischen wenigen Betrieben einer Branche, die den Markt zusammengenommen, völlig in der Hand haben. Darum sind auch ausdrücklich Markenartikel und Lizenznehmer von Schutzrechten von diesem Gesetz ausgenommen worden. Der einzelne Fabrikant bleibt also in seiner Preisgestaltung frei. Er hat ja Konkurrenz und muß sehen, wie er seinen Marktanteil hält oder erhöht. Dagegen sind Preisbindungen zwischen den Firmen einzelner Branchen nicht gestattet. Nun gibt es kein Gesetz, das man nicht umgehen könnte. Wer will die Spitzenmänner der führenden Firmen einer Industrie daran hindern, sich „gelegentlich" bei einem guten Glase Wein zu treffen? Gentleman-Agreements pflegen fester zu halten als schriftliche Verträge — und sind schwer beweisbar, aber doch schon wieder vorhanden.

Ebenso ist die Begrenzung der Erzeugung nach dem neuen Entwurf verboten. Auch dies Verbot gilt selbstverständlich nur für Abreden zwischen Firmen. Eine einzelne Firma kann, wenn sie Lust hat, ihre Produktion vermindern, um ihr Produkt selten und damit teurer zu halten. Daß die Festsetzung von Quoten oder Kontingenten nach dem neuen Entwurf verboten ist, ergibt sich von selbst.

Erfreulich ist die vorgesehene Ausdehnung von Erfinder- oder sonstigen Urheberrechten über den gesetzlich gewährten Schutz hinaus. Aus dieser Tendenz heraus ist auch die Unterdrückung von Fertigungsverfahren oder die Verhinderung technischer Fortentwicklung verboten. Dies ist nun allerdings ein sehr schwieriges Kapitel. Es ist richtig, daß früher sehr viele Patente von großen Firmen gekauft wurden, um nicht ausgenutzt zu werden. Wie sich die Autoren des Entwurfs die praktische Durchführung dieses Verbotes vorstellen, wissen wir nicht. Ein solches Verbot ist auch generell nicht ohne weiteres zu begrüßen. Es kann und hat genug Fälle gegeben, in denen eine Erfindung bei ihrer sofortigen Durchführung mehr volkswirtschaftlichen Schaden als Nutzen gestiftet hätte. Außerdem erscheint uns ein solches Verbot kaum unter den Begriff Wettbewerbsbeschränkungen zu fallen. Im Gegenteil. Wenn ein Erfinder sein neuestes Patent verkaufen will, dann muß er in diesem Verkauf frei sein, d. h. er muß dies Patent verkaufen können wenn er will und mit oder ohne Bedingungen. Wäre dies nicht der Fall, so wäre der Erfinder wettbewerbsbeschränkt. Das will man aber gerade nicht. Außerdem ist niemand so allwissend, daß er den Erfolg einer neuen Erfindung voraussehen könnte. Was nützt es einem Erfinder, wenn er sein Patent einer Firma verkauft, die sich verpflichtet, es anzuwenden, aber der Artikel schlägt nicht ein und die Firma ist nicht einmal in der Lage, ihm die Lizenzgebühr zu zahlen?

Sehr bedenklich sind die Ausnahmebewilligungen, die das „unabhängige, nur dem Gesetz unterworfene Monopolamt" zulassen darf. Wir greifen nur den ersten Punkt heraus, der lautet: „Wenn in besonderen Fällen eine bestmögliche Marktversorgung durch einen freien Wettbewerb nicht erreicht werden kann." Setzt man keine neue Mangellage voraus, dann wird es schwer, sich vorzustellen, daß eine bestmögliche Marktversorgung nicht durch den freien Wettbewerb erreicht wird. Bisher hat sich noch immer erwiesen, daß der freie Wettbewerb den Markt am besten versorgt.

Und wie stark ist das Monopolamt gegenüber der Bundesregierung? Damit kommen wir zum Ausgangspunkt zurück. Wenn ein Bundeswirtschaftsminister, den es ja wohl — leider — auch nach Errichtung des Monopolamts noch geben wird, der Meinung ist, daß ein Markt nicht bestmöglichst versorgt ist, dann soll das Monopolamt nur nach dem Gesetz entscheiden. Kann man aber eine rein wirtschaftspolitische Feststellung, nämlich ob ein Markt bestmöglichst versorgt ist, nur nach dem Gesetz — und überhaupt mit gesetzlichen Bestimmungen — feststellen? Und andererseits kann das Monopolamt einen Wirtschaftsminister unter Strafe stellen, wenn er entgegen diesem Gesetz den freien Wettbewerb einschränkt, um eine nach seiner Meinung bestmögliche Marktversorgung zu erreichen? Wer entscheidet in einer Kontroverse zwischen einer Preisbehörde (darf es so etwas in einer wettbewerbsunbeschränkten Wirtschaft überhaupt noch geben.) und dem Monopolamt? Hier scheinen uns die größten Schwierigkeiten zu liegen: denn ein nur dem Gesetz unterworfenes Monopolamt bedeutet das Ende einer Wirtschaftspolitik. Und eine von der Regierung abhängige Bundesbehörde, genannt Monopolamt, würde ein Prügelknüppel gegen die freie Wirtschaft sein. An diesem Punkt werden sich die Geister scheiden. Man wird sie erscheinen sehen in den Debatten, die jetzt im Bundestag und Bundesrat beginnen werden. IL

In dieser Nummer

Devisenvorräte Deutschlands erschöpft
Was ist Industrieforschung?
Outsiders-Konkurrenz auf dem Weltmarkt
Warum werden Metalle gestohlen?
Italiens Handel mit Deutschland
Österreich revidiert Devisenbewirtschaftung
Glanz und Elend der brasilianischen Handelsbilanz
Das Uran in Belgisch-Kongo

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

und den Hilfsgeldern aus ERP-Gegenwerten, von über 2,2 Mrd. DM stehen also rund 8½ Mrd. DM zur Verfügung. Das reicht sehr noch nicht, da man nur beschränkten Weiterentwicklung des Investitionsvolumens mindestens 11 Mrd. DM braucht. Man spricht in dieser Denkschrift sogar von Kreditschöpfungen, mit der dieser Rest gedeckt werden soll. Das Wohnungsbauprogramm des Wiederaufbauministers ist, finanziell gesichert und schon die Jahreszeit es gestattet, kann mit dem Bau begonnen werden. 250 000 Wohnungen in einem Jahr ist mehr als je im Frieden in einem Jahr an neuen Wohnungen gebaut wurden.

Der einsichtige Finanzminister

Das Problem bleibt die Steuerbelastung. Wir wollen aber heute nicht auf dem Bundesfinanzminister herumhacken, sondern wollen anerkennen, daß er erstens größere Sparsamkeit gefordert hat. Er sprach allerdings von der Sparsamkeit in der Selbstverwaltung. Wir wollen hoffen, daß er erst vor der eigenen Türe gekehrt hat, ehe er andere auf den Schmutz vor ihrer Türe aufmerksam machte. Er behauptete nämlich, im Wohnungsamt der Stadt Augsburg — von München ganz zu schweigen — säßen mehr Beamte als im ganzen Bundesfinanzministerium. Er hat aber zweitens eine Feststellung getroffen, die wir seit 1½ Jahren an dieser Stelle nicht müde werden, immer wieder zu machen: Die Steuerbelastung der Wirtschaft ist heute so hoch, daß der Lastenausgleich nicht auch noch von ihr verlangt werden kann. Soweit wären wir nun endlich, daß dies an maßgebender Stelle eingesehen wird. Endlich werden brauchbare Pläne vorgelegt, um diesen Lastenausgleichs-Ungeheuer unschädlich zu machen. Der sogenannte Hamburger Plan, den wir im Innern des Blattes kurz skizzieren, scheint uns ganz brauchbar zu sein. Vor allem muß die Wirtschaft wissen, was sie zu zahlen hat.

Börsen schwach — wegen der Steuer ermine

Wie schwer sich die Steuerbelastung auswirkt, haben wir gerade in diesen Tagen wieder erleben müssen. Da am 10. Februar acht verschiedene Steuern und ein Teil der Soforthilfeabgabe zu zahlen ist, waren in der ganzen vorigen Woche die deutschen Börsen schwach. Abgaben über Abgaben drückten auf den Markt, Abgaben, die nur dazu dienten, sich die Mittel für die Steuerzahlung zu besorgen. Noch am Montag dieser Woche waren solche Geldbeschaffungsabgaben festzustellen. Aber gerade die Entwicklung der Börsen am Montag zeigt, wie stark die Auswirkung der Steuertermine ist. Die Gesamthaltung der deutschen Börsen ist nämlich durchaus unfreundlich, und sobald dieser besondere Druck aufhört, erholen sich die Kurse sehr schnell. Immer wieder ist festzustellen, daß die Brauereien- und Textilwerte auch an schwarzen Tagen der Börse eine Stütze geben und im Aufwärtstrend selbstverständlich an der Spitze stehen. So waren im wesentlichen die deutschen Börsen am Montag wieder gut gehalten, obwohl wenig Unternehmungslust bestand. Stärkere Einbußen erlitten Wintershall (minus 3½%), Berger Tiefbau (minus 3 bis 4½), RWE (minus 1½%). Während Hoesch in Frankfurt von 53 auf 54 stieg, ging in Hamburg Gutehoffnungshütte von 68 auf 67 zurück. In Stuttgart machten sich bereits am Montag Rückläufe bemerkbar, die dem Markt eine nicht unerhebliche Stütze gaben. So stieg Brauerei Wulle von 33 auf 34%, Knorr von 81 auf 83. In Düsseldorf konnte Boswau & Knauer ihren Kurs um 1½% verbessern. In Frankfurt stieg der Kurs von Buderus um 4%, Schering wurden zum erstenmal wieder gehandelt mit 23½%. Banken und Versicherungen waren allgemein abgeschwächt, aber an einzelnen Börsen belebte sich das Rentengeschäft, ohne daß die Kurse hinaufgingen.

Winterschlußverkauf

Im Mittelpunkt des geschäftlichen Interesses lag der Winterschlußverkauf. Mit einem Massensturm begann es am 30. Januar, und der Sturm hat noch nicht nachgelassen. Es wird viel gekauft, aber die erste Feststellung, die wir machten, geht dahin, daß die erstklassigen Waren, wie immer, nicht im Ausverkauf liegen (wie überhaupt festzustellen ist, daß die Preissenkungen sich, abgesehen von Fahrzeugen, nur auf die minderen Qualitäten erstrecken; das beste Beispiel dafür ist der Wein). Die zweite Feststellung, die wir trafen: die Preise sind nicht nur gewaltig heruntergegangen, sondern sie liegen unter den Einkaufspreisen. Wir hatten an einigen Stellen den Eindruck, daß es sich fast um Notverkäufe handelt. Wir erfuhren aus München, daß in den letzten 3 Tagen des Schlußverkaufs ein Restverkauf zu Schleuderpreisen stattfinden soll. Im Ganzen gesehen, ist es kaufmännisch richtig gehandelt, daß man lieber unter den Einkaufspreisen abgibt, als darauf sitzen zu bleiben. Das bare Geld lacht, und man kann damit wieder einkaufen. Nur eins muß der Einzelhandel bedenken — im Gegensatz zu früher —: es wird nach Schluß des Ausverkaufs kaum möglich sein, die Preise wieder auf den Stand zu bringen, den sie zu Weihnachten hatten. Es klingt etwas ungeheuerlich aber: die Preise müssen sich auch weiter auf dem Niveau einpendeln, auf dem sie jetzt im Stande des Winterschlußverkaufs sind. Das gilt für Schuhe ebenso wie für Textilien. In der Konfektion scheint sich überhaupt ein Wandel zu vollziehen. Ganz neue rationelle Arbeitsmethoden gestatten es jetzt, zu viel billigeren Preisen Fertigkleidung herzustellen. Die Konfektion hat die Zeit genutzt. Was sie allerdings jetzt nicht an Ladenhütern verkaufen kann, wird sie wohl nie wieder los werden, es sei denn weit unter Gestehungspreis.

Auf den schwarzen Märkten zog der Preis für deutsche Margarine leicht an, aber für Speck ging der Preis zurück. In Frankfurt lagen die Preise für Amtigaretten infolge des Überangebots zum Teil unter denen für deutsche Zigaretten. Die freien Devisenmärkte haben sich wenig verändert, zumal sich auch international die D-Mark auf ihrem hohen festen Stand halten kann. Der Dollar liegt bei 3.15 bis 3.20 DM, der Schweizer Franken bei 1.10 (in Hannover wurde er sogar mit 1 DM gehandelt) und das Pfund ist teilweise auf 8.50 DM heruntergegangen.

Erfreulich ist die Gründung zweier Handelskammern und zwar einer deutsch-italienischen Handelskammer in Rom, die noch in diesem Monat ihre Arbeit aufnehmen soll, und einer amerikanischen Handelskammer, die am 2. Februar in Frankfurt gegründet wurde. Diese Kammer will ihren Mitgliedern Bezugsquellen in den USA, in Mittel- und Südamerika, nachweisen, internationale Verbindungen herstellen und eine beratende Tätigkeit in bezug auf Marktanalysen und Produktionsverbesserungen ausüben.

Wenig erfreulich ist die auch an anderer Stelle dieses Blattes ausführlich erörterte Devisennotlage Westdeutschlands. Die Bundesregierung hat sich gezwungen gesehen, angesichts der starken Anspannung des westdeutschen Devisenstatus, zu erwägen, bei der Marshallplanverwaltung in Paris um eine Überbrückungshilfe in Höhe von 50 Mill. Dollar nachzusuchen. So sieht die Verlotung Deutschlands in der Liberalisierung praktisch aus!

Arme Landwirtschaft

Werfen wir in diesem Zusammenhang noch kurz einen Blick auf die deutschen Agrarmärkte. Wir müssen zunächst kritisieren, daß wieder Kopplungshilfe versucht werden. Es wird z. B. in Westdeutschland darüber geklagt, daß Bayern nur Butter zu liefern bereit ist, wenn gleichzeitig erhebliche Käsemengen abgenommen werden. Der Käse ist aber, wie bekannt, schwer absetzbar. Er staut sich in den Läden, aber wir gestatten uns, darauf hinzuweisen, daß die Preise für Käse ruhig noch etwas herunter gehen könnten. Stimmungsmäßig hat sich ein erheblicher Wandel auf den Agrarmärkten gezeigt. Noch bis zu Weihnachten war die Landwirtschaft ein großer Bufer im Streit um die Bewirtschaftung mit der Tendenz: Schafft die Bewirtschaftung ab (weil man hoffte, dann noch bessere Preise erzielen zu können). Heute ruft man schon wieder gelegentlich nach Aufhebung der freien Marktwirtschaft, weil die Preise zu niedrig sind. In manchen Agrarprodukten sind deutlich Absatzstockungen festzustellen: Futtergetreide, Mais, Gerste und Roggen. Das Angebot an Schweinen ist groß, aber die Preise sind nicht nur deshalb gefallen, sondern auch wegen der Fleischimporte. Der Rindersauftrieb ist für diese Jahreszeit sehr hoch. Mehr Trinkmilch als jetzt ist kaum abzusetzen. Man sucht nach Abnehmern für Sahne. Was soll nur werden, wenn die Frühjahrsschwemme kommt? Die Margarine liegt so schwach im Markt, daß man, wie wir aus einem Marktbericht entnehmen, mit Kampfpreisen rechnet. Die Kartoffeln gehen trotz des Frostes und trotz guter Nachfrage im Preise weiter zurück. Für die deutsche Landwirtschaft bahnt eine schwere Zeit an.

H.

Vor Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien

Nach Rückkehr des Leiters der Außenhandelsabteilung im Bundeswirtschaftsministerium Dr. von Maltzan, aus Paris wird über den Termin der deutsch-spanischen Handelsvertragsverhandlungen entschieden werden. Die spanische Regierung hat bereits im Oktober vorigen Jahres eine Einladung hierzu übermittelt. Die Besprechungen wurden jedoch zunächst bei der Auflösung der JEIA verschoben. Auf spanischer Seite bestand nach dem Übergang der Befugnisse der JEIA auf die Bundesregierung der Wunsch nach Entsendung einer westdeutschen Delegation nach Madrid, und die Differenziertheit der deutschen Fertigwarenausfuhr im Gegensatz zum spanischen Stapelartikelexport häufige Rückfragen bei der spanischen Regierung erfordert. Demgegenüber vertrat die Bundesregierung den Standpunkt, ohne konsularische Vertretung nicht in einem anderen Land verhandeln zu können. Da die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Westdeutschland und Spanien einer neuen vertraglichen Regelung bedürfen, hat sich die spanische Regierung neuerdings bereit erklärt, eine Delegation nach Westdeutschland zu entsenden. Bereits bei Abschluß des Zusatzabkommens vom 11. November vorigen Jahres (Volumen 8,335 Mill. Dollar nach beiden Seiten) hat der Industrie- und Handelsminister in Madrid durch den spanischen Generalkonsul in Westdeutschland erklären lassen, daß bisher für über 12 Mill. Dollar Einfuhrlizenzen erteilt worden seien, und daß damit das Volumen des alten Vertrages vom 1. Februar 1949 mit einer Ein- und Ausfuhr von je 11,115 Mill. Dollar praktisch erfüllt wäre. Die Realisierung der spanischen Einfuhr aus Westdeutschland benötigt naturgemäß, da es sich um Industrieerzeugnisse handelt, längere Zeit als die Durchführung vorwiegend agrarischer Ausfuhren Spaniens nach Westdeutschland. Dadurch ergeben sich vorübergehende Belastungen des deutschen Devisenstatuts. Da Spanien an einer Intensivierung des Warenverkehrs mit Westdeutschland sehr liegt, hat der Industrie- und Handelsminister in Madrid eine Erklärung abgegeben, nach der Spanien darauf verzichtet, bei Überschreitung der Kreditmargen von 5 Mill. Dollar, die Überweisung freier Dollar zu verlangen. Auch wurde im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen vorgeschlagen, diese von der JEIA geschaffene Barzahlungsklausel überhaupt wegfallen zu lassen, zumal Spanien sie bisher in keinen seiner Handelsverträge eingebaut hat. Die in letzter Zeit durchgeführten Importe spanischer Apfelsinen haben nun die westdeutschen Devisenbilanz bereits wieder erheblich belastet, so daß die Gefahr besteht, daß der Handel zwischen beiden Ländern von der Zahlungsverkehrsseite weiter gehemmt bleibt. Auf spanischer Seite hofft man, daß in den bevorstehenden Verhandlungen diese aus dem Weg geräumt werden könne.

Dänemark erhöht Kontingente aus Westdeutschland

Auf Grund der günstigen Entwicklung der dänischen Ausfuhr nach der Bundesrepublik haben die dänischen Behörden beschlossen, die Kohlenfuhr aus Westdeutschland von 62 000 auf 162 000 t je Quartal zu erhöhen, wird in Kopenhagen bekannt. Der europäische Kohlenrat hat bereits zugestimmt.

und will neue Lizenzen für deutsche Kraftwagen erteilen.

Dänemark hat, nach Mitteilungen aus Handelskreisen, die Absicht, demnächst neue Einfuhrlizenzen für deutsche Kraftwagen und Ersatzteile zu genehmigen. Der Wert dieser Lizenzen wird für Kraftwagen auf 1,75 Mill. dkr und für Ersatzteile ebenfalls auf 1,75 Mill. dkr geschätzt. Bisher waren die Einfuhren Dänemarks auf Volkswagen beschränkt. Es wird angenommen, daß jetzt auch die Einfuhr anderer Typen einschließlich Opel, DKW, Hanse und BMW berücksichtigt wird. Aus einer Quelle verlautet ferner, daß demnächst die Einfuhr von Motorrädern aus Deutschland ganz freigegeben würde. Ein Termin ist aber noch nicht bekannt.

Mexiko will Erdöl nach Westdeutschland liefern . . .

Verhandlungen mit der Deutschen Bundesrepublik und mit Frankreich über den Austausch von Erdöl und -Derivaten, gegen maschinelle Ausrüstungen für die mexikanische Erdölindustrie dürften gute Ergebnisse zeitigen, sagte ein Sprecher der regierungseigenen mexikanischen Erdölgesellschaft, Petroleos Mexicanos „Pemex". Mexiko werde in diesem Jahre erheblich mehr Rohöl an den Weltmärkten verkaufen als in 1949 (14,125 Mill. Faß). Ein Teil der höheren Ausfuhr werde über Tauschabkommen nach Europa und vielleicht auch nach Japan gehen. Mexiko interessiere sich für Maschinen und für maschinelle Ausrüstungen, zumal für die Erdölindustrie, die es im vergangenen Jahre vergeblich versucht habe, aus den Vereinigten Staaten zu erhalten. Der Sprecher fügte hinzu, daß kein europäisches Land von dem Bezuge mexikanischen Erdöles im Austausch gegen Güter der angeführten Art ausgeschlossen werden soll.

Ein anderer Sprecher der „Pemex" brachte zum Ausdruck, daß Mexiko im Jahre 1950 mindestens 75 Mill. Faß Rohöl zu fördern hoffe, gegenüber 62 Mill. Faß in 1949. Die Bohrtruppe der „Pemex" seien auf neuen, offenbar reichen Feldern in der Nähe von „El Plan" im südlichen Teile des Staates Veracruz fündig geworden.

. . . und setzt Zölle für Rohre herab

Die mexikanische Regierung hat den Wertzoll für stählerne Ölleitungsrohre und Futterrohre mit großem Durchmesser herabgesetzt, und zwar von 40% auf 5,4%, um den mexikanischen Ölmonopol (Petroleos Mexicanos, Pemex) und beteiligten amerikanischen Unternehmern die Kosten für den Ausbau von Ölquellen und Ölleitungen zu erleichtern. Das führende mexikanische Stahlwerk, Altos Hornos de Mexico, hat in Verbindung mit der Firma „Tubos de Monterrey" in Monterrey mit der Lieferung von Leitungsrohren und anderen Rohren für die Pemex begonnen, doch wird von seiten eines Beamten des Werkes erklärt, daß die Bedürfnisse des Landes höchstens im Jahre 1951 im Lande gedeckt werden können.

Wird Gültigkeitsdauer für Einfuhrgenehmigungen gekürzt?

Im Zuge der Neugestaltung des Einfuhrverfahrens in Richtung auf eine Anpassung der Devisenlage Westdeutschlands ist beabsichtigt, die Gültigkeitsdauer der Einfuhrgenehmigungen von bisher 6 Monaten auf 2 Monate zu verkürzen. Durch diesen Zwang zur Ausnutzung der Importlizenzen würde eine größere Sicherheit der Einfuhranforderungen erreicht werden können. Darüberhinaus ist, wie VWD erfährt, geplant, in den Fällen eine kurzfristige devisenmäßige Vorprüfung vor die Erteilung der Einfuhrgenehmigung einzuschalten, in denen der an sich schon angespannte Devisenstatus eine weitere Belastung erfahren würde. Dies würde bedeuten, daß auf Grund eines von Fall zu Fall zu treffenden Übereinkommens zwischen BdL und Bundeswirtschaftsministerium Anträge auf Einfuhrlizenzen aus einigen Ländern, bei denen die Gefahr freier Dollar-Abflüsse akut ist, erst nach sorgfältiger Prüfung der Zahlungsverkehrsentwicklung genehmigt werden können. Daneben wird die Handelspolitik Westdeutschlands ihre in den letzten Wochen zu beobachtende Aktivität fortsetzen, die dahin geht, durch Vereinbarungen mit den betreffenden Ländern für die Vermeidung von weiteren Dollar-Abflüssen Sorge zu tragen. Mit einer Reihe von Staaten konnten bereits schon derartige Abmachungen getroffen werden, welche die Dollar-Klausel des jeweiligen Zahlungsabkommens aufheben.

Was ist Industrieforschung?

Unklarheiten im Forschungs-Überwachungsgesetz

Von industrieller Seite wird eine Klarstellung des Begriffes „wissenschaftliche Forschungsarbeit" gem. Gesetz der Militärregierung Nr. 23 vom 12. 9. 1949 für wünschenswert gehalten, namentlich im Hinblick auf die melde- und berichtspflichtigen Forschungsarbeiten in Industriebetrieben. Wir geben die Zuschrift auszugsweise wieder.

Das Kontrollratsgesetz Nr. 25, das seit längerem die Überwachung der deutschen Forschungsinstitute einschließlich der industriellen Entwicklungsabteilungen umfassend regelte, wurde kürzlich in den Westzonen durch neue Verordnungen abgelöst (US- und britische Zone: Gesetz der Militärregierung Nr. 23, französische Zone: Verordnung Nr. 231 vom 12. 9. 49). Die inhaltlich fast gleichen neuen Bestimmungen bringen eine Reihe Erleichterungen, z. B. durch die Einengung des Begriffs „verbotene Forschungsgegenstände", ferner durch einen gewissen Verzicht auf die bisher verlangte, bürokratisch überzogene Gründlichkeit in der laufenden Berichterstattung. Unklar und somit erhebliche Unsicherheit erzeugend ist aber nach wie vor die Auslegung des Begriffes „wissenschaftliche Forschungsarbeit", zum mindesten soweit sie sich außerhalb der ad hoc eingerichteten öffentlichen oder privaten Laboratorien vollzieht. Artikel X des amerikanischen Gesetzes definiert z. B. als „angewandte wissenschaftliche Forschung" u. a.: „Forschungsarbeit, welche die Verbesserung eines bekannten industriellen Fabrikations- oder technischen Verfahrens oder die Einführung eines neuen Verfahrens zur Herstellung eines Fabrikats oder Stoffes anstrebt."

Sicherlich ist die Arbeit eines Bar-Mixers nicht hiermit gemeint. Gilt diese Definition aber auch noch nicht für den Betriebschemiker, der sich bemüht, ein neues Parfüm oder ein verbessertes Lederfett herauszubringen, gilt sie schon für den Ingenieur, der sich über die Konstruktion eines billigen Kühlschrankes den Kopf zerbricht, für den Radiotechniker, der die Klangfarbe seiner Lautsprecher verbessern möchte? Betrifft sie den Metallurgen, der als Abschluß einer längeren Versuchsreihe eine besonders günstige Kokillenform ermittelt? Dem Wortlaut der neuen Bestimmungen nach müßte man diese Frage bejahen. Tatsächlich ist aber kaum anzunehmen, daß die alliierten Autoren an diese Leute gedacht haben. Vermutlich bezweckten sie auch nicht ganz allgemein eine Kontrolle jener Versuchsarbeiten, die in allen industriellen Betrieben zur Verfahrens- und Produktionsverbesserung ganz und gähe sind. Versuchsarbeiten, die mit der laufenden Fertigung aufs engste verflochten sind. Ohne diese würde im Handumdrehen eine Verarmung der Technik eintreten. Freilich ist von dieser Tätigkeit des Ausprobierens, des verfahrenstechnischen Bastelns bis zur bahnbrechenden Erfindung des professionellen Forschers ein kontinuierlicher Übergang festzustellen. So sind der Auslegefreudigkeit der mit der Forschungsüberwachung betrauten deutschen Stellen weder Grenzen gesetzt, noch feste Anhaltspunkte gegeben. Schon das alte Gesetz Nr. 25 wurde keineswegs einheitlich gehandhabt. Jetzt, nach dem Vorliegen der neuen Verordnungen, ist aber bei den Industrietechnikern das Gefühl der Rechtsunsicherheit zweifellos in erheblichem Maße verstärkt worden. Verstärkt auch dadurch, daß die Handhabung der Überwachung in den einzelnen Ländern oder auch nur Besatzungszonen nicht einheitlich geschieht. Klarheit besteht lediglich darüber, welche Gebiete forschungsmäßig überhaupt nicht und welche Themen nur dann bearbeitet werden dürfen, wenn ein entsprechender Antrag gestellt und ausdrücklich genehmigt wurde. Die geschilderte Unklarheit erstreckt sich auf die Masse der sogenannten „melde- und berichtspflichtigen" Forschung (Abs. VI). Hier dürfte es auch im Interesse der Besatzungsmächte liegen, wenn ihre Rahmenverordnung deutscherseits baldigst durch eine klare, für das ganze Bundesgebiet einheitlich geltende Ausführungsbestimmungen ergänzt wird. Die einzige bisher vorliegende „Ausführungsverordnung Nr. 1 (der amerikanischen Militärregierung, ebenfalls vom 12. 9. 49, läßt die Unklarheiten in vollem Umfang bestehen.

Die USA haben die Wahl:

1. Europa verhungern lassen, 2. Europa zum Bettler der USA machen, 3. Europäische Waren kaufen

Der noch von seiner Tätigkeit als Leiter der Außenhandelsstelle bei der JEIA in Frankfurt/M. her bekannte Charles E. Bingham, jetzt wieder Präsident der Bingham & Co. in New York, hielt vor der New Yorker Vereinigung für Handel und Industrie eine Ansprache, in der er sich mit der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland, deren Erfolgen und Mißerfolgen in kritischer Weise auseinandersetzte. Der geschichtliche Rückblick, der für amerikanische Hörer bestimmt war, die den Ereignissen in Deutschland nicht so nahe stehen wie wir selbst, enthielt grundsätzlich nichts Neues. Vom deutschen Standpunkt interessant erscheint der nachdrückliche Appell Binghams an die Adresse seiner Landsleute, daß es nicht nur die Pflicht, sondern ebenso sehr ein Gebot der Klugheit für die Amerikaner sei, alles zu tun, um den Handel mit Westdeutschland zu fördern und zu erweitern. Hierzu sei vor allem die Bereitwilligkeit nicht nur der amerikanischen Käufer, sondern auch der amerikanischen Produzenten notwendig, den amerikanischen Markt für das Einströmen der deutschen Waren offenzuhalten. Von „Pflicht" sprach Bingham in dem Sinne, daß der freie Warenaustausch zwischen den Völkern der Welt die einzige Möglichkeit sei, um der Welt den Frieden zu erhalten und die Menschheit vor den unvorstellbaren Schrecknissen des Atomkrieges zu bewahren.

In der vereinfachenden, sehr unmittelbaren Diktion, in der amerikanische Praktiker ihre Thesen in der Öffentlichkeit zu formulieren pflegen, sagte Bingham, daß den Vereinigten Staaten nur die Wahl zwischen drei Möglichkeiten in der Gestaltung ihres politischen Verhältnisses zu Europa offenstünden. Die erste sei die, die Nahrungsmittelausfuhr einzustellen, Europa hungern zu lassen und es damit dem Kommunismus in die Arme zu treiben. Die zweite Möglichkeit bestehe darin, fortzufahren das zu tun, was tatsächlich geschieht, d. h. die westeuropäischen Länder ad libitum mit Nahrungsmitteln zu unterstützen. Man müsse sich allerdings klar sein, daß dieser Weg nicht anders enden könne als mit dem Bankrott Amerikas, das schließlich nicht für unbestimmte Zeiten einen derartigen Aderlaß auf sich nehmen könne, ganz abgesehen von dem moralischen Bankrott, dem die europäischen Völker mit der Zeit unterliegen würden, weil sie sich als Bettler von Amerikas Gnaden ansehen müßten. Dieser Weg sei im Grunde genommen eine Sackgasse, ausweglos, weil er letzten Endes doch nur zur Hungeralternative zurückführe.

Die dritte Alternative schließlich, die einzige, die wirklich Aussicht auf eine grundsätzliche Wendung der Dinge bietet, sei die entschlossene Hinwendung Amerikas zu der Einsicht, daß man den amerikanischen Markt weit für die europäischen Waren öffnen müsse, denn nur so könne man Zahlung für die gelieferten Nahrungsmittel erhalten. Er, Bingham, sei sich selbstredend bewußt, daß dieser Entschluß manchen amerikanischen Kreisen nicht leicht fallen werde, weil der Absatz amerikanischer Waren davon berührt werden könnte. Seiner Meinung nach wäre zwar, gemessen an dem riesenhaften Umfang des amerikanischen Marktes, die Beeinträchtigung nur gering, — aber wenig oder viel, das sei angesichts dessen, was auf dem Spiele stehe, fast belanglos, denn die andere Alternative wäre noch viel kostspieliger, sie bedeute — Krieg.

In runden Zahlen gesprochen, sagte Bingham, beträgt die ERP-Hilfe für Westdeutschland, in der Hauptsache aus Nahrungsmitteln bestehend, etwas über 500 Mill. Dollar im Jahr. Westdeutschland habe im Jahre 1948 Waren im Werte von rund 30 Mill. Dollar nach den Vereinigten Staaten exportiert, im Jahre 1949 vielleicht etwas mehr als das doppelte davon. Der Warenaustausch stehe also erst im Verhältnis von 16:1. Dieses Verhältnis grundlegend zu ändern, wobei die Änderungsmöglichkeit im Grunde genommen nur für die kleinere Seite gegeben sei, ist das Problem, vor das sich die besten Köpfe Amerikas und Europas gestellt sähen.

Hamburger Lastenausgleichsvorschlag

Die „Gemeinschaft zur Belebung von Handel, Schiffahrt und Gewerbe Hamburgs e. V." hat einen Plan zum Lastenausgleich ausgearbeitet, der die Nachteile für die deutsche Wirtschaft vermeiden soll, die sich bei einem Lastenausgleich gemäß der Denkschrift des Bundesfinanzministeriums ergeben würden. Der Entwurf sieht vor, daß das gesamte Grund-, Betriebs- und sonstige Vermögen, also auch das Vermögen der öffentlichen Hand, einmalig und damit endgültig mit 20 Prozent zum Lastenausgleich herangezogen werden soll. Dazu soll eine Grund- und Bodenrente in Höhe von jährlich drei Prozent des heranziehenden Vermögens (20 Prozent des Einheitswertes) eingetragen werden. Die Gesamtbelastung würde innerhalb der Bundesrepublik nahezu 20 Milliarden DM betragen. Für diese durch Grund- und Betriebsvermögen gesicherte Gesamtschuld würde ein Kreditvolumen von 20 Milliarden DM geschaffen werden. Gegen eine normale Verzinsung von 5 Prozent könnten nach diesem Plane erhalten: Die Bauwirtschaft für reine Wohnungsbauten 6 Milliarden DM, Hypotheken- und Genossenschaftsbanken 3 Milliarden DM, der Staat für Arbeitsbeschaffung, Straßen- und Deichbau, Wasserregulierung usw. 3 Milliarden DM, Handel, Industrie und Landwirtschaft 8 Milliarden DM. Der Plan sieht ferner vor, daß der den „Lastenausgleich" Leistende nach spätestens 33 Jahren durch die zu leistende Rente befreit ist. Die jährlich an Rente aufkommenden 600 Millionen DM könnten erforderlichenfalls wieder aus dem Kreditvolumen herausgezogen werden.

Bedarf an Baustoffen für 1950

In Kreisen der Baustoffindustrie hat man den Bedarf an Baustoffen für 1950 wie folgt geschätzt: (alles in Mill. Stck., t, cbm.)

Baustoff:	Gesamtbauvolumen	Wohnungsbau allein	Baustoffproduktion 1949
Mauersteine (Stück)	7000	2320	6000
Dachziegel (Stück)	1000	450	750
Zement, t	5 (nur für Baustellen)	1,36 (incl. Zement.)	6,4 (Zemente.)
Rohbauholz, cbm	4	1,36	6,3 (geschnitten)
Eisen, t	1	0,340	—

Die scheinbare Versorgungslücke bei Ziegelsteinerzeugnissen dürfte nach Ansicht von Fachleuten in voller Höhe durch die Produktion von anmeldepflichtigen Erzeugnissen und durch andere Bauarten gedeckt werden, so daß angenommen wird, daß die Baustoffproduktion für das Bauvolumen im Jahre 1950 ausreicht.

Handelsdelegation der Ostzone nach Rußland abgereist

Der Minister für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung der Sowjetzone, Georg Handke, ist mit seiner Delegation am 31. Januar nach Moskau abgereist. Der Minister wurde bevollmächtigt, für die Regierung der Sowjetzone ein Abkommen über den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr mit der Sowjetunion abzuschließen und zu unterzeichnen.

Ostzonen-Konkurrenz am Weltmarkt

Dumping-Preise — Schlechtere Qualität — Mißbräuchliche Verwendung von westdeutschen Firmenzeichen

Aus Kreisen der westdeutschen Exportindustrie erhalten wir eine Zuschrift, die sich mit dem für die westdeutschen Hersteller von Exportwaren ebenso unerfreulichen wie im Einzelfall kaum abstellbaren „Dumping" aus der Sowjetzone befaßt. Wir geben die Zuschrift auszugsweise wieder.

Seit die unmittelbaren Anforderungen der sowjetischen Besatzungsmacht an die Wirtschaft der Sowjetzone nachgelassen haben, macht sich die Konkurrenz der Industrie der sowjetischen Zone auf dem Weltmarkt für die westdeutsche Wirtschaft in verstärktem Maße bemerkbar. Es handelt sich in der Hauptsache um Massenwaren, die auch unmittelbar zu Dumpingpreisen oder geschmuggelt den westdeutschen Markt beunruhigen: Büromaschinen, Glasinstrumente, elektrisches Installationsmaterial, Kameras, Chemikalien, Brillengläser, Strümpfe und dergleichen mehr.

Qualitativ liegen Erzeugnisse der Sowjetzone zwar in aller Regel beträchtlich unter dem westdeutschen Standard, so daß der ausländische Kunde, unter gleichen Bedingungen, dem westdeutschen Erzeugnis den Vorzug geben würde. Die auf Hungerlöhnen basierten Stoppreise der Sowjetzone machen es jedoch möglich, die westdeutsche Ausfuhr und bis zu zwei Dritteln zu unterbieten. Davon abgesehen, daß der westdeutschen Wirtschaft auf diese Weise manches Geschäft verloren geht, löst die Preispolitik der sowjetischen Zone auf dritten Märkten berechtigte Vorwürfe eines Dumping aus. In solchen Fällen im Ausland von „deutschen" Angeboten und Lieferungen gesprochen und nicht immer zwischen westdeutschen und ostdeutschen Exportfirmen unterschieden wird, wird von der Kritik und den Vergeltungsmaßnahmen oft auch die westdeutsche Wirtschaft betroffen, zumal jede Klage und jede Beschwerde den Westbesatzungsmächten zugeleitet wird. Verwirrend wirkt vor allem auch, daß Staatsbetriebe und sowjetische Aktiengesellschaften der Sowjetzone oft die Namen und die Warenzeichen ihrer früheren, heute im Westen arbeitenden Inhaber weiter verwenden, so daß dem ausländischen Geschäftsmann die Unterscheidung zwischen Ost und West nahezu unmöglich gemacht wird. Während auf den Märkten, an denen die Industrien des Ostens und des Westens unter freien Bedingungen konkurrieren, die qualitative Überlegenheit der westdeutschen Produktion sich auch gegenüber den Dumpingpreisen des Ostens durchsetzt, sind die Verhältnisse besonders unerfreulich, wenn irgendeine Regierung durch Währungslage gezwungen wird, die Einfuhr aus dem „Dollarland" Westdeutschland einzuschränken. So wird ein Markt wie Schweden heute von Waren aus der sowjetischen Zone überschwemmt, während er sich westdeutschen Lieferungen gegenüber abzuschirmen sucht; besonders bedauerlich ist, daß der Kunde, dem oft der Vergleich mit der heutigen westdeutschen Produktion ganz unmöglich gemacht wird, von der Qualität der sowjetzonalen Erzeugnisse auf die deutschen Verhältnisse im allgemeinen schließt.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTS-VERLAG G. m. b. H., Karlsruhe, Veldenstraße 38. Chefredakteur: Dr. Hans Baier, Karlsruhe. Zurzeitige Verlagsportiert Ettlingen/Baden. Bezugspreis vierteljährlich 4.— DM einschließlich Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veldenstraße 38. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 1 gültig. — Satz und Druck: Satzstruck G. m. b. H., Karlsruhe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Devisenvorräte Deutschlands erschöpft

Die Liberalisierung des Außenhandels traf Deutschland unvorbereitet — Die Vorleistungen, die verlangt werden, sind zu hoch
Es ist höchste Zeit, daß die Abnehmerländer auch liberalisieren

Neben der Arbeitslosigkeit hat man der Bundesregierung den Außenhandel zum Problem gemacht. Es wird ihr in dem ECA-Bericht zum Vorwurf gemacht, daß sie die Marshallplan-Importe falsch verwendete und daß sie nichts nur Steigerung des Exports unternähme.

Bleiben wir zunächst bei den wirtschaftlichen Vorgängen, bei denen Arbeitslosigkeit, Minderungsmöglichkeiten des Imports und Steigerungsmöglichkeiten des Exports nahe beieinander liegen. Es erscheint langweilig und muß doch immer wieder gesagt werden, daß sowohl die Demontagen wie das Aufrechterhalten von Verboten für verschiedene Industrieprodukte einen wesentlichen Teil der Arbeitslosigkeit ebenso ausmachen, wie sie Möglichkeiten unausgenutzt lassen, Importe zu vermeiden und zusätzliche Exporte zu erreichen. Es paßt nicht ganz ins Programm, wenn am gleichen Tage, nämlich am vergangenen Sonntag, als der zweite (Gehrum-) Bericht der ECA veröffentlicht wurde, der wieder ähnliche Vorwürfe enthielt, die Kalanlagen der Germania-Werft in Kiel gesprengt wurden. Bis zur letzten Minute haben sich deutsche Stellen bemüht, diese Anlagen zu erhalten, weil sie für die Friedensproduktion dringend benötigt werden. Umsonst. Der englische Zivilbevollmächtigte — wie sich der Londoner Rundfunk ausdrückte — hat diese Gesuche abgelehnt und an einem heiligen Sonntag, mitten in das Läuten der Glocken hinein, begann man mit der Sprengung. Mit welchen Gefühlen wir Deutschen diese Tatsache begleiten, braucht hier wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Daß ein Engländer das Gesuch ablehnte und daß es sich dabei um deutsche Schiffswerften handelt, legt die Vermutung in greifbare Nähe, warum das Gesuch abgelehnt wurde. Und was könnte an Reparaturen für fremde Rechnung in diesen Anlagen an Devisen verdient werden, welche Neubauaufträge aus dem Ausland würde die Arbeitslosigkeit vermindern und Devisen einbringen, und schließlich wieviel Arbeitslose könnten mit deutschen Schiffsneubauten beschäftigt werden und wieviel Devisen könnten eingespart werden, wenn die deutschen Importe und Exporte auf deutschen Schiffen über die Ozeane führen!

Ohne Walfang

Da wir gerade bei der Schiffahrt sind, erinnern wir an den Walfang, der uns noch verboten, den Japanern aber schon längst wieder gestattet ist. Vier Millionen Dollar könnten mit einer einzigen Walfangflotte (mit einem Fangertrag von 15 000 t Wale) an Devisen eingespart werden — und wieviel arbeitslose Seeleute würden beschäftigt und wie würde sich die deutsche Werftindustrie belohnt!

Gefesselter Osthandel

Schalten wir hier die Exporthemmungen ein, die einen ausgedehnten deutschen Ost- und Südosthandel immer wieder scheitern lassen. Es sind nicht nur die starken Einschränkungen, sondern die immer noch von alliierter Seite bestehenden Vorbehaltslisten, die uns nicht zu dem natürlichen Handelspartner kommen lassen.

Entzogene Firmenmarken

Ein Streiflicht nach Westen ist bezeichnend und gerade in diesen Tagen aktuell geworden: Die holländische Verwaltung für Feindpatente und -marken hat die holländischen Importeure deutscher Erzeugnisse erneut darauf aufmerksam gemacht, daß diese in Holland nur dann in den Handel gebracht werden dürfen, wenn die ausdrückliche Zustimmung der Verwaltung hierzu vorliegt. Diese Zustimmung kostet ½ bis 1% des Fakturenwertes der Einfuhrware. Die Holländer geben glatt zu, daß der holländische Staat sich an dem Ertrag ehemals deutscher Patent- und Handelsmarken schadlos hält. Wir brauchen auf die Einzelheiten des IARA-Abkommens vom Jahre 1946 nicht näher einzugehen, nach dem die Rechte an den in den einzelnen Ländern geschützten deutschen Handelsmarken den alliierten Regierungen übertragen wurden und jedes Land befugt wurde, diese Rechte nach eigenem Interesse auszuwerten. Unsere Leser werden sich des ausführlichen Aufsatzes in Nr. 3 erinnern „Gebt die deutschen Firmenmarken zurück". Hier liegen die Exportchancen Deutschlands, aber diese Chance will man uns nicht geben. Jedoch Vorwürfe erheben, das kann man.

Erzwungener Importweg

In dem Bericht der ECA-Mission wurde uns auch der Vorwurf gemacht, daß wir den wesentlichen Teil unserer Lebensmittel, insbesondere Getreide, Fette, Vieh aus dem Dollar-Raum beziehen und wir uns die Nichtdollarmärkte erschließen müßten. Auch dieser Vorwurf ist unberechtigt. Wir sind mehr oder weniger gezwungen, die Lebensmittel aus den USA und sogar zu dem weit über Weltmarktniveau liegenden US-Stützungspreisen zu beziehen. Ja man läßt uns nicht einmal in den Nichtdollarländern kaufen, wir brauchen nur an das Ungarnkorn in jüngster Vergangenheit erinnern, als Deutschland in das internationale Weizenabkommen nicht aufgenommen wurde, weil England dagegen war. Und warum war England dagegen? Weil es befürchtet, daß wir dann unseren Weizen in Australien kaufen würden, den einzigen Land, aus dem England Weizen kaufen kann ohne Dollar dafür zu benötigen.

Zu viel Liberalisierung

Das Tollste aber ist, daß man uns eine zu weitgehende Liberalisierung vorwirft. Wer hat uns denn zu dieser Liberalisierung des Außenhandels verpflichtet? Weiß man denn im Ausland nicht, wieviel größtenteils berechtigten, Protesten aus der deutschen Wirtschaft sich die Bundesregierung bereits ausgesetzt hat, weil sie im Zuge der Liberalisierung zu viele Waren hereingelassen hat?

Dänemark als Schulbeispiel

Nehmen wir dafür ein unverfängliches Beispiel, nämlich Dänemark. Der Leiter des dänischen Informationsrates zieht aus der Liberalisierung des Handels große finanzielle Schwierigkeiten für Dänemark und unter Umständen sogar einen Generalstreik kommen, da die Aktion der OEEC für die Beseitigung von Einfuhrbeschränkungen Dänemark viel weniger zum Nutzen brauche als anderen Ländern. Er sagte weiter, daß eine wirkliche Besserung der europäischen Handelsverhältnisse nur erwartet werden könne, wenn England und andere Länder die Einkäufe seitens des Staates abschaffen, da die Käufe des Staates nicht der Befreiung unterliegen. Der dänische Handelsminister, der gerade aus Paris zurückkehrte, erklärte, daß Dänemark die Zollschranken und die doppelten Preise, die einige Länder einzuführt hätten, für verderblich für Dänemarks Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten halte. Wenn Dänemark im Weltmarkt unfair behandelt werde, laufe es Gefahr, daß Teile seiner Industrie vernichtet und daß für die dort freigesetzten Arbeiter keine andere Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden sei. Die Sorge vor der Arbeitslosigkeit sei mit ein Grund für Dänemarks vorsichtige Haltung. Ein dänisches Blatt schreibt dazu, es sei sinnlos, die dänische Industrie der britischen Konkurrenz auszusetzen, wenn die britische Industrie ihre Rohstoffe zu niedrigeren Preisen einkaufen könne; Dänemark müsse erstarren, wenn die schwersten Lasten auf die schwächsten Schultern gelegt würden.

Ungleiche Startbedingungen

Damit sind alle Argumente erwähnt, die auch wir ins Feld führen können und müssen. Voraussetzung für einen echten Wettbewerb sind im sportlichen wie im wirtschaftlichen Kampf: gleiche Startbedingungen. Kein Land in Europa ist noch so weit mit seinem Wiederaufbau zurück wie Deutschland. Alle Länder, insbesondere England, haben heute erstens eine viel höhere Produktion als im Frieden und zweitens einen viel größeren Export als jemals. Deutschland ist noch nicht einmal im Jahre 1948 an den Stand von 1936 herangekommen. Deutschlands technische Ausrüstung ist größtenteils noch rückständig, weil die neuesten Maschinen demontiert oder „wiedergutgemacht" wurden. So sind die Startbedingungen nicht gleich — und nicht nur durch unsere Schuld. Patente und Handelsmarken sind uns genommen — und doch steigt der deutsche Export (Hessens Ausfuhr verdoppelte sich im Jahre 1949, Bayerns Export stieg von 37 auf 64 Mill. Dollar). Was wir tun können, das tun wir für den Export. Wir wissen auch, was wir noch bis 1952 tun müssen, um unsere Handelsbilanz auszugleichen, aber die Liberalisierung des Außenhandels darf weder so verstanden werden, daß wir alle Waren hereinlassen müssen, aber die anderen noch lange nicht unsere Waren, noch daß wir unsere Landwirtschaft und bestimmte Industriezweige dem Ruin entgegengehen sehen und die Arbeiter in diesen Wirtschaftszweigen arbeitslos werden lassen.

Ein soziales Moment dürfen wir wohl auch noch in die Waagschale werfen (am Beispiel Spaniens illustriert). Wenn in Spanien der Arbeiter an einem Tag das verdient was ein deutscher Arbeiter in einer Stunde an Lohn erhält, dann wundert es nicht, daß fertige Korken aus Spanien zu einem Preis nach Deutschland kommen, zu dem die deutsche Industrie sie nicht herstellen kann. Wir wollen aber weder diese deutsche Industrie stillegen und die Arbeiter auf die Straße setzen, noch die in dieser beschäftigten Deutschen auf das Lohnniveau der Spanier setzen.

Der Versuch mit Frankreich

Unter diesem Gesichtspunkten sei das jetzt abgeschlossene deutsch-französische Handelsabkommen betrachtet, das auch politisch gesteuert und nur mehr oder weniger freiwillig zustande kam. Nach Schätzung der Schweizer „Neuen Zürcher Zeitung" wird der französische Export nach Westdeutschland sich schätzungsweise auf das doppelte gegenüber dem bisherigen Umfang erhöhen, aber bei der deutschen Ausfuhr nach Frankreich wird nur mit einer Zunahme um 30—35 % gerechnet. Außerdem wird sich nach deutschen Vermutungen die französische Ausfuhr nach Westdeutschland schneller entwickeln als die deutschen Exporte nach Frankreich. Damit sind wir wieder bei dem Kreuz, unter dem wir seit vielen Wochen leiden, daß nämlich nach Abschluß von Handelsverträgen zunächst die ausländischen Waren in Riesenmengen einströmen (wie zum Beispiel aus Italien und Spanien), wodurch sich unsere Dollarguthaben völlig erschöpften. Der Natur unseres Exports entspricht es, daß er langsamer anläuft, weil es sich um Produkte handelt, die erst hergestellt werden müssen (zum Beispiel Maschinen). In Frankreich rechnet man wegen der teilweisen Aufhebung der Einfuhrkontingentierungen (laut NZZ) damit, daß seine landwirtschaftliche Ausfuhr nach Deutschland sich etwa verdreifachen werde und auf rund 18 Mrd. fr. Frcs. im ersten Halbjahr 1950 kommen werde.

Gehen wir ins Einzelne. Unbeschränkt kann Frankreich nach Deutschland importieren: Obst, Zitrusfrüchte, Datteln, Olivenöl, Kolonialhölzer und Kakaobohnen, auf industriellem Gebiet Maschinen aller Art, Lastkraftwagen unter 3 t, Gummi, Phosphate, Fourniere, Leinen- und Hanfgarne. Auch der deutsche Export nach Frankreich unterliegt der gleichen Regelung, aber man sehe sich diese Liste an: Genau läßt sich die Entwicklung überhaupt noch nicht übersehen, weil man noch nicht weiß, ob, wann und auf welchem Gebiet von dem Kontingentierungsrecht auf beiden Seiten Gebrauch gemacht wird. Immerhin schätzt man das Gesamtvolumen für die Zahlungsbilanz für die ersten 6 Monate 1950 auf einen Betrag von 550 bis 630 Mill. DM nach beiden Seiten. Bei einer Ausfuhr Deutschlands nach Frankreich entfallen 150 Mill. DM auf Kohle und 21 Mill. DM auf Lieferungen von elektrischem Strom. Wichtig und erfreulich ist die Aufhebung der Dollarklausel, so daß nun in DM und in französischen Franken fakturiert werden kann und daß für die unsichtbaren Zahlungen (also Löhne, Gehälter, Zahlung für Sozialversicherung, in gewissen Fällen auch Versicherungen und Reisekosten) alle Überweisungen genehmigt werden. Es scheint auch vorgesehen zu sein, daß die verschiedenen Gruppen der Industrie und der Landwirtschaft beider Länder nach einiger Zeit in Fühlung treten, um sich über die künftigen Formen der Zusammenarbeit zu unterhalten.

Immer wieder deutsche Vorleistungen

Zweifellos hat Deutschland auch mit diesem Handelsabkommen wieder eine Vorleistung getan, sowohl in politischer Hinsicht, nämlich in Fühlung auf eine deutsch-französische Verständigung als auch in wirtschaftlicher, daß es bereit ist, die Zahlungsbilanz mit Frankreich auszugleichen und zunächst einmal mehr Waren hereinzunehmen, als gleichzeitig nach Frankreich gehen. Damit sind wir aber bereits wieder bei dem schon erwähnten wunden Punkt. Seit den Inkrafttreten der ersten deutschen Freilisten Anfang November sind bis Ende Januar Einfuhren im Werte von 212 Mill. Dollar liberalisiert worden. Die in Erfüllung der liberalisierten Handelsverträge Westdeutschlands beantragten Einfuhrgenehmigungen beliefen sich auf weitere rund 383 Mill. Dollar bis Ende Januar. Damit hat Deutschland bis Ende Januar Einfuhrgenehmigungen im Rahmen der Liberalisierungsmaßnahmen in Höhe von fast 600 Mill. Dollar genehmigt. Das ist eine unvorstellbar hohe Zahl. Sie ist nämlich fast so hoch wie das gesamte Defizit, das für 1949/50 im Longern-Plan errechnet ist. Sie beträgt zwei Drittel des Betrages, um den sich die ECA- und GARIOA-Mittel in diesem Jahr vermindern. Es wird also aller Anstrengungen bedürfen, um die Gegenexporte für die liberalisierten Einfuhren zu realisieren.

Die Entscheidung, um die es geht

Immerhin wollen wir anerkennen, daß die Einfuhrkontingente tatsächlich langsam stärker liberalisiert werden. Es werden schon Prozentsätze von 60 und sogar, wie kürzlich in Paris vor dem Rat der OEC, von 75 Prozent genannt. Jedoch die Liberalisierung allein wird nicht ausreichen. Man wird Deutschland noch weiter entgegenkommen müssen. Wir haben die Wege oben angedeutet. Man wird auch das europäische Clearing bald in Gang setzen müssen. Man wird sich, insbesondere in England, entscheiden müssen, wie wir es das vorige Mal formulierten, ob man die deutsche Konkurrenz niederhalten will, oder die politische Gefahr, die sich daraus ergeben muß, wenn man unsere Waren nicht abnimmt. Entscheidet man sich, woran wir nicht zweifeln, dafür, Deutschlands Waren zu nehmen und Deutschland nicht als Konkurrenten zu betrachten, dann muß man auch danach handeln. Mehr Vorleistungen, wie wir gebracht haben, können wir nicht bringen. Es liegt jetzt allein an den Abnehmerländern, ob sie unsere Waren frei hereinlassen, oder nicht. H.

Das ist die „Lambretta", von der schon über 100 000 Stück in Italien laufen. Die Propaganda sagt von ihr, sie sei das Motorrad mit den Vorzügen eines Autos, weil man sich die Kleidung nicht verschmutze und bequem mit geschlossenen Beinen sitzen könne. Dieser Motorroller ist eine Spitzenleistung der ehemaligen Flugzeugfabrik Innocenti in Mailand. Die „Lambretta" kommt in Einzelteilen nach Hamburg und wird dort montiert. Eine Fabrik in Hamburg, die die „Lambretta" ganz in Deutschland herstellen soll, ist im Bau. Einige technischen Daten: Ein Zweitaktmotor mit 125 ccm, der 4,5 PS leistet, Dreiganggetriebe, linker Lenkerdrehgriff, Höchstgeschwindigkeit: 70 km, Benzinstellverbrauch 1,8—2 Liter, Gewicht 75 kg, Tankinhalt: 8 Liter, eine Reichweite über 300 km. Der Preis: 1295 DM ab Werk. Die „Lambretta" ist sofort lieferbar.

731 Mill. DM Fehlbetrag der Bundesbahn

Die Deutsche Bundesbahn rechnet für das Geschäftsjahr 1950 mit einem Fehlbetrag von rund 731 Mill. DM. Wie von unterrichteter Seite verlautet, werden die Betriebseinnahmen der Bundesbahn in dem Entwurf eines Wirtschaftsplanes für 1950 mit rund 3,37 Milliarden DM veranschlagt. Der Voranschlag gibt davon aus, daß der Verkehrsfall sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert und der Personenverkehr Einnahmen von 1,1 Milliarden DM erbringen wird. Das Aufkommen aus dem Güterverkehr ist mit 2,07 Milliarden DM angesetzt. In diesem Betrag sind zusätzliche Einnahmen von 120 Mill. DM enthalten, die die vom ersten Januar geltenden Krisenzuschläge auf die Gütertarife erbringen sollen. Ferner sind sonstige Erträge aus Pachten, Vermietungen usw. in Höhe von 200 Mill. DM vorgesehen.

Die gesamten Betriebsausgaben sind mit 3,403 Milliarden DM veranschlagt, so daß sich für die Betriebsrechnung ein Fehlbetrag von 33 Mill. DM gegenüber 97,8 Mill. DM im Vorjahr ergibt. Bei der Unterhaltung und Erneuerung von Fahrzeugen sollen gegenüber dem Vorjahr rund 555 Mill. DM eingespart werden. Außerdem hat die Bundesbahn noch einen Personalüberhang aufzuweisen. Von durch normalen Abbau überalterter Arbeitskräfte und eine gewisse Umschichtung in der Personalstruktur verringert werden dürfte. Andererseits ist mit zusätzlichen Personalausgaben zu rechnen, da die seit der Währungsreform geltende Beförderungssperre der Bundesbahn im laufenden Jahr voraussichtlich aufgehoben wird. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist bereits vom Vorjahr her mit einem Fehlbetrag von 434,5 Mill. DM belastet. Hinzu kommen rund 60 Mill. DM für den Kreditdienst, 174,9 Mill. DM gesetzliche Abgaben an den Bund, rund 30 Mill. DM Verzinsung der Ausgleichsforderungen, 3 Mill. DM außerordentliche Aufwendungen und das Betriebsdefizit des Jahres 1950 von 33 Mill. DM. Von dem Gesamtbetrag von rund 735 Mill. DM sind außerordentliche Erträge von etwa 4 Mill. DM abzusetzen, so daß sich ein Gesamtdefizit von rund 731 Mill. DM ergibt.

Da es sich nicht übersehen läßt, ob für unaufschiebbare Wiederaufbau- und Modernisierungsarbeiten sowie für Neubeschaffungen Fremdkapital zu erhalten sein wird, ging die Bundesbahn bei der Aufstellung ihres Wirtschaftsplanes davon aus, daß sämtliche notwendigen Aufwendungen aus den zu erwartenden Betriebserträgen zu decken sind. Der Wirtschaftsplan für 1950 könnte sich daher wesentlich günstiger gestalten, wenn ausreichende Kapitalien bereitgestellt würden.

*

Die Krisenzuschläge der Bundesbahn auf die Frachtsätze D—G werden bei Entfernungen über 300 km bis 500 km bereits vom km 1 an und nicht erst vom km 310 an um 50% ermäßigt. Bei Entfernungen über 600 km kommen nur die effektiven Krisenzuschläge zur Anwendung, die sich bis 600 km ergeben. Der sich hieraus ergebende Ermäßigungsbetrag gegenüber der derzeitigen Frachtberechnung wird der Wirtschaft rückwirkend ab 1. Januar 1950 wieder zur Verfügung gestellt.

Für die Ausnahmetarife wird eine einigermaßen Regelung durchgeführt werden, die jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, da die Ausnahmetarife erst neu herauszugeben werden müssen. Diese von Bundesminister Dr. Seebohm anzuordnete Neuregelung der Berechnung des Krisenzuschlages bedeutet für die Bundesbahn Mindereinnahmen von 17 Mill. DM jährlich.

Weinversteigerung litt unter Geldmangel

Begannen die Weinpreise sich auszupendeln?

Vier Tage dauerte die erste große Weinversteigerung in diesem Jahr, die die Vereinigung Rheingauer Weingüter in Eltville, der „Stadt der Rosen und des Weins", vom 24. bis 27. Januar veranstaltete. Vier Tage lang stellten sich, nach mehreren vorangegangenen Proben, „kleine" und auch „große" Weine aus Rheingauer Lagen den Kommissionären vor. Seit Mai vorigen Jahres gehört die Atmosphäre von Weinauktionen wieder zum Bestandteil dieses großen, deutschen Weinbaugebiets und gerade jetzt verdient diese Art des Verkaufs, als Gradmesser der Preisgestaltung, besondere Beachtung. Die Auktionsliste wies insgesamt 325 Halbstück und ein Viertelstück 1948er, ein Halbstück 1947er sowie 18 700 Flaschen der Jahrgänge 1937, 43 und 45 bis 48 auf. Und nicht nur die Jahrgänge, sondern auch die Namen der versteigernden Schlösser und Weingüter stellen die Sorgfalt bei der Auswahl eines kostbaren Sortiments unter Beweis.

77 924.— DM erbrachte der erste Tag. Hierbei wurden Durchschnittspreise von 1 805.— DM bei den ausgebotenen Weinen des Jahrgangs 48, 2 125.— DM bei 46ern, 1 500.— DM bei 47ern, 2 005.— DM bei 43ern, 4 905.— DM bei 37ern und 5 425.— DM bei 45er Weinen erzielt. Unter den versteigernden Gütern aus Hochheim und den unteren Rheingau erreichten an diesem Tag die 45er der Gräflich von Franken-Sierstorpffschen Verwaltung Rüdesheim mit 1 884.— DM den besten Durchschnitt. Das Höchstangebot fiel mit 4 100.— DM auf eine „Hochheimer Stielweg Auslese", während unter den Flaschenweinen ein Halbstück „Rüdesheimer Berg Rottland Spätlese Cabinet" mit 10 000.— DM die am Dienstag wie auch bis zum allerletzten Hammerschlag die unerreichte Spitze hielt. Mit einem Ergebnis von 116 240.— DM endete der zweite Tag, der nur 46er Faßweine aus Hattenheimer und Erbacher Lagen brachte. Den Höchstpreis erzielte eine „Hattenheimer Wisselbrunn Auslese" mit 2 580.— DM.

Gleichfalls nur 46er Weine brachte der dritte Tag, der mit 102 300.— DM endete. Hier waren es zwei Rüdesheimer Lagen, „Rottenberg Spätlese Cabinet" und „Herberg Spätlese Cabinet", die mit 3 640.— DM und 2 800.— DM die Höchstgebote erreichten. Weniger Interesse fand eine Reihe Elviller Weine, von denen einige ohne Angebot zurückgezogen wurden.

Auch am letzten Tag, der einen Gesamterlös von 76 110.— DM erbrachte, beherrschte der König der Rheingauer Weine, der 1945er, das Feld. Bis auf 5 015.— DM stieg ein „Schloß Vollrads Cabinet", während eine „Hallgartener Schloßberg Spätlese", temperamentvoll geboten, 5 215.— DM erzielte. Besonders dieser Tag stand unter einem schlechten Stern. Schon in der ersten Hälfte hatten einige Unterangebote zur Folge, daß der Besitzer des Weinguts „Erbhof Breuniinshaus" in Winkel 14 seiner ausgebotenen 20 Halbstück- und Flaschennummern zurückzog. Darunter solche, die mit dem Weinsiegel der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ausgezeichnet waren. Insgesamt betrug der Erlös dieser großen Auktion rund 372 000.— DM.

Der Verlauf der Versteigerung stand im allgemeinen, im Gegensatz zu denen des Vorjahres, im Zeichen einer fühlbaren Geldknappheit. Die Angebote waren schleppend, manchmal sogar uninteressiert. Sie ließen auf jeden Fall die lebhafte Frische der vergangenen Versteigerungen vermissen. Auf diese „Müdigkeit" übte auch die Anwesenheit des Weinbaureferenten beim Bundeslandwirtschaftsministerium, Ministerialdirektor von Cannstein, keinen belebenden Einfluß aus. Hinzu kommt die bereits fühlbare Angst des Weinhandels vor den in letzter Zeit von mehr als einer Seite prophezeiten ausländischen Importen, die ihn zu größter Zurückhaltung veranlaßt. F.A.B.

Warum werden Metalle gestohlen?

Die Jahre nach dem zweiten Weltkrieg waren ebenso wie die Jahre nach 1918 durch eine Zunahme der Metalldiebstähle gekennzeichnet, die in Berlin im sowjetischen Sektor der Stadt besonders, und in der Ostzone in den letzten Wochen ein ungeahntes Ausmaß angenommen haben. Man geht mit rigorosen Strafen gegen die Metalldiebe vor, und macht immer breitere Kreise mit Einzelheiten dieser Entwicklung bekannt. Natürlich muß man eine Erklärung für die Zunahme der Diebstähle geben, und da man nicht gut die wirklichen Gründe nennen kann, greift die „Tägliche Rundschau", das Organ der sowjetischen Besatzungsmacht zu der üblichen Propagandahetze gegen den Westen.

In der Ausgabe vom 26. 1. wird in einem Aufsatz, der die Dinge vollständig auf den Kopf stellt wörtlich folgendes gesagt: „Umfangreiche Ermittlungen über die Hintergründe der in den letzten Wochen überhand nehmenden Metalldiebstähle in allen vier Sektoren Berlins und dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik haben zu Enthüllungen über die Ziele dieser Sabotagehandlungen geführt. Es konnte festgestellt werden, daß eine Anzahl amerikanischer Buntmetallspezialisten den Ankauf von Metallen wie Blei, Kupfer, Zinn, Zink, Bronze, Rotguß und Messing systematisch betreiben, um große Vorratslager für eine Wiederaufrüstung in Westdeutschland zu schaffen. Als Anreiz dienen stark überhöhte Preise, die zum Teil über den Weltmarktpreisen liegen und an die Diebe bezahlt werden."

Zweifellos sind die Metallpreise für Ostzonenbewohner „stark überhöht", jedoch nicht aus den von der „Täglichen Rundschau" angegebenen Gründen, sondern weil in der sowjetischen Besatzungszone die Metallpreise im Gegensatz zu Westdeutschland nicht den Nachkriegspreisen am Weltmarkt angeglichen wurden, so daß sie schon nominell das Vielfache der ostdeutschen Preise in Westdeutschland betragen, und daß unter Berücksichtigung eines Kurses von 1:6 zwischen der Ostmark und der Westmark sich bei einem Verkauf ostzonaler Metalle nach den Westen Gewinnmöglichkeiten von mehreren tausend Prozenten ergeben. Bei solchen Gewinnchancen nehmen die Metalldiebe, wie die Erfahrung zeigt, auch ein beträchtliches Risiko in Kauf.

Von diesen offenbaren Gründen für die Entwicklung in den letzten Wochen sucht man nun dadurch abzulenken, indem man „amerikanische Buntmetallspezialisten und Agenten" in den Vordergrund schiebt, die angeblich Westdeutschland wieder aufrüsten wollen. Obwohl nach den Angaben dieses Artikels in den letzten sechs Monaten 1948 nur 300 000 kg, weniger pompös gesagt, 300 t Buntmetalle durch Fernlastzüge von Westberlin nach Westdeutschland abtransportiert wurden, sollen bei den westdeutschen „Rüstungswerken" bereits Vorräte von 12 bis 15 Jahren für friedliche Zwecke lagern, eine Behauptung, die dem Sachkenner nur ein leises Lächeln entlocken kann. Der Verfasser vergißt übrigens hinzuzufügen, daß die von den westdeutschen Hütten regenerierten Metalle zum großen Teil in der Form von Halbfabrikaten wieder der Berliner Wirtschaft zufließen, wahrscheinlich auch der ostberliner Wirtschaft.

Was nun das Interesse der Vereinigten Staaten an den ostzonalen Metalldiebstählen anbelangt, mögen einige Zahlen die absurden Behauptungen des sowjetischen Organs richtigstellen. Im Jahre 1938 hatten die USA bei einer Raffinadekupfererzeugung von 845 700 t einen Erzeugungsüberschuß von 372 400 t. Für Blei betrug die Erzeugung 336 000 t, die den Bedarf praktisch deckten. Bei einer Zinkerzeugung von 404 900 t betrug der Erzeugungsüberschuß 40 000 t, bei der Aluminiumerzeugung von 159 100 t 47 100 t. Unter den Anforderungen des Krieges stieg die amerikanische Kupfererzeugung auf eine Spitze von 1,2 Mill. t, die Bleierzeugung auf 532 800 t, die Zinkerzeugung auf 548 500 Tonnen, die Aluminiumerzeugung auf 634 000 t. Es waren nicht zuletzt die amerikanischen Metalle, die unter dem Pacht- und Leihgesetz an die Sowjetunion geliefert wurden, die es der Sowjetunion ermöglichten, den materialmäßigen Anforderungen des Krieges gerecht zu werden. Nach dem Wortlaut des Moskauer Protokolls vom 2. Oktober 1941 hatten sich die USA und Großbritannien verpflichtet, u. a. 1500 t Zinn, 7000 t Blei, 300 t Molybdän, 16 t Kobalt und 3300 t Elektrolytkupfer zu liefern. Durch das zweite Protokoll, das in Washington für den Zeitraum von Juli 1942 bis Juni 1943 abgeschlossen wurde, verpflichteten sich die westlichen Alliierten gleichfalls große Mengen NE-Metalle zu liefern, und kürzlich wurde bekannt, daß an Zinn in den Kriegsjahren nicht weniger als 25 000 t als Pacht- und Leihhilfe an die Sowjetunion geliefert wurden. Diese Zahl allein spricht für sich. Die Sowjetunion war nicht nur vor und während des Krieges auf zusätzliche Metalleinfuhren angewiesen, sie ist es heute noch, weil die Erzeugung den wachsenden Bedürfnissen der sowjetischen Wirtschaft nicht gerecht werden kann. Schließlich waren es nicht die Amerikaner, sondern die sowjetischen Okkupationstruppen, die nach dem Fall von Berlin die Metallbestände der Rüstungsbetriebe beschleunigt nach Osten abtransportierten. In Oberschöneweide mußten Frauen und Kinder der Bevölkerung die Kupferbarren aus den Kabelwerken Oberschöneweide und die Metallbestände aus den anderen Metallbetrieben, die gerade hier sehr reichlich vorhanden sind, verladen.

In der von Metallen entblößten ostzonalen Wirtschaft sieht man heute den Abfluß von Altmetallen nach dem Westen mit Schrecken, haben doch NE-Metalle in Ostdeutschland praktisch den Wert von Edelmetallen, ohne daß man die notwendigen Konsequenzen aus dieser Lage zieht, d. h. die Metallpreise den Weltmarktpreisen angleicht. Das würde jedoch die Reparationslieferungen an die Sowjetunion, die man nach den Stoppreisen des Jahres 1938 verrechnet, beträchtlich verringern und würde auch die Gestapo schmälern, die die sowjetischen Handelsorganisationen aus dem mitteldeutschen Export ziehen. In dieser Lage sieht man es vor, der ostdeutschen Bevölkerung die Schrecken eines von den Amerikanern angezettelten neuen Krieges an die Wand zu malen und „amerikanische Buntmetallspezialisten und Agenten" für die sich häufenden Metalldiebstähle in Ostberlin und in der Ostzone verantwortlich zu machen. Bp.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wir greifen auf:

Finanzminister werde hart!

Am 1. April beginnt das Haushaltsjahr 1950/51 der Deutschen Bundesrepublik. Bisher hat sie, aufbauend auf dem Haushalt der bizonalen Verwaltung und im wesentlichen auf die Einnahmen der Länder angewiesen, von der Hand in den Mund gelebt. Am 1. April erfolgt eine klare Trennung der Aufgaben und der Einnahmequellen zwischen Bund und Ländern. Die Aufstellung des ersten, echten Haushaltsplans der Bundesrepublik wird daher von besonderer, grundsätzlicher Bedeutung sein und verdient erhöhte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, insbesondere der Wirtschaft! Der Herr Bundesfinanzminister hat diese als die melkende Kuh bezeichnet, die man in der zurückliegenden Zeit so sehr gemolken hat, daß schon das Blut kommt. Ja so ist es! Soll sie am Leben bleiben, so braucht sie Kraftfutter, wenn sie alle, die auf sie angewiesen sind, ernähren soll!

Wir haben Verständnis dafür, daß in einer Zeit, in der der Aufbau unseres Staatswesens erst in Gang gekommen ist, die Vorarbeiten für die Aufstellung besonders schwierig sind. Zeit und ruhige Überlegung bedürfen. Sie können nur im internen Kreis des Bundesfinanzministeriums in Verhandlungen mit den Ressorts geleistet werden. Ihre Erörterung in diesem vorbereitenden Stadium in der Öffentlichkeit würde nicht nützen, nur schaden. Um so mehr wird sich die Öffentlichkeit mit ihrem Ergebnis beschäftigen müssen, wenn sie sich zu einer Vorlage der Bundesregierung an die gesetzgebenden Körperschaften verdichtet hat. Diese wird aber dann einheitlich durch alle Ministerien zu vertreten sein. Die Unsitte, die in der Zeit der Weimarer Republik um sich gegriffen hatte, daß einzelne Fachministerien ihre unerfüllten Hoffnungen, für die weder sie selbst, noch der Finanzminister Deckung wußten, durch Flucht in die Öffentlichkeit zur Reife zu bringen versuchten, darf nicht wieder aufleben! — Dies gilt, nebenbei gesagt, nicht nur für den Bund, sondern auch für die Länder!

Dann soll man es aber auch vermeiden, durch Schreckschüsse die Öffentlichkeit frühzeitig zu alarmieren. Sie hat ein Anrecht darauf, sich an Hand authentischer Gesamtunterlagen zu informieren, sobald diese zur Verfügung stehen. Nun verlautet jetzt, daß die Bundesausgaben 1950/51 nicht, wie bisher angenommen, 10 Milliarden DM, sondern 13,5 Milliarden erreichen werden. Hiervon sollen 12,7 Milliarden zwangsläufige Verpflichtungen sein, so daß für alle sonstigen Ausgaben nur 800 Millionen verbleiben. Und wie die Mehrausgabe von 3,5 Milliarden gedeckt werden soll, darüber schweigt man zunächst. Soll dies bedeuten, daß man sich in der Bundesregierung bereits anschickt, uns schonend darauf vorzubereiten, daß man von den mit so viel Nachdruck angekündigten Steuererleichterungen, um die es in letzter Zeit merkwürdig still geworden ist, wieder abrücken und sie dann wohl auf den Nimmerleinstag vertagen will? Oder daß „neue Einnahmequellen" erschlossen werden sollen, die eine Neubelastung des Steuerzahlers auf anderem Wege bedeuten? Soll der Steuerzahler, die melkende Kuh, weiter ausbluten, bis er und mit ihm der Staat, d. h. Bund und Länder, auf der Strecke bleibt? Es ist kein Geheimnis, daß die Wirtschaftskrise immer bedrohlichere Formen annimmt, und daß sich dies in den Kassen der Finanzverwaltung in den kommenden Monaten immer erschreckender zeigen wird.

Es bleibt also kein anderer Weg, als nun wirklich mit dem Sparen ernst zu machen! Die Wirtschaft muß durch weitgehende steuerliche Entlastung erst wieder gekräftigt werden, um sie auf dem Wege über eine organische Steuerreform zu befähigen, dem Bund und den Ländern die Einnahmen zuzuführen, die er zur Erfüllung zahlreicher Aufgaben braucht, die so dringend sie auch erscheinen mögen, jetzt zurückgestellt werden müssen. Mag auch die kameralistische Lehre besagen, daß im Staatshaushalt zunächst die unbedingt nötigen Ausgaben, danach die Einnahmen festgesetzt werden sollen, die Aufgabe der Finanzminister ist in unserer Notzeit eine andere: Zunächst müssen die Mittel für produktive Arbeitsleistung der Wirtschaft und dem schaffenden Menschen verbleiben. Auf dieser Grundlage muß Klarheit geschaffen werden, welche Einnahmen aus den Taschen der Staatsbürger, wenn nicht der völlige Ruin am Ende stehen soll, herausgeholt werden können und danach haben sich die Ausgaben einzig und allein zu richten! Produktive Ausgaben gehören nicht in den ordentlichen, sondern in den außerordentlichen Staatshaushalt und können nur insoweit geleistet werden, als sie durch Anleihen gedeckt werden können.

Und die Aufgabe eines verantwortungsbewußten Parlaments, nicht etwa nur der Regierungsparteien, sondern auch einer verantwortungsbewußten Opposition, ist es, den Finanzminister bei seinem Bemühen zur Ordnung des Staatshaushalts mit allen Kräften zu unterstützen, nicht um durch parteitaktische Anträge, deren Erfüllung Millionen kostet, für die auch die Antragsteller keine Deckung wissen, Knüppel in den Weg zu werfen! L.

viele Einwände gegen die Zweckmäßigkeit dieses Abkommens erhoben worden, nicht zuletzt der Einwand, daß hier Wirtschaftssysteme zusammenfanden, die Hoffnungen zu einer Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Aufrechterhaltung von Bewirtschaftungs- und Lenkungsmaßnahmen gründen. Unscan steht zweifellos im Gegensatz zu den französisch-italienisch-belgischen Bestrebungen, die sich von der Freimachung der Wirtschaft von der Bevormundung durch die öffentliche Hand die Erreichung des gleichen Zieles erhoffen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhange das Verhalten der Vereinigten Staaten. Die ECA als Wortführerin für die wirtschaftspolitischen Gedankengänge der nordamerikanischen führenden Wirtschaft und Regierungskreise hat Westdeutschland gegenüber betont, daß eine zu starke Liberalisierung der Handelsmethoden im Augenblick dazu angetan sein könne, das Pendel der wirtschaftlichen Impulse nach der anderen Seite zurückschlagen zu lassen. Sie besteht im Gegensatz dazu gegenüber Großbritannien auf dem Standpunkt, daß die britische Wirtschaftspolitik einer starren behördlichen Bewirtschaftung und Lenkung zugunsten einer liberalisierten Wirtschaftsführung aufgegeben werden müsse. Soll man daraus entnehmen, daß die amerikanischen Volkswirtschaftler die Lösung der die Welt bewegenden Probleme unserer Tage auf dem „goldenen Mittelwege" zwischen beiden Extremen zu finden hoffen? Eine sehr beachtenswerte Stellungnahme zu dieser Angelegenheit ist in dem letzten Monatsbericht der britischen Lloyds-Bank aus der Feder von Paul Bareau erschienen. In diesem Monatsbericht wird die Entwicklung der britischen und der französischen Wirtschaft in der Nachkriegszeit gegenübergestellt, und es heißt, daß Frankreich mit einer Politik der Kreditbeschränkung und des teuren Geldes seit 1948 „Wunder" vollbracht habe. Dabei seien die politische Unstabilität Frankreichs und die Undiszipliniertheit des Franzosen in wirtschaftlichen Dingen bei diesen Erfolgen eher nachteilig als günstig gewesen. Uns scheint, daß das Bemühen des wirtschaftlichen Menschen, den komplizierten Apparat der heutigen Wirtschaft von einer zentralen Stelle aus zu übersehen und zu lenken, von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Der Mensch hat sich damit eine Aufgabe gestellt, deren Lösung über seine physischen Kräfte hinausgeht. Der natürliche Wettbewerb wird stets der wirkungsvollste Motor für die wirtschaftliche Betätigung des Einzelnen und der Gemeinschaft sein. In der Rückkehr zu einer gesunden, den Kapitalmarkt überwachenden und lenkenden Kredit- und Geldpolitik der zentralen Bankinstitute dürfte die Gewähr für eine ruhige wirtschaftliche Entwicklung liegen.

Kompromiß ohne Prinzip

In der vergangenen Woche wurde, wie wir bereits meldeten, das seit langem besprochene Unscan-Projekt, der Plan zu einer stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Großbritannien auf der einen Seite und den drei skandinavischen Ländern auf der anderen Seite Wirklichkeit. Es können

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Die Kündigung des Abkommens über den Kompensationsverkehr zwischen den Handelskammern der französischen Zone und Ostfrankreich zum 31. 1. 1950 wird von der Wirtschaft Badens sehr bedauert, teilt das Außenhandelsbüro der südbadischen Handelskammern, Baden-Baden, mit. Es wird erklärt, daß offenbar die besonderen Verhältnisse Südbadens nicht genügend in Betracht gezogen wurden und daß man die anderesartige Entwicklung der französischen Zone seit 1950 in bezug auf die Verlagerung der Außenhandelsbeziehungen nicht genügend berücksichtigte. Durch das starre System der Offcomex bzw. der an ihre Stelle getretenen JEIA-Niederlassung in Baden-Baden seien die früheren Verbindungen der badischen Wirtschaft zu den großen Ausfuhrfirmen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet für längere Zeit gestört worden. Dadurch sei die südwestdeutsche Wirtschaft gezwungen worden, neue Verbindungen mit der Industrie Ostfrankreichs zu suchen. Als Mittler diente dabei das „Office de Compensation des Chambres de Commerce" (OCCC), das zusätzliche Einfuhren möglich gemacht und somit wesentlich zur Belebung der südbadischen Industrie beigetragen habe. Diese Entwicklung erfordere den Anschluß eines neuen Gemeinkommens, da sonst bestimmte Industriezweige in Baden zu einer ganz erheblichen Einschränkung ihrer Produktion gezwungen werden würden. Es wird erklärt, daß das Kompensationsabkommen mit Frankreich die Ansiedlung größerer Handelsfirmen in Südbaden möglich gemacht habe.

„Ich bin überzeugt, daß weitere Preisermäßigungen, insbesondere bei Textilien und Lederwaren, zu erwarten sind", erklärte der Arbeitsminister von Württemberg-Hohenzollern, Eugen Wirsching. In einer Unterredung mit einem Vertreter der CDU nahestehenden „Schwäbischen Zeitung" in Leutkirch. Die Kaufkraft der Bevölkerung sei durch die Weihnachtseinkäufe so erschöpft, daß die geringe Nachfrage die preisdrückende Tendenz beginstigen werde. Die Preissenkungen seien vor allem durch die Einfuhren bedingt. Die Gewerkschaften als Vertreter der breiten Massen der Verbraucher hätten seit Monaten eine vorbildliche Haltung bewiesen. Es läge ihnen nichts an einer Lohnerhöhung und alles an einer Hebung des Realeinkommens durch Preissenkungen. Im Hinblick auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes erklärte der Minister, Württemberg-Hohenzollern bilde innerhalb des Bundesgebietes immer noch eine „Oase in der Wüste". Die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes entspreche dem Temperament seiner Bevölkerung: langsam, aber sicher. Die steigenden Arbeitslosenzahlen seien hier nicht die Folge von Entlassungen, sie beruhten vielmehr ausschließlich auf dem Zustrom aus anderen Ländern. Insgesamt 32 000 zusätzliche Arbeitskräfte seien als Heimkehrer, Heimatvertriebene und „Illegale" nach Südwürttemberg gekommen. Diesem Ansturm sei die Wirtschaft des kleinen Landes nicht gewachsen.

Die Betriebsrechnung der Eisenbahn in der französischen Zone (ehem. Südwestdeutsche Eisenbahnen) für den DM-Abschnitt 1948 schließt nach dem Bundestag von dem Bundesverkehrsministerium unterbreiteten Bericht mit einem geringen Überschuß. Für das Jahr 1949 wird jedoch ein Fehlbetrag erwartet, der schätzungsweise bei 40 Mill. DM liegen wird. Die Gewinn- und Verlustrechnung war diesem Bericht zur Folge im DM-Abschnitt 1948 ausgeglichen, für 1949 wird mit einem Fehlbetrag von 50 Mill. DM gerechnet.

Das Landesarbeitsamt Pfalz hat im Rahmen seiner Aktion zur Förderung von Maßnahmen der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge 550 000 DM zur Verfügung gestellt. Wie das Landesarbeitsamt der Pfalz in Neustadt (Haardt) dazu mitteilt, wird mit diesen Mitteln ein Gesamt-Bauvolumen von 2,8 Millionen DM angestoßen. Es sollen vor allem mit diesen Geldern Gelände für Siedlungshäuser „baureif" gemacht, neue Kanäle und Straßenbauten, Aufforstungen und Wegebauten sowie Meliorationen ermöglicht werden. Das Landesarbeitsamt hofft, mit diesen Arbeiten direkt 1500 und indirekt in den Baustoff- und Zubringer-Industrien weitere 300 Arbeitslose neu in Arbeit bringen zu können.

Die Spareinlagen bei den südbadischen Sparkassen beliefen sich Ende 1949 auf 166,8 Mill. DM und überschritten damit um rund drei Mill. DM die DM-Einlagen bei der Währungsreform. Im Giroverkehr, für den bei der Währungsumstellung nur 19 Mill. DM zur Verfügung standen, sind die Einlagen bis Ende 1949 auf 85,9 Mill. DM angewachsen. Sowohl das kurzfristige Kreditgeschäft als auch das Realkreditgeschäft konnte von den südbadischen Sparkassen im Laufe des vergangenen Jahres wieder aufgenommen werden. Der Wert der kurzfristigen Kredite belief sich Ende 1948 auf 50,5 Mill. DM gegenüber von 16,5 Mill. DM Ende 1948. Die Hypothekendarlehen sind zwischen den gleichen Stichtagen von 3,2 Mill. DM auf 8,4 Mill. DM angewachsen.

Am 25. 1. ist zum ersten Male das „Ministerialblatt der Landesregierung von Baden" erschienen. Es wird in Zukunft zweimal im Monat neben dem „Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt" herausgegeben, und zwar von der Badischen Staatskanzlei. Druck und Verlag bei Poppen und Ortmann, Freiburg i. Br. Die im Ministerialblatt veröffentlichten Texte erhalten mit der Veröffentlichung Gesetzeskraft.

Englische Zone

Die Zahl der Arbeitslosen im Land Nordrhein-Westfalen erhöhte sich im Laufe des Monats Januar von 190 000 um 57 000 auf 253 000. Die Steigerung war in der zweiten Hälfte des Monats geringer als in der ersten Hälfte. Das Landesarbeitsamt kennzeichnet die jüngste Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt als überwiegend jahreszeitlich bedingt. Am stärksten stieg die Arbeitslosigkeit bei den Bauarbeitern um annähernd 25 000 an. Hier kommt der Saisonrückschlag besonders zum Ausdruck. Das gleiche gilt aber auch für die Metallarbeiter (plus 7000) sowie für die Holzverarbeiter (plus 1700). Gleichzeitig meldet der Bericht des Landesarbeitsamtes erstmalig wieder seit Oktober vergangenen Jahres einen Anstieg des Kräftebedarfs und zwar von 23 014 offenen Stellen um 3221 auf 26 235.

Die Landesgruppen der industriellen Spitzenverbände und Arbeitsgemeinschaften haben sich auf einer Sitzung in der Hamburger Börse in loser Form zur Landesvertretung Hamburg des Bundesverbandes der deutschen Industrie zusammengeschlossen, um ihre gemeinsamen Interessen zu wahren und in wirtschaftspolitischen Fragen von allgemeiner Bedeutung für den Bereich der Hamburger Industrie eine Meinungsbildung herbeizuführen. Eine Zusammenarbeit mit der Handelskammer ist vorgesehen. Direktor Ernst Falkenheim, Vorstandsmitglied der deutschen Shell A.G., wurde zum Vorsitzenden und die Herren August Rodenstein in Fa. C. F. Asche & Co. AG. sowie Dr. Werner Funk in Fa. Hammonia Metallwaren-Fabrik Friedrich Rost zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Federführung übernimmt der Mineralölwirtschaftverband e.V., Hamburg 36, Alsterufer 4—5.

Die in anderen Gebieten seit etwa März 1949 aufgetretenen Stagnationserscheinungen haben die Wirtschaft des M.-Gladbacher Bezirkes infolge seiner besonderen Struktur nur in einzelnen Branchen berührt. Im allgemeinen war eine stete wenn auch gegenüber dem 2. Halbjahr 1948 verlangsamte Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Nach einem Bericht über die wirtschaftliche Lage der IHK zu M.-Gladbach brachte das letzte Quartal des Jahres 1949 eine neue Beschleunigung dieser Aufwärtsentwicklung. Kennzeichnend für die Breite der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Zeitabschnitt ist die Tatsache, daß von ihr auch die Investitionsgüterindustrie, insbesondere die eisen- und metallverarbeitenden Betriebe sowie die Elektroindustrie erfaßt wurden. Gegen Jahresende zeigten sich in verschiedenen Branchen der Konsumgüter- und Nahrungsmittelindustrie jedoch wieder Auftragrückgänge. In der Schuhindustrie war der Auftragsschwund im Dezember so groß, daß in den ersten Monaten des Jahres Kurzarbeit eingeführt werden mußte. Die Währungsabwertungen haben in der Textilindustrie zum Teil die Durchführung von neuen Exportgeschäften mehr oder weniger unmöglich gemacht.

Das Weihnachts-Krawattengeschäft war bei weitem nicht so lebhaft, wie es die Industrie erhofft hatte, obwohl sie mit neuen Musterungen an den Markt gekommen war. Anscheinend ist der Nachholbedarf gedeckt. Bemerkenswerter Weise haben die Unternehmer, die während der günstigen Konjunkturlage nicht genügend Marktpflege trieben, die Marktverbindung jetzt mehr oder weniger verloren. Dagegen sind die Firmen, die sofort nach der Geldreform den Kontakt mit der alten Kundschaft aufnahmen, meist im Geschäft geblieben und werden von dem derzeitigen Rückschlag nicht so sehr betroffen.

Auf Grund von § 3 Abs. 4 der 33. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz gab die Bank deutscher Länder bekannt, daß die Preußische Staatsbank, Berlin, als verlagertes Geldinstitut anerkannt worden ist. Als Zeitpunkt der Verlagerung gilt der 4. April 1946. Die BdL teilt weiter mit, daß die Altgeldguthaben der Gruppe I, die bei der Preußischen Staatsbank, Berlin, unterhalten werden, binnen 2 Monaten nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung gemäß den Bestimmungen des Währungsgesetzes bei der Abwicklungsbank des Konto-Inhabers anzumelden sind. Die Anmeldungen sind bei der Preußischen Staatsbank, Hamburg, Ferdinandstr. 75, vorzunehmen.

Die seit 1901 bestehenden Automobilwerke H. Büssing, Braunschweig, haben 1931 zusammen mit der Nationale Automobil-Gesellschaft AG., Berlin, die BÜSSING-NAG Vereinigte Nutzkraftwagen GmbH., Braunschweig, als Produktions- und Vertriebs-Gesellschaft gegründet, an der sich die beiden Muttergesellschaften je zur Hälfte beteiligten. Mit Wirkung vom 1. 1. 1950 ab ist die Nationale Automobil-Gesellschaft AG., die durch den Kriegsausgang ihre Werke in Leipzig und Oberschöneweide verloren hat, wieder ausgeschieden. Infolgedessen ist die Firma der Produktionsgesellschaft in BÜSSING Nutzkraftwagen m. b. H., Braunschweig, abgeändert worden. Die beiden persönlich haftenden Gesellschafter der Automobilwerke H. Büssing, Dipl.-Ing. Paul Weners und Rudolf Egger, haben den Vorsitz und stellvertretenden Vorsitz im Aufsichtsrat der BÜSSING Nutzkraftwagen mbH. übernommen. Die Geschäftsführung der BÜSSING Nutzkraftwagen mbH. besteht aus den Direktoren Otto C. Schirz, Willy Stanieowitz und Georg Filbert als ordentliche Mitglieder und den Direktoren Karl Baur und Max Maurer als stellvertretende Mitglieder. BÜSSING als das größte deutsche Werk für schwere Nutzfahrzeuge nimmt eine beachtliche Stellung im In- und Auslande ein.

Mit Wirkung vom 25. 1. 1950 haben die Philips Valve Werke die Preise für Glühlampen — etwa um 10% — gesenkt. Die Preissenkung, die auf Rationalisierung im Aachener Fabrikationsbetrieb zurückgeführt wird, beschränkt sich nicht nur auf die üblichen Glühlampen, sondern umfaßt auch Sonderausführungen (stoßfeste Lampen, Kerzenlampen sowie sonstige Zier- und Zwecklampen einschließlich Duniolampen ebenso wie Nieder-Volt-Lampen). Die Preise für Leuchtstofflampen wurden um mehr als 20% ermäßigt. Die Bedeutung der Preissenkungen wird dadurch noch größer, daß die Zahl der Lampentypen entsprechend dem Bedarf laufend gesteigert ist und sich bis heute im Programm der Philips Valve Werke — ungerechnet die Zahl der verschiedenen Spannungen — auf mehrere Hundert erhöht hat.

In der AHV beschloß die Rheinische Zellwolle AG., Siegburg, ihren Namen in „Chemie-Faser-AG., Duisburg", zu ändern. Die Verwaltung erklärt sich in diesem Zusammenhang mit dem Gedanken, zu gegebener Zeit die Herstellung vollsynthetischer Fasern vorzunehmen.

In das Handelsregister beim Amtsgericht Gronau/Westf. wurde die Sitzverlegung der Thüringischen Zellwolle AG. nach Gronau eingetragen.

Amerikanische Zone

Die Zahl der Gewerbeanmeldungen in Hessen betrug im Dezember 4053 (Vormonat 3840), die der Abmeldungen 3081 (Vormonat 1769). Während in den Vormonaten Handwerk und Einzelhandel bei den Anmeldungen nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes führend waren, hat sich im Dezember das Wandergewerbe auf Grund seiner Sonderentwicklung erstmalig an die Spitze geschoben und konnte mit 1468 Anmeldungen größenordnungsmäßig an den Höchststand vom Mai 1949 anschließen. Die Entwicklung bei den übrigen Gewerbezweigen zeigte jedoch eine rückläufige Tendenz. Nur noch im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe macht das Mehr an Anmeldungen gegenüber dem Vormonat etwa 32 v. H. aus. Die Abmeldungen sind um 113 (8,3 v. H.) gegenüber dem Vormonat weiter angestiegen. Bei den Flüchtlingsbetrieben hat sich die Abgangsquote auf 35 (Vormonat 38) verringert. An den Neugründungen sind Flüchtlinge mit 10 v. H. (Vormonat 9,1), an den Abmeldungen mit 7,6 (Vormonat 7,6) beteiligt. Die Flüchtlingsbetriebe konnten damit ihren Vorteil gegenüber den Altbetrieben weiterhin leicht verbessern.

Der Anteil der Zahl der Erwerbslosen an der Beschäftigtenzahl habe im Landesbezirk Nordbaden im Dezember 1949 je 1000 Beschäftigte 74 betragen, teilt das Statistische Landesamt Karlsruhe mit. Die Vergleichszahl für Nordwürttemberg habe sich in dem gleichen Zeitraum auf 35 gestellt. In Nordbaden habe der Bezirk Mosbach-Tauberbischofsheim mit 123 den größten Anteil, während Mannheim mit 38 am günstigsten lage.

Die von den Abteilungen Seeverkehr und Binnenschiffverkehr des Bundesverkehrsministeriums geäußerte Ansicht, daß der Schiffbau auch da kein freies Gewerbe sei, wo er außerhalb der Vorschriften der Militärregierung stehe, und daß kein Reeder ohne ausdrückliche Genehmigung des Bundesverkehrsministeriums Schiffe bauen dürfe, hat in Kreisen des Bremer Schiffbaues starkes Befremden ausgelöst. Sie hat die Befürchtung aufkommen lassen, daß bei der Verteilung von Schiffbaukrediten nach dem Muster der früheren Rohstoffbewirtschaftung neben den Wirtschafts- und Finanzbehörden noch weitere, nur mittelbar am Schiffbau beteiligte Stellen aus einem gewissen „Lenkungsbedürfnis" heraus eingeschaltet werden sollen. Nach Ansicht des Bremer Schiffbaues tragen allein die Reeder die Verantwortung für die richtige Verwendung der ihnen gegebenen Gelder. Die Zwischenschaltung von Institutionen, die mit Hilfe von Antragsformularen neue Zwangsbewirtschaftungsmethoden auferleben lassen möchten, sei vollkommen überflüssig.

Dieser Tage hat die Adam Opel A. G., Rüsselsheim a. Main, die Preise für ihren 1½ to. Blitz-Schnellastwagen wesentlich herabgesetzt. So kostet der Pritschenwagen mit Spriegel und Plane nunmehr 8160 DM ab Werk gegenüber seither 8790 DM. Die Preise für das Fahrgestell und den Pritschenwagen sind ebenfalls ermäßigt. — Opel hat im Monat Januar 1085 Opel-Automobile exportiert; im Vormonat belegte Opel mit 1139 ausgeführten Fahrzeugen 55,1 Prozent des gesamten deutschen Automobil-Exports. — Die Produktion der Opel-Werke belief sich im Januar auf 3937 Pkw gegenüber 3480 im Dezember 1949 und 880 1½ Tonner-Lkw (535). Der Inlandsversand stellte sich auf 2722 Pkw und 431 Lkw, der Export auf 929 Pkw und 136 Lkw.

Von den Daimler-Benz-Werken wurden im Januar 3208 Personenkraftwagen vom Typ 170 gegenüber 3000 im Vormonat produziert, davon entfielen 1072 Wagen auf den Mercedes 170 S. Ferner wurden im Januar 370 Lastkraftwagen vom Typ L 3500 (Dezember 500), 112 Lastkraftwagen L 5000 (8) und 12 Omnibusse O 5000 (11) fertiggestellt.

Bei Borgward Bremen wurden im Monat Januar 1950 1074 Fahrzeuge gebaut. Davon entfielen 450 (400) auf den Pkw „Hansa 1500" und die restlichen auf die bekannten Nutzfahrzeuge (1½-Tonner und 3,4-Tonner Diesel).

Ab 1. Februar wird der Preis des bekannten und über 100 000-fach bewährten Modells Zündapp DB 200 von 1195 DM auf 1095 DM gesenkt.

Ostzone

Auf der Sitzung des Ministerrats der Ostzonen-Republik am 2. Februar gab der Minister für Industrie, Selbmann, einen Bericht über die auf Grund des Beschlusses des Ministerrates vom 24. 11. 49 durchgeführte Untersuchung monopolkapitalistischer Einflüsse in der volkseigenen Industrie. Auf Grund dieser Untersuchung habe es sich bestätigt, daß sich das „Zentrum der feindlichen Konzern-Tätigkeit" im Lande Sachsen-Anhalt befunden habe und noch befinde. In Sachsen-Anhalt sei von früher her die stärkste Konzentration dem monopolistisch zusammengefaßten Finanzkapitals vorhanden. Das Land sei das Zentrum der chemischen Großindustrie und auch der Elektro- und Energiewirtschaft. Angesichts dieser besonderen Struktur sei der Kampf zur Liquidierung der früheren monopolistischen Organisationsformen der Wirtschaft in besonders konsequenter Weise erforderlich gewesen. Der Kampf gegen die Konzernwirtschaft oder ihre verbliebenen Reste sei jedoch gerade in Sachsen-Anhalt in sträflicher Weise vernachlässigt worden. Die Politik und insbesondere die Wirtschaftspolitik des Landes sei sogar von ausgesprochenen Agenten imperialistischer und monopolistischer Gruppen bestimmt worden. Auf Grund des sehr ausführlichen Berichtes des Ministers Selbmann wurden vom Ministerrat eine Reihe von Maßnahmen zur systematischen Bekämpfung und Unterbindung der Agenturtätigkeit beschlossen.

Die Vereinigung volkseigener Betriebe für die Ausrüstung von Bergbau- und Schwerindustrie (ABUS) in der Sowjetzone beabsichtigt, wie der Leiter der Vereinigung, Dir. Zillgit, sagte, noch in diesem Jahr in Westdeutschland und im Ausland Vertretungen zu errichten. Die Vereinigung werde künftig in verstärktem Umfang mit der Sowjetunion und den „volksdemokratischen" Ländern zusammenarbeiten. Durch sorgfältige Beschickung von Messen- und Ausstellungen und eine umfangreiche Werbetätigkeit wird angestrebt, die Ausfuhr der Vereinigung zu verdoppeln. Für Krananlagen und Bergwerksmaschinen sei in diesem Jahr mit „Entwicklungen besonderer Art" zu rechnen.

Die Ostzonen-Regierung hat beschlossen, einen einheitlichen Preis für rationierten Treibstoff von 0,70 Ostmark je Liter Vergaserkraftstoff, 0,65 Ostmark je kg Dieselkraftstoff und 0,75 Ostmark je kg Treibgas und Flüssiggas festzusetzen. Für den freien Verkauf wurden die Preise für Vergaserkraftstoff auf 4— Ostmark je Liter und für Dieselkraftstoff auf 3— Ostmark je kg erhöht. Diese Maßnahme wird von ostzonaler Seite damit begründet, daß Spekulanten der Westzonen und der Berliner Westsektoren bisher die freien Kraftstoffe der Ostzone aufgekauft hätten.

Süddeutscher
Spinnweber-Verband G.m.b.H.

Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)

Spinnereien
Webereien
Bleichereien
Färbereien
Druckerei

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Italiens Handel mit Deutschland

Erhöhung des Handelsvolumens scheitert daran, daß Italien nicht bereit ist, mehr Industriewaren aus Deutschland zu beziehen — Eine interessante scharfe Debatte in Mailand

Auf Veranlassung der Confederazione generale dei commerci (der Spitzenorganisation des italienischen Handels) und des Verbandes der italienischen Obst- und Gemüsehändler fand Ende Januar in Mailand eine von vielen Hunderten von Firmen besuchte Versammlung statt, die die Möglichkeiten zur Erhöhung der Importe aus Deutschland prüfen sollte. Aus den Ausführungen der Vertreter der Spitzenverbände ging übereinstimmend hervor, daß zunächst jede Ausdehnung des deutsch-italienischen Handelsvolumens daran scheitert, daß Italien nicht bereit ist, sich seine Lieferungen nach Deutschland durch vermehrte deutsche Lieferungen von Fertig- und Halbfertigwaren bezahlen zu lassen. Sämtliche Redner kritisierten in Anwesenheit einer hohen Vertreters des Industrieministeriums die italienische Haltung und betonten, daß diese Praxis zwar einigen Gruppen von Industriellen nützlich komme, jedoch für die typisch italienischen Exporte und auch für die italienischen Konsumenten schweren Schaden mit sich bringe. Der Vertreter der Landwirtschaft sprach geradezu von einer drohenden Krise, falls es nicht gelinge, den für die Zeit von Februar bis Juni noch verfügbaren Betrag von 2 Mill. Dollar für Obst- und Gemüselieferungen nach Deutschland durch rechtzeitige Verhandlungen mit Deutschland hinaufzusetzen und zwar auf etwa 10 bis 12 Mill. Dollar. Man sei sich in der Landwirtschaft darüber im klaren, daß eine derartige Kontingenterhöhung nur dann Aussicht auf Verwirklichung habe, wenn Italien endlich bereit sei, auch mehr Halbfertig- und Fertigwaren aus Deutschland abzunehmen.

Ein anderer Redner erklärte unter allgemeinem Beifall, daß das Problem der Handelsbeziehungen mit Deutschland für Italien erst an zweiter Stelle stehe und nach der Eurosphilfe rangiere. In allen generellen Ausführungen kam der Gedanke zum Ausdruck, daß das Defizit in der deutschen Handelsbilanz Deutschland dazu zwinge, die Obsteinfuhr aus Italien zu drosseln, insbesondere solange Italien sich gegen jede echte Liberalisierung sträube. Während in den Jahren 1934 bis 1938 der Anteil der Rohstoffe (einschl. Kohle) an den deutschen Lieferungen nach Italien etwa ein Drittel ausgemacht habe, läge der Anteil der Rohstoffe z. Zt. immer noch bei mehr als 50%. Die italienische Industrie nimmt nach allgemeiner Ansicht noch immer eine viel zu starke Protektion in Anspruch, die auf den Rücken der Landwirtschaft und der italienischen Konsumenten gewährt werde. Dabei gehe es in der italienischen Landwirtschaft rd. neun Millionen Beschäftigte, in der verarbeitenden Industrie dagegen nur vier Millionen Arbeiter.

Ein Hauptthema der Diskussion war auch der kommende Zolltarif und die Zollverhandlungen mit Deutschland. Sollten die Sätze des Entwurfs Wirklichkeit werden, so würde das zu einer Lähmung des Halbfertig- und Fertigwarenexportes aus Deutschland führen. Besondere Bedenken wurden geäußert, daß es der italienischen Industrie gelingen könnte, die bereits zunächst für Januar angesetzten Zollverhandlungen mit Deutschland immer weiter hinauszuschieben; dies werde insbesondere den italienischen Obst-, Gemüse- und Weinexport treffen, weil Deutschland in diesem Fall vermutlich mit Gegenmaßnahmen antworten werde.

Aus den offiziellen Ausführungen und aus persönlicher Fühlungnahme mit Versammlungsteilnehmern konnte man den Eindruck gewinnen, daß man das bisherige handelspolitische Verhalten Deutschlands gegenüber Italien insgesamt als erstaunlich „weich" ansieht, und deshalb für die Zukunft eher mit einer etwas stärkeren Wahrung der deutschen Interessen rechnet (und beim Importhandel sogar darauf hofft).

Von besonderem Interesse sind die Erklärungen des Präsidenten der deutsch-italienischen Handelskammer in Mailand, Miaul, der unter Berufung auf die über 700 Mitglieder der Kammer folgende Forderungen erhob: 1. Erhöhung der Zahl der aus Deutschland importierten Halbfertig- und Fertigwaren. Während Italien in seinem Einfuhrverzeichnis mehr als 800 Warenpositionen stehen hat, enthält der Handelsvertrag mit Deutschland nur einen Bruchteil dieser Positionen. 2. Raschere und umfassendere Unterrichtung der Importfirmen über den Stand der Kontingente. 3. Erhöhung der Kontingente. 4. Volle Ausschöpfung der Kontingente und Beschleunigung der Lizenzerteilung (Dauer z. Zt. oft bis zu 4 und mehr Monaten!). 5. Vermeidung der Erteilung von Hamsterlizenzen, das sind Lizenzen an Firmen, die gar nicht die Möglichkeit der Absicht haben, zu importieren, die aber die Ausnutzung vorhandener Lizenzen verhindern (einzelne Teilnehmer behaupteten sogar, daß hierbei zuweilen die interessierte Industrie eine Rolle spiele). 6. Erleichterung der Reisetätigkeit, die z. Zt. oft noch in beiden Richtungen unnötig erschwert werde.

Hinsichtlich der Wünsche einzelner Branchen gilt folgendes:

Porzellan: Das Kontingent von 1,2 Mill. Dollar ist ganz unzureichend. Selbst das kümmerliche Kontingent werde aber durch die Praxis der Lizenzerteilung in Rom „sabotiert". Bisher sollen nur etwa 600 000 Dollar zugeteilt worden sein. Das Kontingent könne ohne Gefahr für die italienische Industrie mindestens vervierfacht werden.

Chemie: Das Fehlen der deutschen Einfuhr mache sich auf zahlreichen Gebieten bemerkbar. Es sei z. B. unmöglich, deutschen Leim zu beziehen, auch die Einfuhr von Kunstharz (insbesondere für Phenolprodukte) sei dringend erforderlich. Einzelne Produkte, die aus anderen Ländern eingelassen — wegen des Preises aber uninteressant — seien, fehlten auf der deutschen Warenverzeichnis. Erwünscht sei ferner auch die Einfuhr von Zelluloid- und Ebonitprodukten (z. B. Kämmen), auch wenn das einigen wenigen italienischen Herstellern den Absatz erschwere. Bei Chemikalien wäre die Schaffung eines globalen Kontingentes zweckmäßig, das durch eine Liste der für die Einfuhr in Betracht kommenden Produkte ergänzt werden könne. Innerhalb des Globalkontingentes müsse für die auf der Warenliste befindlichen Produkte freie Wahl bestehen.

Landmaschinen: Deutschland, das immer der bevorzugte Lieferant Italiens gewesen sei und dessen Landmaschinen wegen ihrer bekannten Güte leicht abzusetzen seien, scheide wegen der geringen Kontingentsätze als bevorzugter Lieferant aus; selbst die kleinen Kontingente seien nicht verteilt worden. Das Kontingent müsse zunächst mindestens verdreifacht werden. Auf die Gefahr der kommenden Zollsätze für Landmaschinen wurde besonders hingewiesen.

Sonstige Waren: Über die Einfuhr von Werkzeugmaschinen, Nadeln, Bestecken, Schneidwaren, Haushaltsartikeln, Papier- und Schreibwaren, Feinartikeln, Produkten der eisenschaffenden Industrie, feuerfestem Material, Stahlrohren und vielen anderen Artikeln wurde lebhaft diskutiert. Aus allen Branchen berichteten die Importeure von guter Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen und von den Schwierigkeiten, die, zum Teil durch das gänzliche Fehlen von Kontingenten, zum Teil durch ihren kleinen Umfang und außerdem noch durch die hinhaltende Praxis der Erteilung der Einfuhrlizenzen in Rom entstehen.

Landwirtschaftsschau der OEEC-Länder

Die Marshallplan-Länder haben ein umfassendes Landwirtschaftsprogramm vorgelegt, das das Ziel hat, bis 1956 die Einfuhr von Lebensmitteln um 1200 Mill. Dollar zu kürzen. Das Programm weist darauf hin, daß von 1952 — also nach Beendigung der Marshallhilfe — bis 1956 tiefgreifende wirtschaftliche Maßnahmen ergriffen werden müssen, wenn nicht die Möglichkeit für eine andere Hilfe besteht.

Die OEEC-Länder werden aufgefordert, bis Mitte Februar bekanntzugeben, welche Schritte sie bezüglich dieses Programms unternehmen werden und welche Ergebnisse sie bis zur Beendigung des Marshallplanes erwarten.

Der Plan selbst sieht eine Steigerung der Lebensmittelproduktion vor. In erster Linie soll auf bisher unausgenutzten Landflächen Viehfutter angebaut werden. Zur Erreichung dieses Zieles sind eine Reihe von Modernisierungsmaßnahmen vorgeschlagen, die in mancher Hinsicht, so heißt es, eine Revolutionierung der europäischen Landwirtschaft bedeuten. Die Landwirte sollen die nötige technische Hilfe, Kredite, Werkzeuge und Maschinen erhalten, die für eine Steigerung ihrer Produktion erforderlich sind.

Im Hinblick auf dieses Ziel sind in einzelnen Ländern bereits verschiedene umfangreiche Projekte in Angriff genommen worden. So wurde z. B. zur Finanzierung von Bodenmeliorationsprojekten in Italien vom ERP-Sonderkonto 1,4 Mrd. Lire zur Verfügung gestellt. Bisher wurden insgesamt 23 Mrd. Lire für Zwecke der Neulandgewinnung in Italien freigegeben. In Österreich werden jährlich rd. 4 Millionen Schilling freigegeben ebenfalls für die Gewinnung von Neuland. Nach einem Plan der ECA-Mission in Österreich wird in diesem Jahre der Anschluß von 4800 landwirtschaftlichen Betrieben an das Stromnetz durchgeführt. Bisher sind ungefähr 60% aller landwirtschaftlichen Betriebe elektrifiziert, man zielt jedoch darauf hin, einen von Jahr zu Jahr steigenden Prozentsatz von Landwirtschaftsbetrieben zu elektrifizieren. ha.

Das Uran in Belgisch-Kongo

an. Brüssel. Am 30. Januar 1950 haben in Washington zwischen Vertretern der USA, Großbritanniens, und Belgiens Besprechungen stattgefunden, die sich auf Probleme der Atomenergie erstreckten, und die für alle Verhandlungsteilnehmer von gemeinsamem Interesse sind. Die belgischen Vertreter haben auf dieser Konferenz eine Preiserhöhung je Tonne Urangrz verlangt. (Bisheriger Preis 300 Dollar je Tonne). Das sich auf die Uran-Lieferungen nach den Vereinigten Staaten beziehende Abkommen ist am 31. Dezember 1949 abgelaufen.

Man weiß, daß die Lieferungen, die das belgische Kontaigebiet während des Krieges an die westlichen Alliierten vornahm, wesentlich dazu beigetragen haben, die belgische Zahlungsbilanz nach 1944 günstig zu beeinflussen und damit auch die Grundlage zu schaffen für die Sanierung der Finanzen der belgisch-luxemburgischen Wirtschafts-Union. Über die wirtschaftlichen Transaktionen vor allem der Vereinigten Staaten mit Belgisch-Kongo ist bisher nicht viel verlautet. Vor allem hat sich der Kongo als ein wichtiger Lieferant für Urangrze erwiesen. In Chinkolobwe, einer Gegend im Kantangebiet, sind die wichtigsten Fundorte für Uranerzvorkommen. Seitdem die Union Minière du Haut-Katanga, der große Kupferproduzent in Belgisch-Kongo, 1923 eine Konzession auf die 1913 entdeckten großen, radiumhaltigen Uranerzvorkommen von Chinkolobwe erhalten hat, wird alles, was mit diesen Vorkommen im Zusammenhang steht, mit dem Schleier des Geheimnisses umgeben. Bekannt wurde lediglich, daß die Erzeugung zwei Jahre nach Erteilung der Konzession über 30 Gramm Radium jährlich, 1938 bereits 42 Gramm betrug und später auf 60 Gramm oder etwa 60 Prozent der damaligen Welterzeugung stieg. Was die Vorkommen selbst anbelangt, die Art der anstehenden Erze, ihre Reserven und ihre Lagerung, das alles ist jedoch auch heute noch für die Öffentlichkeit völlig in Dunkel gehüllt. Offenbar ist niemand außer den verantwortlichen Stellen der belgischen Regierung über die Bedeutung der Vorkommen von Chinkolobwe genau informiert.

Wie nun mitgeteilt wird, versuchen sowohl die Vereinigten Staaten, wie auch England sich einen Einfluß auf die Ausbeutung der radioaktiven Erze von Chinkolobwe zu sichern, deren Vorkommen sich nach britischen Schätzungen, auf rund 11 000 Tonnen Metallinhalte belaufen. Interessant ist die Tatsache, daß im Jahre 1944 zwischen den USA und Großbritannien einerseits und Belgien andererseits ein Geheimabkommen unterzeichnet wurde, auf Grund dessen den beiden angelsächsischen Ländern gleiche Ansprüche auf das Uranerz von Chinkolobwe eingeräumt wurden. Mit Blickrichtung auf die Herstellung von Atombomben hatte Großbritannien während des Krieges auf seinen Anteil zugunsten der V. St. verzichtet. In den Jahren 1940 bis 1944 hatten die USA etwa 100 000 Tonnen Pechblende im Geschäftswert von 30 Millionen Dollar aus Belgisch-Kongo erhalten. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß gerade diese Lieferungen die materielle Grundlage schaffen für die Atombomben-Experimente und die damit zusammenhängenden Resultate.

Es stellte sich heute, nachdem am 31. Dezember 1949 der Geheimvertrag von 1944 abgelaufen ist, freilich die Frage, ob in der Belieferung mit Uranerzen den Vereinigten Staaten oder Großbritannien die Priorität zukommt. Großbritannien macht seine Ansprüche aus dem Vertrag geltend. Daraus ergeben sich Folgen, die sich in bezug auf die Atom-Bomben-Fabrikation als schwerwiegend erweisen dürften. Die Vereinigten Staaten müßten sich unter Umständen darüber entscheiden, ob sie mit Großbritannien auf dem Gebiet der Atomenergie eine engere Zusammenarbeit eingehen oder auf einen Teil der Kongoerze verzichten wollen, wodurch womöglich die Weiterführung des amerikanischen Atomprogramms behindert und das Schwergewicht der Rohstoffversorgung nach Großbritannien verlagert würde. Falls es seine Forderung an Belgien über die Hälfte der Ausbeute von Chinkolobwe zu verfügen, aufrecht erhält, würde das, zusammen mit den reichen kanadischen Pechblendevorkommen, eine gleicherte materielle Grundlage für die Atomforschung abgeben.

Wie stellt sich die belgische Regierung zu der britischen Forderung? Bisher liegen noch keine eindeutigen Erklärungen führender belgischer Staatsmänner zu diesem Problem vor. Es wird indessen von inoffizieller Seite versichert, Belgien müsse solange die Lieferungen von Uranerzen an die Vereinigten Staaten fortsetzen, als von der UN kein arbeitsfähiges Kontrollorgan geschaffen worden sei, das die Atomenergie in allen Staaten zu überwachen habe. Dieses Kontrollorgan, das haben die bisherigen Debatten in der UN klar bewiesen, wird aus dem theoretischen Stadium nicht herauskommen.

USA kaufen Quecksilber in Italien

... und nicht in Spanien, weil Spanien nicht zum Marshall-Plan gehört

Die Resultate der von amtlichen United States Bureau of Mines kürzlich abgeschlossenen Untersuchung über die Lage des amerikanischen Quecksilbermarktes im dritten Quartal des letzten Jahres liefern einen interessanten Hintergrund für die ernsten Konflikte, welche der nun erfolgten Auflösung des Quecksilberkartells vorausgegangen sind (siehe unsere Notiz in Nr. 4).

Von den beiden wichtigsten Quecksilbererzeugungsländern der Erde, nämlich Spanien und Italien, die zusammen normalerweise etwas weniger als drei Viertel der Weltproduktion zu stellen pflegen, ist Spanien der potentiell größere und, wirtschaftlich gesehen, viel rentablere Produzent. Infolge der Kriegsauswirkungen übertraf jedoch die italienische Produktion diejenige des Kartellpartners während des letzten Jahrzehnts regelmäßig, in einzelnen Jahren sogar sehr stark. Das Fehlen von genügenden Verwendungsmöglichkeiten hat die Produktion des Metalls in der Nachkriegszeit stark beeinträchtigt. Die Weltproduktion lag seit 1946 mit rund 140 000 Flaschen zu je 76 lbs pro Jahr um etwa 50% unter dem Kriegshöchststand von 1941. Trotz dieser Beschränkung der Erzeugung haben sich aber in den Kartellländern große Vorräte angesammelt. Da die zivile Nachfrage begrenzt ist und im letzten Jahr eine weitere Senkung aufwies, würde die Unterbringung der Produzentenbestände geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Die laufende Nachfrage wurde jedoch in den letzten Jahren durch die Kriegsreserveankäufe der Vereinigten Staaten geglitzt. Diese Käufe stiegen auch im zweiten und dritten Quartal 1949 geradezu sprunghaft. Der erwähnte Quartalsbericht des United States Bureau of Mines beziffert die amerikanischen Importe im zweiten Quartal 1949 auf 39 482 Flaschen und die des dritten Quartals auf 58 458 Flaschen. Nachdem bereits die erstgenannte Menge einem Quartalsrekord in der Geschichte des amerikanischen Quecksilber-Handels gleichgekommen war, übertrafen die im dritten Quartal 1949 importierten Mengen, von einer einzigen Ausnahme abgesehen, selbst alle bisherigen amerikanischen vollständigen Jahresimporte. Von den Gesamtimporten des zweiten und dritten Quartals des Vorjahres in der Höhe von 97 950 Flaschen stellte Italien nicht weniger als 83 542 Flaschen, während der spanische Anteil ganze 885 Flaschen ausmachte.

Die Ursache dieser Entwicklung wird durch das United States Bureau of Mines übrigens nicht nachgewiesen. Der Bericht betont, daß die Economic Cooperation Administration, die amerikanische Marshall-Hilfe-Verwaltung in Europa angesammelte Quecksilbervorräte gegen „Counterpart Funds" für die amerikanische Kriegsreserve erworben hat. Daß es sich bei den Rekordimporten der beiden erwähnten Quartale praktisch ausschließlich um solche militärische Vorratsbestände gehandelt haben muß, wird durch die Tatsache bewiesen, daß sich die amerikanischen Privatbestände in der gleichen Zeitspanne fast nicht verändert haben.

Da Italien ein Teilnehmerland am Marshall-Plan ist, Spanien jedoch nicht, stehen der amerikanischen Kriegsreserve sogen. „Counterpart Funds" in nationaler Währung gegen geleistete Marshall-Hilfe nur in Italien zur Verfügung. Diese Tatsache erklärt zur Genüge, warum die amerikanischen Bezüge von Quecksilber aus Spanien im Jahr 1949 praktisch vollständig dahingefallen sind, obwohl dieses Land im Jahr 1948 noch mehr als fünfmal so viel Quecksilber nach den USA verschiffte hatte als sein Kartellpartner.

Höhere Einkäufe für strategische Reserve der USA

Die Mittel für Einkäufe für die strategische Reserve der USA wurden im Wirtschaftsjahr 1949/50 auf 3,773 Mrd. Dollar erhöht, wird in dem soeben dem Kongreß vorgelegten Halbjahresbericht des nordamerikanischen Waffenamtes mitgeteilt. Höhere Ausgaben wurden für die Lagerhaltung von Chromerz, Manganerz, Kautschuk, Zinn, Abaca-Faser, Sisal-Hanf, Korund, Kyanit (blättriger Beryll), Talkum und Asbest bewilligt, die teilweise neu in das Hortungsprogramm aufgenommen wurden. Die Kosten für die Durchführung des Hortungsprogramms wurden bisher auf 3,317 Mrd. Dollar geschätzt.

Wirtschaftliche Fortschritte Frankreichs

Drei Jahre Monnet-Plan — 1000 Mrd. Franken Investitionen

Frankreich hat in den Jahren nach dem Kriege gewaltige Anstrengungen unternommen, um das Gleichgewicht seiner Wirtschaft wieder herzustellen. Die bisherigen Erfolge sind beachtenswert. Die Landwirtschaft hat das Produktionsniveau der Vorkriegsjahre erreicht, die Industrie hat die Vorkriegsproduktion zum Teil weit überschritten. Diese wirtschaftliche Wiederaufrichtung Frankreichs wäre ohne den „Modernisierungs- und Ausrüstungsplan" Monnet kaum in dem bisherigen Ausmaß gelungen, denn er ermöglichte erst die systematische Aufschließung der in Frankreich ruhenden wirtschaftlichen Energien, selbstverständlich konnte dieses erst mit der tatkräftigen Hilfe der USA die augenfälligen Erfolge erzielen.

Der Initiator und jetzige Generalkommissar dieses Planes, Jean Monnet, gab nun in einem Sonderbericht einen Überblick über die Fortschritte des Planes und weitere Maßnahmen innerhalb seines Rahmens bekannt. Bei der Finanzierung des Monnet-Planes spielte der Franc-Gegenwert der Marshallplan-Lieferungen eine nicht unwesentliche Rolle; davon wurden bisher rd. 340 Mrd. Franken für den Plan aufgewendet.

Die bisherige Entwicklung der französischen Produktion und die geplante weitere Erhöhung geht aus folgenden Angaben hervor:

	1938	1948	1949	1950
Kohlenförderung (Mill. t)	47,6	49,4	53,4	56,6
Stromerzeug. (Mrd. KWh)	30,8	35,0	35,1	42,4
Rohstahlerz. (Mill. t)	7,9	8,8	11,4	12,7
Rohstahl (Mill. t)	6,2	6,4	9,1	11,4
Traktoren (1000)	1,7	1,8	17,1	40,0
Zement (Mill. t)	3,6	3,4	6,4	6,8
Stickstoff (1000 t)	177	137,8	310,0	350,0

Trotz dieser Erfolge hat man festgestellt, daß die Produktionskosten nach wie vor viel zu hoch sind, um die Erzeugnisse auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen, deshalb wird der Plan in der nächsten Zeit das Hauptgewicht auf die Senkung der Produktionskosten bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion legen müssen, d. h., daß weitere Investitionen vorgenommen werden, vor allem werden moderne Maschinen angeschafft und neue erprobte Arbeitsmethoden eingeführt werden. Verschiedentlich haben sich bereits Ingenieure, Techniker, usw., mit ECA-Mitteln ausgestattet, zum Studium neuer Produktionsmethoden nach den USA begeben.

Für die Finanzierung der im Plan vorgesehenen Investitionen sind seit Anlaufen des Planes rd. 1000 Mrd. Fr. ausgegeben worden, davon mehr als die Hälfte, u. zw. 534 Mrd. im Jahre 1949. Für das laufende Jahr sind rd. 573 Mrd. vorgesehen. Die größten Beträge wurden für Investitionen in der Elektrizitätswirtschaft und in der Landwirtschaft verausgabt, auch für das laufende Jahr gehen die größeren Summen an diese beiden Wirtschaftszweige. Bisher wurden im Rahmen des Planes in der Elektrizitätswirtschaft rd. 202 Mrd. Fr. investiert, für 1950 sind weitere 119 Mrd. vorgesehen; in der Landwirtschaft (und landw. Maschinenindustrie und Stickstoffwerke) 203 Mrd. (1950: 170). Kohlenwirtschaft 141 (68), Eisenbahn 67 (31), Eisenindustrie 47 (50), andere Industrien 104 (56). In den Kolonien wurden bisher 127 Mrd. verausgabt, weitere 90 Mrd. sind vorgesehen für das laufende Jahr. Diese Summen beziehen sich nur auf die Neuinvestitionen, solche für den Wiederaufbau von durch Kriegsereignisse zerstörter Betriebe sind darin nicht einbezogen.

Renault-Werke: 500 Fahrzeuge pro Tag

Die Renault-Werke, die mit amerikanischer Hilfe wieder aufgebaut wurden, stellen heute doppelt so viele Wagen her wie vor dem Kriege und zählen zu den besten Devisenbringern Frankreichs. Sie erzeugen heute rd. 480 Personen- und Lastwagen pro Tag. Im ersten ERP-Jahr erzeugten sie 60 495 Fahrzeuge (Traktoren nicht einberechnet), was gegenüber 1947 eine Steigerung um 24 442 Fahrzeuge bedeutet. Der Export von 13 717 Personenwagen und 4803 Lastwagen erbrachte 16 Mill. Dollar in Devisen. Der Gesamtumsatz der Firma erreichte im vergangenen Jahr 85 Mill. Dollar.

Ausbau französischer Stahlwerke

Im französischen Stahlrevier von Denain und Montataire gelangt eine neuartige kontinuierliche Bandstraße zur Aufstellung, für deren Anschaffung 11,1 Mill. Dollar aus Marshallplan-Mitteln aufgenommen wurden; das gesamte Neuinvestierungsprogramm erfordert etwa 80 Mill. Dollar. Man rechnet nach Durchführung der Arbeiten die Produktivität der „Usinor" (Union Sidérurgique du Nord) auf 1,3 Mill. Tonnen Stahl jährlich steigern zu können.

Cripps wünscht kein Währungs-Clearing

Scharfe Kritik der „New York Times" — „Herald Tribune" klopft an die eigene Brust

Sir Stafford Cripps habe die amerikanischen Hoffnungen auf das Zustandekommen eines europäischen Währungs-Clearings zunichte gemacht, meldet die „New York Times" aus Paris. Die Bemühungen des ECA-Administrators, Paul G. Hoffman, von britischen Schatzkanzler eine Zusage zu erlangen, daß Großbritannien dem Plan eines europäischen Währungs-Clearings zustimmen würde, der auch dem herstellenden Komitee der USA annehmbar erscheine, seien bisher ohne Erfolg geblieben. Seit der Ankunft in Paris von Paul G. Hoffman und Sir Stafford Cripps habe sich die Kluft zwischen den Anschauungen der britischen und der amerikanischen Delegierten eher vergrößert. Die britischen und amerikanischen Vertreter bestehen darauf, daß ein europäisches Währungs-Clearing, entgegen den amerikanischen Absichten, sowenig wie möglich auf Gold- oder Dollar-Verrechnung basiere. Demnach, über habe das beratende Komitee der USA betont, daß es die Verrechnungsgrundlage in Gold oder Dollar für jedes Währungs-Clearing als Prüfstein dafür ansehe, ob die europäischen Währungen Fortschritte auf dem Wege zur freien Konvertierbarkeit machen oder nicht. Allerdings wird berichtet, daß Sir Stafford Cripps zum Ausdruck gebracht habe, er könne vor den britischen Parlamentswahlen keine bindende Erklärung für Großbritannien abgeben. (Inzwischen hat Cripps eingelenkt und ein europäisches Währungs-Clearing als möglich bezeichnet; auch England werde sich daran beteiligen. D. Red.)

Der Eindruck in Paris sei allgemein, so fahren „New York Times" fort, daß aus den gegenwärtigen Beratungen des Europa-Rates für die Marshall-Hilfe kein Währungs-Clearing das Licht der Welt erblicken werde, sondern, im besten Fall ein Übereinkommen, diese Angelegenheit weiter zu behandeln. Vertreter anderer Länder haben erklärt, daß Großbritannien versucht habe, die Anerkennung des Pfund Sterling als internationale Verrechnungseinheit an Stelle von Gold oder Dollar zu machen. Nach amerikanischer Ansicht würde sich damit Europa von dem Ziele, die europäischen Währungen frei konvertierbar zu machen, entfernen. Es würde außerdem ein Wirtschaftsblock mit hohen Preisen geschaffen werden, der als diskriminierend gegen den amerikanischen Außenhandel angesehen werden müsse. Die britischen Vertreter seien außerdem der Ansicht, daß das System der bilateralen Handelsabkommen auch bei Zustandekommen eines Währungs-Clearings erhalten bleiben würde. Nach amerikanischer Ansicht seien bilaterale Handelsabkommen in diesem Fall überflüssig. In Paris vertritt man die Ansicht, daß der ECA-Administrator die britischen Gedankengänge zurückweisen müsse. Nach den ihm in Washington erteilten Instruktionen dürfe ein europäisches Währungs-Clearing erstens keine Neuauflage des Internationalen Währungsfonds darstellen, zweitens müsse klargemacht werden, daß man dem Endziele der freien Konvertierbarkeit der Währungen näher komme und sich nicht von ihm entferne. Nach Ansicht gut unterrichteter Kreise erkläre sich die britische Haltung durch den Glauben, daß der nordamerikanische Finanzminister, John Snyder, der britischen Ansicht näherstehe als der des ECA-Administrators.

Die „New York Herald Tribune" befaßt sich in einem Leitartikel mit der gleichen Angelegenheit. Sie schreibt, daß die Saat für eine Integration der europäischen Wirtschaft eine Ernte von Illusionen gebracht habe. Das hätte man voraussehen können und man dürfe daher den europäischen Ländern kaum Vorwürfe machen. Auch die Vereinigten Staaten haben den Wettbewerb auf ihre Weise, zum Beispiel durch Schutzzölle und Regierungskonventionen ausgeschaltet oder eingeschränkt. Das gleiche Recht müsse auch Europa zugestanden werden. Es sei Zeit, so schließt „Herald Tribune", daß wir uns über die Hemmnisse, die Europa überwinden soll, selbst Rechenschaft ablegen.

Erdölkonflikt England — USA

Staatssekretär Acheson hat sich in seiner regulären Pressekonferenz am 1. 2. ziemlich ausführlich zu der in Wirtschaftskreisen seit einiger Zeit schwelenden britisch-amerikanischen Kontroverse über den Erdölweltmarkt geäußert. Diese ist bekanntlich durch den Beschluß Großbritanniens, die Einfuhr von Erdöl und Erdölprodukten aus Dollargebieten in die Commonwealth-Länder zu sperren, ausgelöst worden. Die Situation wird dadurch kompliziert, daß in Weichwährungsgebieten des Commonwealth große Mengen Erdöl von amerikanischen Gesellschaften gefördert oder verarbeitet und an Ort und Stelle konsumiert werden, jedoch in Dollars zu bezahlen sind.

Großbritannien hat seinen Beschluß der Einfuhrsperre nicht formell bekanntgegeben, doch ist ein Schreiben des britischen Kolonialministers Creech-Jones an die südafrikanische Regierung in amerikanische Hände geraten, aus dem ausführliche Einzelheiten über die Durchführung der vorgesehenen Importsperre zu entnehmen sind. Der Text des Schreibens ist in der amerikanischen Presse im Wortlaut veröffentlicht worden. Als besonders unglücklich wird hier die Bemerkung des britischen Kolonialministers empfunden, daß eine Erdöl-Dollar-Sperre Großbritanniens bereits in den Washingtoner Finanzverhandlungen im letzten September gutgeheißen worden sei und daß hierauf die betroffenen amerikanischen Kreise dagegen nur so schwach protestiert hätten, daß nun die Ausdehnung der Sperre auf das ganze Sterlinggebiet in Erwägung gezogen worden sei. Wie hier verlautet, hat Präsident Truman sich darüber beschwert, vor Veröffentlichung des Briefextes nicht über die Angelegenheit unterrichtet worden zu sein.

(N. Z. Z.)

•

Die Regierung Großbritanniens hat beschlossen, das Inkrafttreten der am 31. Dezember letzten Jahres getroffenen Anordnung über die Reduzierung der britischen Ölimporte aus Dollargebieten vorläufig bis zum 15. Februar dieses Jahres auszusetzen.

Dieser Entschluß wird als ein erstes Zugeständnis gegenüber den scharfen Protesten der amerikanischen Ölgesellschaften gewertet, und es wird angenommen, daß der britisch-amerikanische Ölkonflikt in für beide Teile befriedigender Weise beigelegt werden kann.

Der Außenminister der Vereinigten Staaten, Dean Acheson, hatte vor kurzem der ersten Besorgnis der USA-Regierung über die Reduzierung der britischen Ölimporte aus dem Dollargebiet Ausdruck gegeben und dabei den Vorwurf erhoben, daß die britische Aktion ohne vorhergehende Besprechungen mit den amerikanischen Ölgesellschaften eingeleitet wurde.

Auch politische Kreise in London sind über die Auswirkungen besorgt, die sich bei Anwendung der geplanten Importbeschränkungen ergeben könnten. Dabei wird vor allem eine für Großbritannien unerlaubte Reaktion des Kongresses der Vereinigten Staaten bei der Abstimmung über die ERP-Zuteilungen befürchtet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Glanz und Elend der brasilianischen Handelsbilanz

Dollarknappheit, Kaffeehausse und der deutsche Markt

Aus Rio de Janeiro wird uns geschrieben:

Die Dollarkrise im südamerikanischen Außenhandel hat gezeigt, daß die wirtschaftliche Abschließung Lateinamerikas von Europa während des zweiten Weltkrieges genau so wenig dauerhafte Folgen zeitigen konnte wie während des Konflikts 1914/18. Selbst ein Land wie Brasilien, das im vergangenen Jahrzehnt eine Umstellung auf engste wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten zu vollziehen suchte, hat dadurch seine binnen- und außenwirtschaftliche Entwicklung nicht auf eine feste Grundlage stellen können, die den Erschütterungen der internationalen Dollarkrise gewachsen gewesen wäre. Nur der Kaffee-Boom der letzten Monate hat Brasilien davor bewahrt, in den Abwertungstrudel ähnlich wie Argentinien hineingezogen zu werden. Die Kaffeehausse, deren Ursprung und Dauerhaftigkeit noch Diskussionsgegenstand ist, verdeckt aber nur mühsam eine tiefgehende Unausgeglichenheit in der brasilianischen Wirtschaftsstruktur, die sich aus dem zweiten Weltkrieg ergeben hat und die immer mehr auf eine neue universalere Ausdehnung der brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen hindrängt.

Keine Ergänzung mit den USA

Brasilien ist — von Baumwolle abgesehen — zwar nicht wie Argentinien natürlicher Konkurrent Nordamerikas am Weltmarkt. Es hat aber weder in den Handels- noch in den Kapitalbeziehungen mit USA die Ergänzung gefunden, die eine Konsolidierung seiner wirtschaftlichen Entwicklung in der Abgeschlossenheit des Dollargebietes hätte gewährleisten können. Großnachfrage und Konkurrenzlosigkeit haben in Brasilien während der Kriegsjahre der Industrialisierung verstärkten Antrieb verliehen und neben der Ausfuhr strategisch wichtigen Materials erstmals einen bedeutsamen Fertigwarenexport ausgelöst, der in den Jahren 1943/45 ein Fünftel der Gesamtausfuhr stellte. Neben der Ausfuhr gewisser pharmazeutischer Artikel, Poesa und Gummireifen, erfolgte hauptsächlich eine Vervielfachung der Textilausfuhr. Ergebnis dieser Außenhandelsumschichtung war die Ansammlung hoher Ausfuhrüberschüsse, die Brasilien vor folgenschwere währungspolitische Entscheidungen stellten.

Brasiliens Handelsbilanz

Einfuhr (in Mrd. Cr$)			Saldo Ausfuhr
1936—40	25,7	24,7	+ 1,0
1941—45	45,9	32,8	+13,1

Einerseits, um eine Erschwerung der Nachkriegs-Konkurrenzlage durch übermäßige Valorisierung des Cruzeiros zu vermeiden, und andererseits unter dem Einfluß der Gewinninteressen der Ausfuhrwirtschaft, steigerte die Vargas-Regierung während der Kriegsjahre zwecks Aufkauf der Ausfuhrwechsel den Notenumlauf von 4,8 Mrd. in 1938 auf 17,5 Mrd. Cruzeiros im Jahre 1945. Brasilien verfügte daher bei Kriegsende über eine Goldreserve von 7,1 Mrd. und über Devisenguthaben von 5,3 Mrd. Cruzeiros. Die Kehrseite der Medaille war allerdings eine Preisinflation, welche die Lebenshaltungskosten innerhalb eines Jahrfünfts vervielfachte. Nach dem Index der Brasilianischen Handelskammer in S. Paulo wies die Lebenshaltung eine Verteuerung von 253% für 1945 gegenüber 1939 auf.

Das Kriegsende sah Brasilien vor einer Reihe von Problemen. Der industrielle Aufschwung hat nur teilweise — so in der Eisen- und Stahlindustrie — sich auf moderne, rationell arbeitende Produktionsanlagen stützen und dadurch auch für die Nachkriegszeit eine stabile Grundlage behalten können.

Schwerindustrielle Erzeugung Brasiliens

(in 1000 Tonnen)	1938	1945	1947
Kohle	907	2073	1209
Gußeisen	122	260	459
Stahl	92	205	587
Stabeisen	86	182	397

Eine geringe Produktivität der Arbeitskraft, verbunden mit durch inflationäre Lohnsteigerungen und Steuererhöhungen wachsenden Produktionskosten, sowie veralteten Produktionsanlagen, machten die Zukunft der Industrie Brasiliens davon abhängig, daß die angesammelten Devisen- und Goldreserven möglichst schnell zu einer Steigerung ihrer Produktivität durch Modernisierung ihrer Anlagen mobilisiert werden konnten.

Das gleiche Problem bestand für die Landwirtschaft, deren Produktion durch Abwanderung von Arbeitskräften in die Industrie während der Kriegsjahre in Stagnation geraten war. Die statistisch erfaßte Agrarerzeugung Brasiliens betrug 1943 nur 17,3 Mill. t gegen 17,2 Mill. t im Jahr 1938. Die durchschnittliche Produktivität hat sich gerade bei den für die Ausfuhr wichtigsten Erzeugnissen verschlechtert:

Durchschnitts-Ertrag je Hektar

(in kg)	1938	1947
Baumwolle	819	470
Kaffee	402	371
Tabak	992	677
Mamona	1117	894
Kakao	784	441

Auch für die Landwirtschaft war daher eine Rationalisierung dringlich, die nur auf zwei Wegen erreichbar ist: durch Förderung landwirtschaftlich hochstehender Einwanderung und durch Mechanisierung mit Hilfe gesteigerter Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen. — Eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität mußte auch als gangbarster Ausweg aus dem Labyrinth der Preis- und Lohninflation erscheinen.

Devisenvorräte aufgebraucht

Es ist Brasilien jedoch nicht gelungen, seine Gold- und Devisenvorräte für eine produktivitätssteigernde Einfuhr zu mobilisieren. Die Reserven wurden binnen weniger Jahre von einem ungeregelten Einfuhr-Boom aufgebraucht, der auf der anderen Seite von einem Zusammenbruch verschiedener Ausfuhrzweige begleitet war, die unter normalen Bedingungen am Weltmarkt nicht konkurrieren konnten. Es war das Verhängnis der Abhängigkeit Brasiliens von Nordamerika, daß die Lieferungsmöglichkeiten der für die Rationalisierung seines Produktionsapparats dringlichen Maschinenparks auch in den Nachkriegsjahren noch beschränkt waren, während auf der andern Seite sofort ein großer Ausfuhrdruck von USA-Luxuskonsumgütern entstand. Das Ergebnis war, daß 1947 beispielsweise eine Auto-Einfuhr im Wert von 3,16 Milliarden Cr$ (in welcher allerdings auch transportwichtige Lastwagen und Omnibusse eingeschlossen sind) nur eine Einfuhr von 0,49 Milliarden Cr$ an Lokomotiven und Waggons zur Erneuerung des überalterten rollenden Materials der brasilianischen Eisenbahnen gegenüberstand. Oder daß die Einfuhr von Radios 430 Mill Cr$ und die von Eisschränken 311 Mill. Cr$ erreichte, während für Traktoren und andere landwirtschaftliche Maschinen nur 174 Mill. Cr$ ausgegeben wurden. Als die brasilianische Regierung mit einem scharfen Einfuhrlizenz-System eingriff, waren die Dollarreserven aufgebraucht und an ihrer Stelle 200 Mill. US$ rückständige Devisenverbindlichkeiten gegenüber USA-Lieferungen aufgelaufen.

Steigender Notenumlauf

Die inflatorische Preisentwicklung nahm gleichzeitig weiter ihren Fortgang. Der Notenumlauf stieg von 17,54 Mrd. Cr in 1945 auf 21,8 Mrd. Mitte 1949. Der Großhandelspreisindex war im Mai 1949 148,1 gegen 100 im Jahresdurchschnitt 1948. Die Lebenshaltungskosten, die bei Kriegsende auf etwa das Zweieinhalbfache gegenüber dem Vorkriegsstand angewachsen waren, erreichte Mitte 1949 ungefähr das 3,6fache. Brasilien hat versucht, für die Lösung dieser Schwierigkeiten nordamerikanische Investitionshilfe zu erreichen. Die Abbink-Mission, die Voraussetzungen größerer nordamerikanischer Investitionsbereitschaft in Brasilien prüfen sollte, endete einerseits mit der Empfehlung einer Rückkehr zu gesunder landwirtschaftlicher Grundlage, ohne die sie eine Industrialisierung Brasiliens für unerwünscht hielt. Andererseits eröffnete sie eine Reihe von Investitionshoffnungen, durch welche das Einfrieren der nordamerikanischen Handelsforderungen jedoch vorläufig einen Strich machte.

Das überhöhte industrielle Preisniveau hat zu einem völligen Zusammenbruch der Textilwarenausfuhr geführt und damit den bedeutendsten Industriezweig Brasiliens in eine ernsthafte Krisenlage gebracht.

Brasiliens Textilwarenausfuhr

	(in Mill. Cr$)
1945	1659
1947	1318
1948	460
1948 (Januar-Juli)	78

Die brasilianische Regierung ist jetzt dazu übergegangen, die in Dollar zahlbare Einfuhr durch scharfe Lizenzbestimmungen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Nicht nur reine Luxuseinfuhr, sondern z. B. die Autoeinfuhr wurde überhaupt eingestellt. Eine fühlbare Entlastung des Drucks der eingefrorenen Dollarverpflichtungen ist dadurch schon eingetreten.

Nordamerikanischerseits sieht man naturgemäß diese Sparsamkeits-Politik mit gemischten Gefühlen und hat bereits versucht, die scharfen Einfuhrbeschränkungen indirekt durch das Angebot von Finanzhilfe für die Bereinigung der rückständigen Dollarverpflichtungen „überflüssig" zu machen. Der Präsident der Finanzkommission des brasilianischen Parlaments, Horacio Lafer, definierte jedoch als Berichterstatter des Staatshaushalts 1950 den brasilianischen Standpunkt zu sachen Angeboten dahin, daß Brasilien von Nordamerika kein Geld wolle, sondern Maschinen für seine Industrie und Landwirtschaft.

Die Kaffee-Hausse

Das sprunghafte Emporschnellen des Kaffeepreises hat in Verbindung mit dem Einfuhrlizenzsystem die brasilianische Handelsbilanz mit Nordamerika günstiger gestaltet, nachdem sie in den ersten fünf Monaten 1949 bereits mit 1,1 Milliarden Cruzeiros passiv gewesen war. Die Kaffeehausse hat offensichtlich zweierlei Ursachen: Eine objektive, in den durch Trockenheit in Brasilien und Überschwemmungsschäden in Guatemala verringerten Ernteaussichten gegenüber dem durch das Wiedereinsetzen der europäischen Kaffeekäufe steigenden Weltverbrauch, und eine subjektive, die in USA gegenwärtig als Spekulationsmanöver des Kaffeehandels diskutiert wird. Eine „Wiedererstattung" der brasilianischen Handelsbilanz durch den Kaffee ist jedoch kaum denkbar. Was an der Hausse Spekulation ist, kann sich sowieso nicht lange halten. Bleiben die objektiven Ursachen der Hausse in Gestalt eines schlechten Ernteausfalls bestehen, dann kann Brasilien seinen Kaffee zwar weiter teuer verkaufen, wird aber nur entsprechend geringe Mengen exportieren können. Übertrifft der Ernteausfall aber die Schätzungen, dann werden sich eben die Rekordpreise nicht halten können.

Auf lange Sicht kommt noch ein nicht nur für den Kaffee, sondern für die gesamte Rohstoff- und Agrarausfuhr Brasiliens äußerst schweres Gefahrenmoment hinzu. Verschiedene europäische Länder, voran England, haben eine Politik der Intensivierung ausfuhrwichtiger Agrarprodukten in ihren tropischen und subtropischen afrikanischen Besitzungen eingeleitet. Unter den, teilweise mit nordamerikanischer Kapitalhilfe eingeleiteten, großangelegten Neupflanzungen in Europas Afrika-Kolonien spielt der Kaffee eine bedeutsame Rolle. Selbst wenn also — was zu erwarten ist — die brasilianischen Kaffee-Ernten weiterhin niedriger als in früheren Jahren bleiben, so wird in wenigen Jahren diese Lücke in der Befriedigung des Weltbedarfs durch die afrikanische Kolonialproduktion geschlossen werden, ist daß dann keinerlei Anlaß mehr für überhöhte Kaffeepreise besteht. Es wäre also eine höchstriskante Spekulation, vom Kaffee allein eine dauerhafte Lösung für das Devisenproblem in Brasiliens Außenhandel zu erwarten.

Blick auf Europa

Der handelspolitische Blick Brasiliens muß sich daher zwangsläufig wieder mehr nach Europa richten. Englische Lieferungen sind im letzten Jahr schon tief in die Dollarbresche eingedrungen. Die Einfuhr aus Großbritannien stieg 1948 auf 2116 Mill. Cr gegen 1346 Mill. Cr im Vorjahr und zeigte in den ersten fünf Monaten 1949 mit 1094 Mill. Cr ein weiteres Anwachsen. Infolge der englischen Schwierigkeiten wurde diesem Handel jedoch jegliches Gleichgewicht entzogen. Die Ausfuhr Brasiliens nach England sank Januar/Mai 1949 auf 339 Mill. Cr$ gegen 644 Mill Cr$ während der entsprechenden Vorjahreszeit.

Die Pfundabwertung hat dieses Mißverhältnis noch ausgeprägter gemacht, so daß wegen des Stockens der Ausfuhr nach England in Brasilien bereits eine Pfundverknappung am Devisenmarkt eingetreten ist. Die Pfundabwertung besiegelte darüber hinaus ganz allgemein das Schicksal der brasilianischen Textilwarenausfuhr, die schon vorher vielfach durch die billigeren englischen Preise verdrängt worden war. Nur durch völliges Verbot der Stoffeinfuhr aus England konnte Brasiliens Textilindustrie davor gerettet werden, sogar Teile des Inlandsmarkts trotz starken Zollschutzes an die englische Konkurrenz zu verlieren. Auf der anderen Seite wurde die Baumwollausfuhr nach England, die ohnehin schon rückläufig war, preismäßig von der auf Pfundbasis arbeitenden Konkurrenz bedroht.

Deutsche Waren gesucht

Der deutsche Markt gewinnt in dieser Situation für Brasilien eine Bedeutung, die weit über den Rahmen des Erwachsenseins einer Wiederanbahnung traditioneller Handelsbeziehungen hinausgeht, auch wenn diese Erkenntnis sich in Brasilien angesichts des Überoptimismus der Kaffeehausse erst langsam Weg bahnt. Brasilien kann gerade aus Deutschland in hochwertiger Qualität einen großen Teil des Materials erhalten, das es wegen Dollarmangel nicht mehr aus USA beziehen kann. Brasiliens Interesse an deutschen Lieferungen dürfte sich aber nicht nur auf Produktionsmittel-Einfuhr beschränken, sondern auch Verbrauchsgüter erfassen, für deren Einfuhr ein Markt da ist, dessen Befriedigung volkswirtschaftlich zutreffend ist, soweit damit keine Devisenverluste verbunden sind.

... und Deutschland als Exportmarkt

Und gerade dafür bietet der deutsche Absatzmarkt eine Garantie, auf dem insbesondere die brasilianischen Ausfuhrgüter neue Möglichkeiten finden, die heute unter Absatzschwierigkeiten oder Preisverfall zu leiden haben. Die wenigen, durch Marshall-Dollars ermöglichten Geschäfte haben aus Deutschland schon im ersten Halbjahr 1949 einen Kunden Brasiliens gemacht, der auf gleichem Niveau mit Schweden und Italien steht. Sein Anteil von 3,28% an Brasiliens Gesamtausfuhr wird von Argentinien (4,72%), Belgien-Luxemburg (4,81%) und Großbritannien (4,83 Prozent) nur wenig überragt.

Ein typisches Beispiel ist die brasilianische Sisalfaserausfuhr, die als einer der wenigen Ausfuhrartikel im ersten Halbjahr 1949 einen Wertzuwachs von 11,1 Mill. Cr. erfuhr, weil die deutsche Westzone 5000 t dieser Faser im Wert von 30 Mill. Cr importierte und damit ein Drittel ihrer Gesamtausfuhr abnahm. Nachdem keine Dollars mehr für neue Abschlüsse zur Verfügung standen, kam diese Ausfuhr, die eine der wirtschaftlichen Stützen des brasilianischen Nordstaates Paraiba bildet, in Gefahr zusammenzubrechen, falls nicht bald direkte Handelsabmachungen mit Deutschland einen ausgeglichenen Warenverkehr auf breiterer Basis garantieren. Ein dringender Appell der Handelskammer Paraiba's hat deshalb Handelsabmachungen mit Deutschland gefordert, um zu verhüten, daß der Sisalanbau dieser Krise zum Opfer fällt. Gleichgerichtete Forderungen sind bereits aus den Kreisen der Kakao- und Tabakwirtschaft laut geworden und auch von den Wirtschaftsorganen des Produktionszentrums Sao Paulo mit Nachdruck vertreten worden.

Vor welchen Schwierigkeiten eine ganze Reihe brasilianischer Ausfuhrzweige steht, für die eine Wiedererschließung des deutschen Marktes große Chancen bietet, zeigt ein Blick auf ihre Absatzentwicklung:

Ausfuhr in 1000 Tonnen und Mill. Cruzeiros

	1947		1948		Jan.-Mai 1949	
	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert
Häute und Felle	75	1 603	63	763	25	304
Carnaubawachs	8,4	384	9,3	386	4,9	144
Mamona	149	419	164	440	51	108
Tabak	30,4	377	25,3	268	15	128
Holz	835	978	723	970	156	228
Pflanzenöle	19,8	216	31,5	262	11,1	83
Mangansery (1943: 248 000 t)	142	32	141	32	56	17
Baumwolle	385,5	3 076	358,7	3 285	42,7	625
Kakao	90	1 948	72	1 663	36	248

Insgesamt ist die Ausfuhr Brasiliens im ersten Halbjahr 1949 der Menge nach auf 1,62 Mill. t gegen 2,04 Mill. t zur gleichen Vorjahrszeit gesunken und im Wert auf 8156 Mill. Cr$ gegen 9749 Mill. Cr$. Dabei ist zu bedenken, daß dieser Wertrückgang um 18% eintrat, obwohl der Hauptausfuhrartikel Kaffee schon im ersten Halbjahr eine günstige Preislage hatte, die seinen Wert um 240 Mill. Cr$ anteigen ließ.

Ein Überblick über die Nachkriegsschwierigkeiten, mit denen sich Brasilien auseinanderzusetzen hat, macht klar, daß die einseitige Abhängigkeit von Nordamerika die vielgestaltigen Probleme der brasilianischen Wirtschaftsentwicklung nicht zu einer harmonischen Lösung bringen konnte. Die frischen, zukunftsträchtigen Lebenskräfte der vielfältigen wirtschaftlichen Möglichkeiten Brasiliens drängen darauf hin, ihren Ausdruck auch in der Vielfältigkeit der außenwirtschaftlichen Verflechtung zu finden. Nicht als Trabant eines übermächtigen Kolosses, sondern als selbständiger Wunsteller eines gesunden, weltwirtschaftlich ausgeweiteten Güteraustausches wird Brasilien sich die materielle Grundlage für die rationelle Produktivität seines Wirtschaftsapparates schaffen können.

Österreich revidiert Devisenbewirtschaftung

Die österreichische Nationalbank gibt bekannt, daß ab 30. Januar eine Änderung in der Devisenanordnung vom 25. November 1949 eintritt. Die seit November in Geltung befindliche generelle Devisen-Belassungsquote von 60% für alle Exporteure ist aufgehoben worden. An Stelle davon tritt eine individuelle Belassungsquote, deren Höhe den Exporteuren gleichzeitig schriftlich mitgeteilt worden ist und die ihrem anerkannten Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln für die Einfuhr von Roh- und Hilfsstoffen entspricht. Die „Neue Züricher Zeitung" vom 31. 1. 50 berichtet darüber wie folgt aus Wien:

Zur Handhabung der neuen Devisenregelung errichten die (österreichische) Nationalbank und die zugelassenen Devisenhändler neue Konten in fremden Währungen, die man als Loro-Konten bezeichnet, über deren Höhe innerhalb 60 Tagen verfügt werden muß. Belassungsquoten, welche die Exporteure nicht benötigen sollten, sind der Nationalbank zum sogenannten „mittleren Mischkurs" oder Effektivkurs anzubieten, der in Zukunft überhaupt den Einheitskurs aller Exportgeschäfte bilden soll. Wenn jedoch die Belassungsquoten für Handelszwecke verwendet werden, bei welchen im Sinne der Importliste C die hohen Prämienkurse vorgeschrieben sind, dann ist die Differenz zwischen dem Mischkurs und dem Prämienkurs vom Importeur in Schillingen an die Nationalbank zu zahlen. Nach dem amtlichen Kursblatt notierte am Samstag die Devise Zürich, die sich für 100 sFr. verzinst, zum Grundkurs auf 334,58 S, „zum errechneten Mischkurs" auf 496,74 S und zum Prämienkurs auf 604,85 S.

Der Präsident der Nationalbank, Hans Rizzi, veröffentlichte in der amtlichen „Wiener Zeitung" einen Kommentar, in dem ausgegeben wird, daß der Devisenbedarf der Nationalbank durch die Importregelung von Anfang Dezember erheblich gestiegen ist. Zur Überwindung der Devisenknappheit wäre es zunächst notwendig, die Kursbildung von der Höhe der Belassungsquoten unabhängig zu machen. An Stelle der bisher gültigen zahlreichen Devisenkurse des Exporteurs trete jetzt ein einheitlicher Kurs, damit der Devisenerlös des Exports mit dem Devisenbedarf für die kommerziellen Importe in Übereinstimmung gebracht werden könne. Während für die Marshall-Importe nach wie vor der billige Grundkurs gelte und die unsichtbaren Einnahmen und Ausgaben des Zahlungsverkehrs, einschließlich des Fremdenverkehrs, durchgehend zum Prämienkurs verrechnet würden, soll für den überwiegenden Teil der kommerziellen Importe der einheitliche Mischkurs angewandt werden. Trotzdem würde nach dieser Revision die Devisenknappheit bestehen bleiben, wenn nicht eine wesentliche Steigerung der Exporte gelinge. „Vor einer grundsätzlichen Änderung des Systems der Devisenbewirtschaftung ist es notwendig, die Voraussetzungen für einen funktionsfähigen Markt im Wege einer wesentlichen Erhöhung des Exports zu schaffen . . . Durch die Liberalisierung des Außenhandels wird die Beschränkung der Einfuhr, die bisher zum überwiegenden Teil durch das handelspolitische Bewilligungsverfahren erfolgt ist, jetzt zum größten Teil Sache der Devisenzuteilung." Die schrittweise Vereinheitlichung der Wechselkurse wäre unvermeidlich und bilde eine Voraussetzung für die Eingliederung Österreichs in den internationalen Handels- und Zahlungsverkehr.

Die Öffentlichkeit ist sich darüber im klaren, daß auch das neue Verfahren nur eine befristete Übergangslösung darstellt. Im Beirat der Außenhandelskommission, der am Freitag unter Teilnahme von zahlreichen Vertretern der Länder zusammengetreten ist, beklagten sich die Zonen über die Zentralisierung des gesamten Außenhandels in Wien, die jedes Verfahren unerträglich gestalte, große Zeitverluste verursache und vor allem eine Verteuerung aller Handelsoperationen herbeiführe. Unter anderem wurde auch eine Revision der drei Importlisten diskutiert, deren Durchführung jedoch noch einige Wochen in Anspruch nehmen dürfte. Politische Kreise erklären, der Hauptfehler des bisherigen Regimes habe eben in dieser Dreiteilung bestanden, weil die Bilanz der in jedem Sektor eingehenden und benötigten Devisen vernachlässigt worden sei. Die „Bedienung der billigen Importliste A" hätte fast alle Devisen beansprucht, die theoretisch den „Importen nach der Liste B" vorbehalten bleiben sollten, die gegen den Willen der Handelskammer viel zu groß und umfangreich geraten sei. Tatsächlich hat der Devisenbestand der Nationalbank am 23. November 136,7 Mill. und am 23. Januar 137,1 Mill. S betragen, obwohl man von dem neuen Importregime ursprünglich eine sprunghafte Steigerung des Devisenvorrats erwartet hatte. Das Organ des Industriellenverbandes „Die Industrie" erklärte, daß jetzt allerdings Konzessionen auch mit den Staaten zugelassen seien, mit denen Handelsverträge bestehen.

Neue Probleme für Ausfuhrhandel

Die Abwertung des österreichischen Schillings im November 1949 hat für manche Zweige der österreichischen Industrie, insbesondere für die Fahrzeugindustrie zweifellos Vorteile gebracht, wird aus Wirtschaftskreisen zugegeben, gleichzeitig seien aber neue Probleme aufgetreten, die eine Neuorientierung der Außenhandelspolitik notwendig machten. Die Schwierigkeiten seien hauptsächlich gegenüber der Türkei und den südosteuropäischen Ländern entstanden, mit denen der Handel auf der Basis eines Dollar — „Clearing-Kurses" von 14,40 Schilling erfolgt. Dies ist gleichzeitig auch der Grundkurs für die Einfuhr wesentlicher Waren aus allen Gebieten, also auch aus der Türkei und Südosteuropa. Für die Ausfuhr erweist sich dieser Devisenkurs jetzt als zu hoch mit entsprechend ungünstigen Auswirkungen für die Verkäufer.

Fühlungnahme mit deutschen Handelskreisen

Der österreichische Delegierte für Wirtschaft und Außenhandel für die Bundesrepublik Deutschland, Ingenieur Ludwig Riedl, Frankfurt, hat als der Vertreter der österreichischen Handelskammern eine engere Fühlungnahme mit deutschen Wirtschaftskreisen eingeleitet. Riedl führte kürzlich in Hamburg mit Vertretern der Handelskammer Gespräche über die Probleme des deutsch-österreichischen Güteraustausches. Der österreichische Delegierte beabsichtigt, auch in anderen für den Handel maßgebenden Städten der Bundesrepublik mit deutschen Wirtschaftskreisen Fühlung aufzunehmen.

Chile setzt neuen Pesokurs fest

Die endgültige Festsetzung des neuen Pesokurses in Chile ist immer noch nicht erfolgt, doch hat die Regierung nunmehr eine weitere „vorläufige" Abwertung verfügt, indem sie anstatt der bisher bestehenden verschiedenen Abrechnungskurse für Export- und Importdevisen von 23, 31 und 43 chil. Pesos pro amerikanischen Dollar einen einheitlichen Kurs von 60 chil. Pesos pro Dollar geschaffen hat. Die „endgültige" Abwertung soll erst erfolgen, wenn das Parlament der Regierung die nötigen Vollmachten für die gleichzeitig mit der Abwertung zu beschließenden wirtschaftlichen und finanzpolitischen Maßnahmen, wie Steuer- und Gehaltserhöhungen usw. erteilt haben wird.

•

Das erste chilenische Erdölexportgeschäft ist kürzlich durch den Verkauf von chilenischem Rohöl im Werte von 2 Mill. U. S. $ an die staatliche uruguayische Brennstoffverwaltung — Ancap — zustande gekommen. Es handelt sich um Erdöl, das im Cerro Manantiales in der chilenischen Provinz Magallanes gewonnen wird. Die Lieferungen sollen am 13. Februar beginnen und sich über anderthalb Jahre erstrecken.

Devisenbonus in Finnland

Die Finlands Bank beschloß, daß ab 1. Februar 10% der Einnahmen aus den Lieferungen in das Dollargebiet den finnischen Exporteuren zur eigenen Verwendung zur Verfügung gestellt werden, meldet NTB. Die Exporteure können den Betrag für den Einkauf von Waren, für Reklame, Ausstellungen usw. verwenden.

Griechische Ausfuhr höher als vorausgesehen

Im griechischen Wirtschaftsministerium wurde festgestellt, daß die im 2. Halbjahr 1949 durchgeführten Ausfuhren 30% höher gelegen haben, als man selbst bei günstigster Beurteilung im Sommer vorausgesehen hatte. Der Export soll auch im 1. Halbjahr 1950 weiter in jeder Weise staatlich gefördert werden. Das Wirtschaftsministerium untersucht gegenwärtig die Schwierigkeiten, die dem griechischen Außenhandel in der Konkurrenz anderer Länder entstanden sind. Besondere Beachtung finden hierbei die hohen Preise in verschiedenen Zweigen der griechischen Produktion, die über den internationalen Preisnotierungen liegen.

Verdrängen japanischer Textilien in Südafrika

Die Vereinigung der Hausfrauen Südafrikas hat ihre Mitglieder aufgefordert, Waren mit überhöhten Preisen und minderwertige Waren zu boykottieren. Der Grund für diesen Schritt ist darin zu sehen, daß japanische Textilwaren in zunehmenden Maße auf dem südafrikanischen Markt eindringen und die britische Ware vollständig zu verdrängen drohen. Die Vorsitzende der Hausfrauenvereinigung, Mrs. Jessie Stewart, erklärte, daß der Verband entschlossen sei, mit allen Mitteln gegen unfaire Geschäftsmacherei und für die Qualitätsverbesserung wichtiger Lebensmittel und Kleidungsstücke kämpfen würde.

USA entwickelt schlauchlosen Reifen

Die B. F. Goodrich Company gab die Entwicklung eines neuartigen Reifens bekannt. Dieser Reifen wird aus dem neuen, widerstandsfähigen „Kaltkautschuk" hergestellt, benötigt keinen Schlauch und soll gegen alle Verletzungen gesichert sein. Während eine erste dünne Schicht Luftverlust verhindert, hat eine zweite, dickere Lage die Eigenschaft, schadhafte Stellen auf der Lauffläche oder an den Seiten automatisch zu schließen. Ein äußerlicher Unterschied zwischen den neuen und den bisher produzierten Reifen besteht nicht.

Rekordabsatz der USA-Radio-Industrie

Der Absatz der nordamerikanischen Rundfunkindustrie an Kühlgeräten und Fernsehapparaten erreichte im Jahre 1949 mit 850 Mill. Dollar einen Rekordstand. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahre kommt voll auf den gegenüber 1948 um 13% gestiegenen Absatz von Fernsehgeräten.

Bitte hier ausschneiden!

Abonnements-Bestellung

An die

WIRTSCHAFTSREVUE

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH.

KARLSRUHE IN BADEN

Veilchenstraße 28

Hiermit bestelle ich/wir ab sofort bis auf weiteres _____ Exemplare der

WIRTSCHAFTSREVUE

durch die Post / unter Streifband zum monatlichen Abonnementspreis von DM 1.— zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto.

Name/Firma _____

Beruf/Branche _____

Ort und Straße _____

_____

Datum _____ (Unterschrift/Stempel)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Welt-Warenmärkte

Auf allen Märkten Preisrückgänge

Ausnahme bildet Kautschuk, der sogar an den Preis für synthetischen Gummi herankam

In der vergangenen Woche überwogen an den internationalen Rohstoffmärkten die Preisrückgänge.

Getreide

Die Notierung für Weizen, März-Termin, fiel in Chicago von 221⅞ am 26. Januar auf 218⅛ cts je Bushel am 2. Februar. Im gleichen Zeitraum ging Mais von 129⅛ auf 126 und Hafer von 73 auf 71⅛ cts je Bushel zurück. Die Auslandsnachfrage war in der Berichtswoche schwach. Entmutigend wirkten außerdem Gerüchte, daß eine weitere Kürzung der Marshallplanhilfe durch den nordamerikanischen Kongreß in Aussicht stehe. Hinter der Entwicklung an den nordamerikanischen Getreidemärkten steht indessen die Erkenntnis, daß die bessere Versorgung der Einfuhrländer aus eigenen Ernten, und die Bestrebungen der andern großen Getreideausfuhrländer außer der USA, ihre eigenen Überschüsse unterzubringen, notwendigerweise über kurz oder lang einen Druck auf die amerikanischen Preise auslösen müssen. Schließlich für die Lage im internationalen Getreidegeschäft dürfte der Hinweis sein, daß sich der Agrarausschuß des nordamerikanischen Senates sich mit der Untersuchung der Frage beschäftigen wird, ob ECA-Mittel auch in Zukunft für den Ankauf von kanadischem Weizen zur Verfügung gestellt werden sollen. Es ist in Kreisen des internationalen Getreidehandels ein offenes Geheimnis, daß der Marshallplan mehr und mehr zu einem Instrument wird, um die Unterbringung der landwirtschaftlichen Überschüsse der Vereinigten Staaten zu erleichtern.

In der Angelegenheit der spanischen Weizenkäufe liegen widersprechende Meldungen vor. Australien meldet bereits den Abschluß von 60 000 tons Weizen für spanische Rechnung. Andererseits erklärt der Aufsichtsratsvorsitzende der Chase National Bank in New York, daß zur Zeit wegen einer zweiten Anleihe mit Spanien verhandelt werde, die zur Finanzierung von Weizenkäufen dienen soll. Die argentinischen Ernteaussichten werden in Kreisen des internationalen Getreidehandels nicht sehr gut beurteilt. Die Möglichkeit, daß Argentinien aus der Ernte dieses Jahres einen Mindestüberschuß haben werde, nimmt von Tag zu Tag mehr ab. Über die europäischen Ernteaussichten verlautet, daß das Einsetzen einer längeren Frostperiode begrüßt werden müsse, weil dadurch die Gefahr des Inkrafttretens des Getreide- und eine neue Ungeziefer- und Unkrautplage gebannt werde. Frankreich berichtet über einen Verkauf von 45 000 t Weizen zu Lasten seiner Anschlußquote nach dem Internationalen Weizenabkommen an Großbritannien zum Höchstpreis des Abkommens von 1,80 Dollar je Bushel. Durch dieses britische Geschäft wird das Rätselraten über die britische Getreidepolitik noch verstärkt, nachdem Großbritannien, Australien durch einen Abschluß auf nordamerikanischen Weizen enttäuscht hatte.

Die Bewertung der argentinischen Ernteaussichten ist wenig günstig. Das Land leidet außerordentlich durch die andauernde Trockenheit, die weite Gebiete in Mitleidenschaft gezogen hat. Inwieweit das Instituto Argentino de Promocion de Intercambio (IAPI) in der nächsten Zeit noch Ausfuhrverkäufe von Futtergetreide vornehmen kann, erscheint fraglich. In der Berichtswoche hat das IAPI jedenfalls Abschlüsse auf Kleie und Kleie-Nachmehl abgelehnt. In der Berichtszeit wurden in argentinischen Häfen mit Bestimmtheit nach dem europäischen Kontinent 38 000 t Weizen, 13 000 t Mais, 5000 t Hafer, 4000 t Getreide und 3000 t Roggen verladen. In Weizenmehl und Leinsaatöl fanden keine Verschiffungen statt.

Getreide-Notierungen

Weizenpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 34,2 kg

	26. 1. 50	4. 2. 50
März	217⅞	214
Mai	211	206⅛
Juli	198⅞	187⅛

Maispreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,2 kg

	26. 1. 50	4. 2. 50
März	130⅞	130⅛
Mai	127⅞	126
Juli	123⅞	123⅛

Haferpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 14,5 kg

	26. 1. 50	4. 2. 50
März	73	71⅝
Mai	68⅞	67
Juli	62⅞	60⅝

Roggenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg

	26. 1. 50	4. 2. 50
März	146⅞	145⅞
Mai	145⅞	138⅞
Juli	136⅞	133⅞

Gerstenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg

	26. 1. 50	4. 2. 50
März	130⅞	128⅞
Mai	114⅞	112⅞
Juli	108	106⅞

Schlachtvieh

Die Notierungen für Schweine erreichten in der vergangenen Woche ihren besten Stand seit Oktober 1948. Das an den Markt kommende Angebot war überraschenderweise gering, und die Nachfrage nach Erzeugnissen der Konservenindustrie hat sich verstärkt. Eine entgegengesetzte Entwicklung zeigte der Markt für Lebend-Rindvieh. Stärkere Anlieferungen stießen auf geringere Nachfrage. Die Versorgung der Hauptverbrauchergebiete in Rindfleisch war sehr gut. Im späteren Verlaufe der Berichtszeit gingen die Anlieferungen zurück, so daß sich die Notierungen leicht erholen konnten. Am 31. Januar wurden folgende Spitzenpreise festgestellt: Ausgewählte Steers 38 Dollar (unverändert), gute Fleischkühe 18,50 Dollar (unverändert) und Färsen 36,50 Dollar (Vorwoche 38,00 Dollar) je 100 lbs.

Öle und Fette

Der Markt für eßbare Öle und Fette war in New York in der Woche zum 3. Februar stetig. Die nordamerikanische Regierung hat 30,5 Mill. lbs Sojabohnenöl und größere Mengen von Schmalz zur Ausfuhr nach Westdeutschland gekauft. Nicht eßbare Öle und Fette haben sich gegenüber der Vorwoche leicht befestigt, nachdem sich Talg auf den niedrigeren Preisstand einiges Kaufinteresse zeigte. In Leinsaatöl sind die Bestände bei Verbrauchern und Verarbeitern nur gering. Man erwartet, daß deshalb die Ölschlägereien gezwungen sein werden, Leinsaat von der Commodity Credit Corporation zu deren Preisen einzukaufen, die bekanntlich höher als die Marktpreise sind. Die Commodity Credit Corporation hat 12 000 Bushel Leinsaat zum Preise von 4,20 Dollar je Bushel, Basis Nr. 1 Minneapolis, angeboten. Noch in der vergangenen Woche wurde Leinsaat durch private Händler zu 3,90 Dollar für die gleiche Qualität gehandelt. Nach privaten Schätzungen wird die diesjährige argentinische Ernte von Sonnenblumensaat im besten Falle zwischen 700- und 800 000 t ergeben, das bedeutet einen beachtlichen Rückgang gegenüber einer früheren Schätzung aus der gleichen Quelle 1 Mill. t und einer Endschätzung für die Vorjahresernte (1948/49) von 1,3 Mill. t. Auch die Leinsaaternte wird erheblich niedriger als zu Anfang des Erntejahres veranschlagt. Man spricht von 400 000 t, gegenüber vorher 500 000 t und einer halbamtlichen Schätzung von 550 000 t in 1948/49.

Kaffee

An der New Yorker Kaffeebörse fiel die Notierung für Santos „5"-Kontrakt, März-Termin, von 47,00 cts am 26. Januar auf 46,93 cts je lb am 2. Februar leicht zurück, die für Santos „5"-Kontrakt erholte sich im gleichen Zeitraum von 48,70 auf 49,35 cts je lb. Die Käufe der großen nordamerikanischen Röstereien waren durchaus unbefriedigend. Die Entwicklung des Geschäftes am nordamerikanischen Kaffeemarkt ist unübersichtlich. Während die Röstereien auf der einen Seite über einen außerordentlich starken Absatzrückgang für luftdicht verpackten Kaffee klagen, meldete die Kettengeschäfte, in denen Hinden ein großer Teil der Versorgung der großen Masse der Kaffeeverbraucher liegt, gute Verkäufe in losem Kaffee. Die Schwankungen der Notierungen für vorfindbare Ware waren gering. Brasilianer lagen fester, während Kolumbianer leicht nachgaben.

Kakao

Die Notierung für Bahia, loko, ging in New York von 26,15 am 26. Januar auf 25,87 am 3. Februar, die für Accra, loko, von 28 auf 27,50 cts je lb zurück. Die New Yorker Kakaobörse verkehrte in wenig zuversichtlicher Stimmung, obwohl sich an einzelnen Tagen ein freundlicherer Grundton durchsetzte. Die rückläufige Bewegung der Kakaopreise wird allgemein mit technischen Erwägungen erklärt, da die statistische Position von Kakao gut ist. Die Schokoladenindustrie berichtete über lebhaften Absatz ihrer Erzeugnisse. Das wird sich auch in den nächsten Wochen und Monaten kaum ändern, da sich das Geschäft in diesem Industriezweig erfahrungsgemäß mit dem Herannahen der Osterfeiertage belebt, die dieses Jahr auf einen frühen Termin fallen. Die Kakao-Handelskommission von Bahia (Brasilien) erwartet für 1950 einen sehr lebhaften Wettbewerb zwischen den verschiedenen Auslandsmärkten und der brasilianischen Schokoladen- und Kakao-Industrie. Der unverkaufte Rest von Bahia-Kakao aus der Ernte des Jahres 1948/50 wird auf 300 000 Sack geschätzt. Von der Gesamternte Bahias in Höhe von 2,43 Mill. Sack haben die USA bis zum 18. Januar 1950 fast 1,1 Mill. Sack abgenommen, 0,95 Mill. gingen an andere Abnehmerländer und 0,3 Mill. Sack an die einheimische Schokoladen- und Kakao-Industrie.

Tee

Die Teeversteigerungen in Colombo und Jakarta (Batavia) brachten ein sehr repräsentatives Angebot an den Markt. Gegenüber den Vorwochen hat sich an beiden Plätzen die Qualität erheblich verbessert. Demzufolge erzielten in Colombo Teesorten hoher Qualität sehr gute Preise, während mittlere und mindere Sorten wenig gefragt waren. In Jakarta hingegen gab die ganze Linie gegenüber der vorigen Woche leicht nach.

Pfeffer

Die Entwicklung an den Pfeffermärkten in New York und London war unterschiedlich, schwarzer Pfeffer, loko, stieg in New York von 138 cts je lb am 26. Januar auf 139 am 2. Februar, weißer Pfeffer von 253 auf 256 cts. In London hat sich der Preis für schwarzen Lapang nicht geändert (117d je lb), der für weißen Muntok ging von 186d auf 186d je lb cif Durchgangshafen leicht zurück.

Zucker

Weltkontrakt Nr. 4, März-Termin, fiel in der Berichtszeit von 4,73 auf 4,69 cts je lb. Das Geschäft am New Yorker Zuckermarkt war recht lebhaft. Für den Rückgang der Notierungen sind wahrscheinlich starke Verkäufe zu Wettbewerbspreisen gegenüber Rübenzucker verantwortlich. So wird beispielsweise über einen Abschluß von 73 000 t peruanischen Zucker berichtet, der preislich die kubanischen Notierungen unterboten hat. Die Peruaner haben diese Partie zu 4,60 Dollar cts je lb fob peruanischen Häfen verkauft.

Wolle

Die leicht schwächere Tendenz der Wollmärkte, die sich bereits in der vorigen Woche abzeichnete, hat sich in der Berichtswoche fortgesetzt. Die Rückgänge hielten sich jedoch in erträglichen Grenzen. Insbesondere ist die britische Wollindustrie und der Wollhandel vorsichtig geworden, als halten sich beide, wie sich an den letzten beiden Tagen der Londoner Wollauktion zeigte, zurück. Die Notierungen fielen in London zwischen 5% feineren Sorten und 10% gröberen Qualitäten. Man wird gut daran tun, die Entwicklung der Wollmärkte in der nächsten Zeit aufmerksam zu beobachten. Es wird nicht mit Unrecht darauf verwiesen, daß die starken Preissteigerungen der letzten Wochen in Australien nicht ausschließlich auf eine ungenügende Bedarfsdeckung zurückzuführen sind. Devisentechnische Erwägungen spielen bei dieser Entwicklung, so sagt man, eine bedeutende Rolle. Die großen Pfund-Sterling-Guthaben vieler Wolle verbrauchenden Länder drängen nach Anlage in Sachwerten.

Buenos Aires berichtet über feste Haltung für feine Landwollen, die gut gefragt waren. Dagegen waren feine Buenos Aires und grobe Kreuzzuchten ruhig bei geringen Anlieferungen. Es kauften die Vereinigten Staaten und Europa, während Frankreich im Vergleich zu den vorigen Wochen geringeres Interesse zeigte. Der Wollmarkt in Montevideo war fest bei lebhaftem Kaufinteresse. Extra Superfeine wurden mit 30 urug. Peso für 10 kg bezahlt. In der Woche zum 28. Januar beliefen sich Ausfuhrverkäufe Uruguays auf 2017 t, von denen 1174 t nach den USA gingen.

Baumwolle

In New York notierte der März-Termin am 2. Februar 31,30 cts je lb, nach 31,26 cts am 26. Januar. Die New Yorker Baumwollbörse verzeichnete an einzelnen Tagen der Berichtszeit eine sehr lebhafte Geschäftstätigkeit, ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber verschiedentlich aufgetretenen Verkaufsdruck ist jedoch geringer geworden. Indessen scheint das derzeitige Preisniveau noch der Marktlage durchaus zu entsprechen. Nach einem ziemlich scharfen Rückgang zu Anfang der Woche, für den allerdings in der Hauptsache technische Erwägungen ursächlich waren, setzte eine rege Erholung ein. Erst zum Wochenschluß stand die Börse unter stärkerem Abgabedruck, der jedoch durch Deckungskäufe des Handels teilweise aufgefangen werden konnte. Als beunruhigende Faktoren heben sich insbesondere zwei Momente hervor. Das sind erstens die Unsicherheit über die Pläne der Commodity Credit Corporation hinsichtlich des Verkaufs, den sie für ihre Beleihungsbestände aus der Baumwollernte des Jahres 1948, festsetzen will, und zweitens neu aufgetauchte Gerüchte, daß doch noch der sogenannte „gleitende Beleihungssatz" an Stelle des „starren Beleihungssatzes" zu 90% des Paritätspreises in Kraft gesetzt werden könnte. Eine interessante Entwicklung wird im Ausfuhrgeschäft von Baumwolle berichtet. Nach gut unterrichteten Kreisen sollen demnächst drei Frachter aus den amerikanischen Golfhäfen mit insgesamt 50 000 Ballen Rohbaumwolle für China auslaufen. Es verlautet weiterhin, daß sich Rot-China im amerikanischen Kredit zur Finanzierung von Baumwollkäufen bemühe, daß man jedoch das größte Hindernis für diese Transaktionen darin sehe, daß keine sicheren Verschiffungsmöglichkeiten für Baumwolle nach China zur Zeit bestehen. Die nordamerikanische Baumwollausfuhr hält sich auf hohem Stande. In den ersten sechs Monaten des laufenden Baumwolljahres wurden einschließlich Linters 3,4 Mill. Ballen ausgeführt, gegenüber 1,944 Mill. Ballen in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Käufe der Spinnereien an den Lokomärkten der Südstaaten der USA waren in der Berichtswoche gut. Man erwartet, daß sich dies auch in der nächsten Zeit nicht ändern werde. Es werden insbesondere bessere Gradierungen gesucht, die knapp zu werden beginnen. Es ist schon früher auf das Kurzum hingewiesen worden, daß bei großem Gesamtüberschuß der USA an Baumwolle die gängigen guten Sorten nicht sehr reichlich vorhanden sind.

Die Haltung der Alexandriner Baumwollbörse war überwiegend fest. Die Notierungen zogen weiter an. Das Geschäft war jedoch weitgehend durch spekulative Interessengruppen bestimmt. Man sagt, daß die geringe Auslandsnachfrage die derzeitigen hohen Preise für Ashmouni nicht rechtfertige. Daher stand Karnak in den letzten Wochentagen im Vordergrund des Interesses.

Der Umsatz am Baumwollmarkt in Bombay war gering. Von indischen Verladäfen wurden lediglich 200 Ballen fest NT zu 997 Rupien je Candy gehandelt. Die Nachfrage nach kalifornischer Baumwolle hat nachgelassen, weil offenbar die meisten Spinnereien ihren Bedarf vorläufig eingedeckt haben. In Großbritannien wurden in der Berichtswoche 58 762 Ballen Rohbaumwolle gekauft, davon 22 588 Ballen aus Westafrika, 17 723 Ballen aus den USA und 6800 aus Ägypten. Schwimmend und auf dem Wege nach Großbritannien werden 49 542 Ballen, hauptsächlich nordamerikanischer und ägyptischer Provenienz gemeldet. Die Nachfrage der Spinnereien nach Terminabschlüssen in Baumwolle war in Liverpool mäßig.

Baumwoll-Notierungen

	26. 1. 50	4. 2. 50
New York		
Disp.	31.28	32.35
Februar 1950	31.11	31.97
März	31.26	31.93
April	31.36	31.34
Mai	31.36	31.37
Juli	30.71	30.88
Oktober	28.83	28.94
Dezember	28.73	28.85
März 1951	28.66	28.83
Mai	28.60	28.71

Kautschuk

Nr. 1 RSS, Märzkontrakt, stieg in New York von 18,30 am 26. Januar auf 18,38 cts je lb am 2. Februar. Damit überschritt die Kautschuknotierung in New York die Gefahrengrenze von 18,30 cts je lb, die durch den Preis für synthetischen Kautschuk gegeben ist. Die nordamerikanische Kautschukindustrie nahm laufend größere Mengen aus dem Markt, der Handel berichtet, daß sich die Bestände von verfügbarer Ware stark verknappt haben. Anregend wirkte die Wiederaufnahme der Kautschukkäufe für das nordamerikanische Hortungsprogramm. — Nach anfänglich unsicherer Haltung entwickelte sich an der Londoner Kautschukbörse im weiteren Verlaufe der Woche ein freundlicher Grundton. Die Notierungen zogen stetig an und erreichten neue Höchststände. Das Interesse der Käufer konzentrierte sich in der Hauptsache auf Lokoware und nahe Sichten, die nur in geringen Umfängen angeboten wurden. Offenbar reduzierten die Londoner Kautschukhändler mit weiteren Preiserhöhungen. Eine vorübergehende Geschäftsstille an der Londoner Kautschukbörse wurde durch die Bekanntgabe der ECA unterbrochen, daß sie ihre Käufe von Kautschuk gegen Zahlung aus dem britischen Gegenwertfonds wieder aufzunehmen beabsichtige. Außerdem zeigten verschiedene europäische Kautschukverbraucher Kaufinteresse. Auch für Rechnung der Vereinigten Staaten wurden in London Abschlüsse getätigt.

Häute und Felle

Die Notierungen für nordamerikanische Packerhäute gingen in der Berichtswoche leicht zurück, obwohl, da der Anteil von Häuten schlechter Qualität zugenommen hat. Argentinien verkaufte 200 000 Häute an Jugoslawien, darunter einen ziemlich großen Prozentsatz schwerer Häute, die in der letzten Zeit nur unter Schwierigkeiten abgesetzen werden konnten. Auch leichte Ochsen und Kühe gingen aus Argentinien nach Großbritannien. Uruguay hat Frigorificos, Ochsen, zu 34½ d je lb ebenfalls nach Großbritannien verkauft. Die brasilianischen Notierungen waren stetig, Sao Paulo Frigorificos fest. In diesen werden Abschlüsse zu 14½ bis 15 d je lb für britische und europäische Rechnung gemeldet. Von afrikanischen Gefällen waren insbesondere nigerische Häute, aus Europa und den USA gesucht, während die Notierungen für diese Häute den britischen Gerbereien zur Zeit zu hoch stehen. Von den australischen und neuseeländischen Häutemärkten ist nichts besonderes zu melden. Die Preise werden allgemein als zu hoch angesehen.

NE-Metalle in New York

Am nordamerikanischen Markt für NE-Metalle war die Nachfrage nach Kupfer für März-Lieferung außerordentlich lebhaft, nachdem die Hütten am 1. Februar mit der Entgegennahme von Aufträgen für diesen Termin begonnen hatten. In Blei wird ebenfalls über gutes Kaufinteresse berichtet. Die Geschäftstätigkeit in Zink leidet noch immer unter der ungeklärten Lage im Steinkohlenbergbau. Hier dürfte eine Belebung der Kauflust erst nach Beilegung der Lohnstreitigkeiten im Kohlenbergbau eintreten. Die Notierungen für Zinn gaben weiter nach. Straitszinn aus direkten Einfuhren des privaten Metallhandels wurden am 2. Februar von 74⅞ auf 74⅛ cts je lb herabgesetzt, jedoch auf 74⅝ cts je lb kurz darauf erhöht. Die Reconstruction and Finance Corporation hält demgegenüber ihre erst vor wenigen Tagen ermäßigte Notierung von 74⅞ cts je lb für Grad „A" aufrecht.

Eisen und Stahl

Die Nachfrage nach Walzwerkserzeugnissen überstieg in der Berichtswoche in den Vereinigten Staaten die Erwartungen der Werke. Der Auftragseingang ist sehr gut. Der Dachrinnenbedarf für rostbeständigen Stahl hat einen seit einem Jahr nicht dagewesenen hohen Stand erreicht. Die Kokskohlenpreisbildung, eine Folge des Kohlenstreiks, begleitet sich auf die Rohstahlgewinnung auszuwirken. Einige Eisenbahnen haben bereits Beförderungsnachrichtungen zwischen 20 und 25 Prozent vornehmen müssen. Der Markt für Schrott ist ruhig. Die Nachfrage nach Weißblech ist stark, die Lieferfristen erstrecken sich bereits bis in das dritte Viertel 1950 hinein. Die Preise in der Eisen- und Stahlindustrie zeigen weiter steigende Tendenz. Am letzten Donnerstag wurde der Preis für Eisenerz in Cleveland um 50 Cents je Tonne heraufgesetzt. Durch die starke Nachfrage in der letzten Zeit — infolge der lebhaften Geschäftstätigkeit der Stahlindustrie seit Beendigung des Stahlstreiks — sind die Reserven so stark angegriffen worden, daß nunmehr an Endbetriebe des Mittelwestens die tiefer gelegenen Erzlager angebrochen werden müssen, was sich kostspieliger gestaltet.

Metalle

Die Metallmärkte sind während des Januar stetig geblieben. Während in den Vereinigten Staaten die Nachfrage, besonders nach Kupfer, ziemlich lebhaft war, zeigten der englische Markt und die kontinentalen Märkte eine abwartende Hal-

tung. Wahrscheinlich will man sich erst über die statistische Entwicklung im vergangenen Jahr orientieren, für welche die Ergebnisse jetzt langsam bekannt werden. Soweit bisher zu übersehen ist, besteht auch für die Verbraucher kaum eine Notwendigkeit, ihre Käufe zu überstürzen. Von einer Knappheit an Metallen im Weltmaßstab kann heute zweifellos nicht mehr gesprochen werden. Schließlich halten die Metallpreise noch einen Stand, der, verglichen mit den Durchschnittspreisen der Vorkriegszeit, immer noch als lukrativ bezeichnet werden kann, wenn auch die Metallerzeuger darauf hinweisen, daß die Produktionskosten gegen die Vorkriegsjahre gestiegen seien. Es wird in der kommenden Zeit weniger von der Entwicklung der Erzeugung als vielmehr des Verbrauchs abhängen, ob sich die gegenwärtigen Metallpreise behaupten können. Schon ein geringer Rückgang des Verbrauchs könnte starke Rückwirkungen auf das Preisniveau für Metalle ausüben.

Kupfer: Bisher war es in der Hauptsache der Einfuhrbedarf der Vereinigten Staaten in den Nachkriegsjahren, der den Kupfermarkt beeinflußte. Die Weltkupfererzeugung hat sich, wie bereits berichtet, nahezu auf dem Stand des Jahres 1948 im Vorjahr behaupten können. Was wenig beachtet wurde, war der Rückgang des Verbrauchs. Die Aussichten für eine weiter ausreichende Versorgung sind zweifellos günstig, daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die amerikanischen Verbraucher seit Wochen offenbar über den laufenden Bedarf hinaus kaufen. Ganz im Gegenteil könnte das dazu führen, daß sie in absehbarer Zeit aus dem Markt gehen, wenn sich die immer wieder angedeutete Preiserhöhung für Kupfer nicht einstellt. Eine Heraufsetzung der Preise im gegenwärtigen Zeitpunkt würde wahrscheinlich die Kauflust ebenfalls sehr ungünstig beeinflussen. Das scheint man auch in Erzeugerkreisen erkannt zu haben. Solange der gegenwärtige Kupferpreis in Geltung bleibt und die amerikanische Regierung im bisherigen Rahmen Kupfer aus dem Markt nimmt, besteht wenig Möglichkeit dafür, daß sich selbst die mit hohen Gestehungskosten belastete amerikanische Erzeugung verringern wird, während auf der anderen Seite diese Preise den Erzeugern außerhalb der USA zweifellos recht anständige Gewinne sichern, die gleichfalls nicht geeignet sind, die Unternehmungslust zu behindern. Trotz anscheinender Festigkeit kann man die Kupferpreise somit als labil bezeichnen.

Zinn: Das englische Versorgungsministerium ist weiterhin bemüht, durch sparsame Zuteilungen für den Terminmarkt die Preise zu stützen. Das ist auch verständlich, wenn man berücksichtigt, daß das Zinn, das sich im Besitz des Versorgungsministeriums befindet, zu wesentlich höheren als den gegenwärtigen Preisen übernommen wurde. Letzten Endes wird aber nichts weiter übrig bleiben, als gewisse Verluste an diesem Zinn in Kauf zu nehmen. Wenn nämlich erst entsprechendes Zinn in ausreichenden Mengen für die Börsenoperationen zur Verfügung steht, werden sich die Bemühungen des Versorgungsministeriums als nutzlos erweisen. Der Kampf, wer in der Zinnpreisbildung in der kommenden Zeit führend sein wird, die USA oder London, ist bisher noch nicht entschieden. London kann die Führung nur an sich bringen, wenn die englischen Erzeuger und der Handel entsprechend der statistischen Lage des Marktes in den nächsten Monaten den Gegebenheiten Rechnung tragen und den Preis entschlossen senken. Den Vereinigten Staaten ist kaum an hohen Zinnpreisen gelegen, denn sie vertreten im wesentlichen Verbraucherinteressen. Ehe es nicht zu einer Verständigung in der Weltzinnwirtschaft kommt, ist nicht damit zu rechnen, daß sich am Zinnmarkt gesündere Verhältnisse einstellen, es sei denn, daß die Preise soweit zurückgehen, daß ein Teil der Erzeugung unrentabel wird, und sich hieraus eine natürliche, allerdings Opfer kostende, Bereinigung ergibt.

Blei: Der Markt hat sich weiter behaupten können, ohne daß man von einer festen Haltung sprechen könnte. Wenn es nicht Käufe der amerikanischen Regierung gewesen wären, die den Markt stützten, wäre wahrscheinlich ein Nachgeben der Preise möglich geworden. Für Blei sind bisher noch keine neueren statistischen Angaben vorhanden, die erkennen ließen, wie sich die Weltbleiwirtschaft im vergangenen Jahr entwickelt hat. Es gibt gegenwärtig aber wohl wenige Länder, die mit Blei unterversorgt sind.

Zink: Der Zinkmarkt hat sich nicht behaupten können. Die amerikanische Statistik hat mit der ausgewiesenen Zunahme der Zinkbestände offenbar dazu geführt, daß die Erzeuger, die bis in die vorige Woche hinein 10 cts je lb verlangten, ihre Offerten zurückgezogen haben. Die Annahme, daß die Angebote zu 9,75 cts geringer werden würden, hat sich als falsch erwiesen. Die amerikanischen Notierungen lagen zuletzt unter der englischen Parität, so daß das englische Versorgungsministerium die Konsequenzen gezogen und seinen Preis ebenfalls ermäßigt hat. Der westdeutsche Preis blieb indessen unverändert.

In **Westdeutschland** herrscht gegenwärtig eine lebhafte Nachfrage nach Altmetallen. Die „Kleine Blockade", die durch die Beschlagnahme einiger Lastzüge mit Altmetallen, die nach Westdeutschland bestimmt waren, ausgelöst wurde, hält mit wechselnder Stärke immer noch an. Dadurch ist das Geschäft zwischen Berlin und Westdeutschland vollständig zum Stillstand gekommen. Westberliner Altmetallhändler verladen augenblicklich überhaupt nicht, obwohl die Absatzaussichten in Westdeutschland sehr günstig sind. Besonders Altkupfer und Altblei aber auch Altzink sind gesucht, während Altaluminium schlechter abzusetzen ist, weil der Markt zur Zeit mit Neualuminium überfüllt ist. Zur Orientierung seien einige westdeutsche Preise genannt, die in der letzten Zeit gezahlt wurden. (Alles in DM je 100 kg) Rotguß 138—145, Gußbronce 250—265, Blockmessing 115—120, alter Maschinenrotguß 115—125, alter Kupferdraht 150—155, Schwermessing 65 bis 70, Messingblechabfälle 127—130, Messingstangenspäne 100—110, Kartuschen 125 bis 127, Schwerkupfer 142—147. Die ostzonale Presse führt die überhandnehmenden Metalldiebstähle in der Ostzone und in Ostberlin mit einem großen Propagandaaufwand auf die Tätigkeit „amerikanischer Buntmetallspezialisten und Agenten" zurück, während der wahre Grund, worauf immer wieder hingewiesen werden muß, in dem ungeheuren Preisunterschied für Metalle zu sehen ist, der sich durch die Angleichung der westdeutschen Preise an die Weltmarktpreise und das starre Festhalten der Ostzone an den Preisen des Jahres 1948 ergibt, und der noch durch die unterschiedliche Bewertung der Westmark und der Ostmark akzentuiert wird. (An anderer Stelle dieses Blattes findet der Leser einen ausführlichen Bericht über die „Metalldiebstähle".)

Nickel: Dem Jahresbericht der International Nickel Co. of Canada ist zu entnehmen, daß sich der Nickelabsatz im Jahre 1949 um etwa 15 % in Kanada verringert hat. Die Nickelerzeugung hat nach Angaben des statistischen Büros in Kanada im Jahre 1949 128 229 sh/t betragen gegenüber 131 739 sh/t 1948. Um die Mitte 1949 machte sich ein Rückgang der Nachfrage bemerkbar, doch stieg sie trotz der Streiks in den Vereinigten Staaten gegen Ende des Jahres wieder an. In Neukaledonien stieg die Nickelerzeugung im vergangenen Jahr laufend an. Die kubanischen Nickelgruben waren während des Jahres 1949 stillgelegt. Die Sowjetunion gibt zwar keine Zahlen über ihre Nickelerzeugung bekannt, doch ist man offensichtlich bestrebt, diese zu steigern, nachdem man die wertvollen Vorkommen von Petsamo erworben hat. Die Vereinigten Staaten nahmen 1949 rund 65 % der kanadischen Erzeugung auf. Großbritannien verbrauchte dagegen nur 20 %. Der Nickelpreis blieb 1949 mit 40 cts je lb am amerikanischen Markt unverändert, während die Preise an den übrigen Märkten nach der Währungsabwertung der amerikanischen Notierung neu angepaßt wurden. Man rechnet damit, daß der Weltnickelverbrauch sich im laufenden Jahr etwa auf der Höhe des Vorjahres halten wird.

Metallpreise

	England in £ je t	USA in cts je lb	Westdtsch. in DM je 100 kg
Kupfer	132/ 6/8	18,62	184,50
Blei	98/13/6	12,00	116,00
Zink	85/16/8	9,75	106,00
Zinn	698/15/0	74,50	737,00
Aluminium	14/16/0	17,00	173,00

Deutsche Börsen

Frankfurt	13.1.50	20.1.50	27.1.50	3.2.50
AEG	36	33½	34½	33½
Brown, Boveri	90	—	93	91
Buderus	87	77½	78½	78½
Chem. Albert	88	—	88	87
Degussa	73	76	78½	77½
Deutsche Erdöl	61	—	58	58
El. Licht u. Kr.	38½	38	33½	33½
Frankf. Masch.	80	80	80	80
Heidelb. Zement	101	98	98½	98½
Holzmann	34	33	33	33½
Kupferberg	38½	38½	38	—
Lahmeyer	80	80	80	80½
Lanz	47	48½	—	47½
Linde's Eis	88½	88½	84	83½
Metallges.	72	69	67	67½
Rheinmetall	28	28	28	—
Schöfferhof	95	96	93½	95
Siemens & Halske	44	43	43½	43½
Voigt & Haeffner	86	86	—	—
Wayss & Freytag	—	—	—	—
Zellst. Waldhof	43	39½	40½	40
Commerz-Bank	36	35	37½	37
Deutsche Bank	39½	38½	38½	37
Dresdner Bank	36	35	35	34½
4% Frkf. Hyp. Bk.	7⅝	7⅝	7⅝	7½
4% Pfälz. Hyp. Bk.	7⅝	7⅝	7⅝	7⅝
4% Degussa	8⅝	8⅝	8⅝	8⅝

Hamburg	13.1.50	20.1.50	27.1.50	3.2.50
Accumulat	70	73	65	65
Bekula	38½	37	37½	36
Bremer Wolle	96	97	96	96
Demag	98	94	95	94
Deschimag	48½	44	44	—
Dynamit Nobel	47	46	46	48
Feldmühle	78	80	80	78
HEW	73	72	71	71
Hamb. Hochb.	63	60	60	59
Hamb. Hyp. Bk.	35	39	38	39
Hansa Mühle	34	18	18½	19½
Harburg. Gummi	100	100	100	100
Hoffmann Stärke	94	92	92	93
Ilse St. A	18½	19	18	18
Ilse Genuß	13	13	13	13
Karstadt	75	75	76	75
Phönix Inh.	38	38	38	37½
Rütgers	44	44½	44½	46
Schering	41	38½	38	38
Hapag	28	—	—	27
Nordd. Lloyd	25	24	25	25
4% Hbg. Hyp.	7⅝	7⅝	7⅝	7½
4% Hbg. El. W.	8⅝	8⅝	8⅝	8⅝
Hannover				
Conti Gummi	118	108	108	113
Hackethal	100	97	97	97
Ilseder Hütte	81½	75	78½	77
Mech. Web. Linden	35	38	38	36
Salzdetfurth	35	34	33	33½
Wollw. Döhren	35	36	36	36
Wintershall	58	58	58	58

Düsseldorf	13.1.50	20.1.50	27.1.50	3.2.50
Alexanderwerk	33	34	33	33
Bubiag Masch.	95	94	96	98
Basalt AG	58	57	57	57
Dortm. A.-Brau	73	69	73½	71
Felten & G.	78½	75	74	—
Ford	80	80	84½	78
Gerresh. Glas	90	89	90	89
Goldschmidt	—	—	—	—
G. H. H.	88½	87	86	—
Harpen	77	76	75	73
Hoesch	83	80	84½	83
Kabel Rheydt	75	67	68	67
Klöckner	58	54	56	53
Mannesmann Rl.	57½	56½	57	56½
Mülh. Berg	61½	—	54	54
Rheinpreußen	98	98	97	100
Rhein. Kunstseide	44	45	45½	46
Rhein. Zellwolle	42	39½	54	40
Rheinstahl	55½	55½	55½	—
RWE	80½	84	80½	84
Verein. Stahlw.	31	34½	35	32
Westwaggon	34	47½	32	33
Westf. Kaufhof	78	78	78	78
Rhein. Westf. Boden	30	30	30	30
4% Rh. W. Bd.	8	8	8	8
4% Gelsenberg	9⅝	9⅝	9⅝	9⅝
5% Klöckner	—	—	—	7

München	6.1.50	13.1.50	20.1.50	3.2.50
Amperwerke	62	62½	60	62½
Augsb.-Nbg.-Masch.	77	73	78	81
BMW	20½	20½	20	20½
Diamalt AG	98	98	100	104
Doris	81	78	77½	78
Hackerbräu	83	80	80	81
Hanfw. Füssen	111	110	112	117
Hutschenreuter	87	84	80	83
Krauß Maffei	58	59½	59	59
Lech El.	83	83	85	84
Löwenbräu	87	82½	81½	81
Mech. Baumw. Sp.	105	100	100	100
Rathgeber	98	98	98	94
Rosenthal	85	87	86	85
Spinn. u. Web. Kott.	—	—	100	100
Südd. Zucker	81½	80	80½	80½
Tucherbräu	58	58	38½	40
Würzburg. Hofbr.	58	51	—	52
Bayr. Hyp. u. W. Bk.	36	35½	36	35
Südd. Boden	30	28½	27½	28½
Allianz Leben	65	64	65	65
Allianz Vers.	69	65	69	71
4% Bayer. Hyp. Bk.	8	8	8	8
4% Augsb. Nbg.	7⅝	7⅝	7⅝	7½
Stuttgart				
Brauerei Wulle	58	60	60	58
Daimler	53	52	53	53
Junghans	60	60	60	60
Knorr	81	80	81	81
Salamander	78½	79	78½	78
Württ. Bank	38	38	—	38

Auslands-Börsen

Die Gegensätzlichkeit der Anschauungen über das neue intereuropäische Zahlungsabkommen, über das in Paris verhandelt wird, wird am besten durch die beiden Antagonisten, den britischen Schatzkanzler, Sir Stafford Cripps, und den ECA-Administrator, Paul G. Hoffman, personifiziert. Für Hofman ist die Anerkennung des Prinzipes, daß Salden durch Goldtransfer ausgeglichen werden müssen, die Voraussetzung für ein Gelingen des Zahlungsabkommens. Großbritannien sieht in dem Abkommen mehr oder weniger nur eine zusätzliche Verankerung bereits bestehender zweiseitiger Handels- und Zahlungsabkommen, mit deren Hilfe die Verrechnung in Gold oder Dollar völlig ausgeschaltet oder doch wenigstens auf ein Minimum beschränkt werden kann. Die Vereinigten Staaten und von den europäischen Ländern Benelux streben eine Neuregelung an, die bilaterale Zahlungs- und Handelsabkommen überflüssig macht. Sie wollen die Verrechnung in Gold, weil sie der Ansicht sind, daß auf diese Weise der natürliche Wettbewerb in seine vollen Rechte eingesetzt wird. Nach Ansicht der Vereinigten Staaten und von Benelux gewährleistet die Nichtkonvertierbarkeit der Währungen den Produzenten im Sterling-Block ein offenes Absatzgebiet und sie gewährleistet außerdem den Produzenten im Dollar-Block Dollar-Überschüsse. Großbritannien andererseits kann einer freien Konvertierbarkeit der europäischen Währungen nicht zustimmen, weil diese Zustimmung zwangsläufig zur Folge haben würde, daß Großbritannien seine letzten Gold- und Dollarreserven und gleichzeitig leicht zu verteidigende Absatzgebiete verlöre. Freie Konvertierbarkeit der europäischen Währungen würde außerdem Großbritannien zwingen, mit den nordamerikanischen Ausfuhren in Wettbewerb zu treten, was es sich nach dem heutigen Stande seiner Wirtschaft nicht leisten kann. Die Vereinigten Staaten können dagegen ein Hineingleiten der europäischen Währungssysteme in den Sterling-Block nicht dulden, weil das eine Beschränkung ihrer eigenen Absatzmärkte zur Folge haben würde. Die Verhandlungen sind an einem toten Punkt angelangt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil kurz vor den britischen Parlamentswahlen die Vereinigten Staaten aus politischen Gründen kaum wagen können, die Briten durch Druckmittel zu ihrer eigenen Ansicht zu bekehren. Immerhin verfügen die Vereinigten Staaten gegenüber Großbritannien nach der oftmals erfolgreichen Methode des „Zuckerbrotes und der Peitsche" auch über andere Mittel, um den britischen Schatzkanzler ihren eigenen Plänen geneigter zu machen. Das treibende Element in den Pariser Verhandlungen ist eindeutig die Marshallplanverwaltung. Sie besteht darauf, daß die Integrierung der europäischen Nationalwirtschaften die Voraussetzung für ein Gelingen der Marshallhilfe sei. Daß man sich bei der ECA über die Schwierigkeiten klar ist, beweist die Äußerung des ECA-Administrators vor einigen Monaten, daß es schwer sei, völlig verschiedene Wirtschaftssysteme zusammenzuführen. Gewiß, die ECA hat wenig Einfluß auf die britische Wirtschaftspolitik. Sie hat jedoch die finanziellen Mittel, mit deren Hilfe diese britische Wirtschaftspolitik bisher am Leben erhalten wurde.

PARIS: freundlich

Die Entwicklung an der Pariser Effektenbörse in der Woche zum 3. Februar war in den ersten Tagen weitgehend durch innerpolitische Ereignisse bestimmt, in der zweiten Wochenhälfte stand sie völlig unter dem Eindruck der Außenpolitik. Wenn auf der einen Seite der parlamentarische Sieg der Regierung Bidault in der Frage des Teuerungsausgleichs beruhigend wirkte, so hat auf der anderen Seite die Anerkennung der kommunistischen Gegenregierung in Vietnam in der Person des Gegenspielers des von den Franzosen eingesetzten Regenten von Indochina durch die UdSSR lebhafte Unruhe ausgelöst. Die außenpolitische Lage wird in Frankreich mit umso größerer Sorge betrachtet als die UdSSR es nicht für nötig gehalten hat, eine französische Protestnote gegen den sowjetischen Schritt anzunehmen, geschweige denn darauf zu antworten. Trotz diesen politischen Wolken kann die Grundstimmung der Börse nicht als unfreundlich bezeichnet werden. Es überwogen die Kursgewinne, die sich allerdings in bescheidenen Rahmen hielten. Es ist natürlich, daß französische Kolonialwerte, zumal nach Indochina hin orientierte Papiere, unter dieser politischen Entwicklung am meisten zu leiden hatten. Die übrigen Gruppen zeigten überraschende Widerstandsfähigkeit. Französische Renten schlossen in gedrückter und lustloser Stimmung.

	3. 2. 50	27. 1. 50
3%ige ewige Rente	5 730	5 700
Credit Lyonnais	1 540	1 540
Caoutchouc Indochine	590	610
Kuhlmann	1 510	1 545
Schneider Creusot	6 075	6 150
Canadian Pacific	5 720	5 625
Shell	2 730	2 755
De Beers	2 000	1 940
Rio Tinto	15 800	15 900
Suez Kanal	107 500	106 700

Schweiz: unsicher

Die Unternehmungslust der Käuferkreise hat sich an den schweizerischen Effektenbörsen merkbar verringert, sie trat nur noch in einzelnen Spezialpapieren ausgeprägter hervor. Am auffallendsten war, daß die Bedeutung der New Yorker Börse als Tendenz bestimmender Faktor eine starke Einbuße erlitt. Im Gegensatz hierzu traten die Momente weltpolitischer Natur mehr in den Vordergrund der Börsengespräche, zumal da sich die Gegensätze zwischen Ost und West erneut verschärften. Aufmerksam verfolgt werden vor allem die aus dem Zerwürfnis zwischen Frankreich und der UdSSR resultierenden Entwicklungen. Auch die innerpolitischen Vorgänge in den USA und in verschiedenen europäischen Ländern trugen dazu bei, die Haltung des Börsenhandels auf Vorsicht abzustimmen. Obwohl die Kursgestaltung während der abgelaufenen Woche einigen Schwankungen unterworfen war, muß die technische Situation der Effektenmärkte als gesund bezeichnet werden. Die Stimmung bedarf zu ihrer Anregung indessen neuer Impulse. Die deutschen Werte und die nach Deutschland hin orientierten schweizerischen Papiere fanden kaum noch Nachfrage und bröckelten im Kurse ab. Bestimmend hierfür war die zerfahrene politische Situation und die Situation und die Spannungen in der wirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands. Die amerikanischen Aktienzertifikate zeigten freundliche Tendenz im Zusammenhang mit den aus Wallstreet eingetroffenen Meldungen. Am Obligationenmarkt hat sich das Anlageinteresse für eidgenössische Emissionen wieder etwas belebt, so daß die Notierungen anzogen. Ausländische Obligationen lagen ruhig, deutsche Anleihen schwächten sich unter Realisationsdruck mäßig ab.

Notenkurse in Zürich am 4. 2. 1950

1 $ USA	4.28½ / 4.30½
1 £ England	10.50 / 10.65
100 ffr Frankreich	1.08 / 1.11
100 bfrs Belgien	8.57½ / 8.65
100 hfl Holland	97.50 / 102.50
100 skr Schweden	69.50 / 71.—
100 nkr Norwegen	48.50 / 49.50
100 dkr Dänemark	48.50 / 52.—
100 Lire Italien	—.63 / —.66
100 Escudos Portugal	14.65 / 14.85
100 čkr Tschechoslowakei	—.— / 1.15
100 arg. Pesos Argentinien	36.— / 38.—
100 türk. £ Türkei	—.90 / 1.05
100 österr. Schill. Österr.	13.35 / 13.65
1 israel. £ Israel	7.10 / 7.40
100 DM Deutschland	**82.— / 83.50**

London: gehalten

Die Londoner Effektenbörse konnte ihren Kursstand im großen und ganzen halten. Je näher der Termin für die Parlamentswahlen heranrückt, desto bestimmender wird der Einfluß, der von diesem für die britische Wirtschaft entscheidenden Ereignis ausstrahlt. Von sonstigen besonderen Begebenheiten verdient der Zeichnungserfolg auf die neuen Obligationen der English Electric Company hervorgehoben zu werden, deren Nominalwert von 3 Mill. Pfund Sterling um das Zehnfache überzeichnet wurde. Der Abschluß des Uniscan-Vertrages brachte lebhaftes Interesse für skandinavische Emissionen. Argentinische Werte konnten aus der Hoffnung, daß die bevorstehenden britisch-argentinischen Finanzbesprechungen eine Lösung in der Frage des Geldtransfers aus Argentinien nach Großbritannien bringen werde, einigen Nutzen ziehen. Die Haltung der Londoner Stock-Exchange kann nicht als ausgesprochen unfreundlich bezeichnet werden, sie war sogar an einigen Tagen fest, trotzdem blieb die Grundstimmung gedrückt; sie entbehrt größerer Anregungen. Am Wochenschluß war der Geschäftsumfang gering. Britische Staatsanleihen zeigten leicht nachgebende Tendenz, während die führenden Industriewerte im allgemeinen in stetiger Haltung verharrten. Von ausländischen Obligationen waren unter anderem an einigen Tagen auch deutsche Anleihen wieder gefragt. Die zeitweiligen kleinen Gewinne konnten jedoch nicht gehalten werden, so daß sie im allgemeinen auf dem gleichen Kursstand wie zu Ende der Vorwoche schlossen. Von südafrikanischen Goldwerten standen die Anteile von in der Entwicklung begriffenen Gesellschaften in der Gunst des Publikums.

	3. 2. 50	27. 1. 50
2½%ige Consols	71½	71
3%ige Dawes-Anleihe	22½	23¼
5½%ige Young-Anleihe	17½	18
7%ige Deutsche Kaliant.	69½	68
4½%ige Dtsche. Kaliant.	63½	63¼
Rio Tinto	13½	13¼
Royal Dutch	22½	22⅛
Anglo Iranian	130/9	131/3
Courtaulds	35/1½	34/1½
Imperial Chemical	41/3	41/9
Reuters Index für		
Goldminenwerte	91,5	90,6
Industriewerte	135,5	136,8
Kaffirwerte	117,4	117,8

New York: Hausse

Die New Yorker Wallstreet stand in der Berichtswoche im Zeichen einer fast ununterbrochenen Hausse. Gleich der erste Wochentag ließ die Kurse nahe an den höchsten Stand dieses Jahres heranrücken. Neue, günstig aufgenommene Dividendenerklärungen und gute Geschäftsaussichten der nordamerikanischen Wirtschaft wirkten anregend. In der Angelegenheit des Kohlenstreikes rechnete der Handel mit einer schnellen Aktion des Präsidenten. Wenn auch die Lohnstreitigkeiten im Steinkohlenbergbau die Entwicklung an der New Yorker Effektenbörse ohne Zweifel stark beeinflußten, so gewannen doch immer wieder die konsolidierenden Kräfte die Oberhand, so daß eine Umkehrung des Trends vermieden wurde. Im Vordergrund des Interesses standen zumeist die Favoritenpapiere der Schwerindustrie, zumal da nach Vorlegung des Rechnungsabschlusses der United States Steel Corporation für die Anteile dieser Gesellschaft starkes Publikums-Interesse einsetzte. Auch die Veröffentlichung über die neuen Steuervorschläge des amerikanischen Finanzministers, die am letzten Wochentage zur Kenntnis der Börse kam, vermochte die Haltung nicht zu beeinflussen. Man ist der Ansicht, daß die Erhöhung der Gesellschaftssteuer von 38 auf 42 Prozent die wirtschaftliche Entwicklung der USA nicht behindern kann. Die Haltung der Börse blieb daher freundlich, insbesondere da Berichte, daß beispielsweise bei General Motors mehrere Werke mit Überstunden arbeiten und daß andere auch während des Wochenendes ihren Betrieb aufrecht erhalten, anregend wirkten. New York beschloß die Woche in fester Haltung.

Durchschnittskurse für:	3. 2. 50	27. 1. 50
30 Industriewerte	204.55	199.66
20 Eisenbahnwerte	56.51	54.83
40 Inlandsanleihen	101.79	101.85
15 Versorgungsbetriebe	42.30	41.87
Moodys Index	394.5	395.1

Deutsche Gesellschaften

Karstadt stellt 1:1 um

Der HV der Rudolph Karstadt AG., Hamburg, am 1. März wird vorgeschlagen, das Aktienkapital 1:1 auf 60 Mill. DM umzustellen. Die Gesellschaft hat, wie sie mitteilt, Reserven aufgelöst und u. a. auch das Anlagevermögen höher bewertet, um das Aktienkapital unverändert zu lassen. Von den mit 86,942 Mill. DM ausgewiesenen Aktiven liegen 7,885 in der Ostzone, 17,684 in Berlin und 61,355 in den Westzonen. Demgegenüber stehen die Verpflichtungen lediglich mit 9,876 Mill. DM zu Buch. Es ergibt sich so ein Vermögensüberschuß von 77,066 Mill. DM, aus dem das Kapital von 60 Mill. DM gebildet und die verbleibenden 17,066 Mill. DM auf die gesetzlichen Rücklagen mit 6 und auf andere Rücklagen mit 11,066 Mill. DM verteilt werden.

Im einzelnen gliedert sich die DM-Eröffnungsbilanz wie folgt (in Mill. DM):

Aktiva	Ost	Berlin	West	Ges.
Anlagevermögen				
Grundstücke, Gebäude und Einrichtungen	6,3	7,5	38,7	52,5
Beteiligungen	—	7,2	7,6	14,8
Umlaufvermögen				
Warenvorräte	1,5	2,4	12,0	15,9
Kasse und Bankguthaben	0,08	0,3	1,5	1,9
Sonstige Umlaufvermögen	0,16	0,3	0,5	0,9
Bilanzsumme	7,9	17,7	61,4	86,9

Passiva		
Aktienkapital		60,000
Gesetzliche Rücklage	6,000	
Andere Rücklagen	11,066	17,066
Rückstellungen	0,807	
Hypotheken	0,598	
Finanzverpflichtungen in fremder Währung (hauptsächlich Rest der alten $-Anleihe)	0,178	
Laufende Verpflichtungen gegenüber abhängigen Gesellschaften	1,220	
alle anderen	0,348	
Rechnungsabgrenzung	4,000	9,876
Bilanzsumme:		86,942

Mit der DM-Eröffnungsbilanz wird die Gesellschaft der HV auch die Bilanz für das Rumpfgeschäftsjahr vom 21. Juni bis 31. Dezember 1948 vorlegen. In dieser Bilanz ist für die 1949 eingetretenen Kursveränderungen der Valuta-Verpflichtungen schon eine Rückstellung von 1,343 Mill. DM gebildet; außerdem sind Enteignungsverluste im Osten mit rund 800 000 DM abgebucht. Nach normalen Abschreibungen auf das Anlagevermögen verbleibt sodann ein Gewinn für das Rumpfgeschäftsjahr von 107 000 DM. Die Gesellschaft berichtet, daß die Umsätze sich schon im Herbst des Jahres 1948 zufriedenstellend entwickelt hätten. Diese Entwicklung habe 1949 bei sinkenden Preisen ihren Fortgang genommen. Dem Geschäftsergebnis des Jahres 1949 werden nach Angaben der Gesellschaft noch die letzten Enteignungsverluste im Osten gegenüberstehen.

Rheinische Zellwolle

Nachdem die Rheinische Zellwolle AG., Siegburg, am 1. September 1948 die Erzeugung wieder aufnehmen konnte, konnte in der Folgezeit die Produktion des Werkes verfeinert und spezialisiert und die Kapazität den gegebenen Möglichkeiten angepaßt werden. Seit November 1949 ist das Unternehmen voll ausgelastet. Die Werksleitung erwartet, daß auch in den kommenden Monaten die Produktion voll abgesetzt werden kann.

Das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar bis 20. Juni 1948 schloß mit einem Verlust von 1,53 Mill. RM ab. Dieser Verlust wurde zusammen mit dem Verlustvortrag aus den Stillstandsjahren 1945/47 in Höhe von 6,13 Mill. RM durch entsprechende Auflösung der gesetzlichen Rücklage in Höhe von insgesamt 8,39 Mill. RM gedeckt. Die Bilanz schließt deshalb ohne Ergebnis ab. In der Bilanz erscheinen (alle Werte in Mill. RM) die Anlagen mit 16,38, das Umlaufvermögen mit 3,53, davon Vorräte 2,22, und Konzernforderungen mit 1,02. Die durch den Kriegsausgang beeinträchtigten Vermögenswerte belaufen sich auf 6,53. Die Verwaltung des Werkes teilt dazu mit, daß dieser Posten mit der Neufestsetzung des Grundkapitals seine Bilanzbereinigung finden soll. Das Grundkapital beträgt 25. Die Verbindlichkeiten belaufen sich auf 2,35, davon Konzernschulden 0,74 und Bankschulden 1,28.

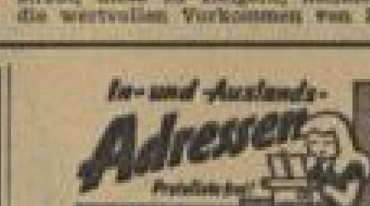
Änderungen im Aufsichtsrat der Iduna-Germania

Nach den in der außerordentlichen Mitgliederversammlung bzw. außerordentlichen Hauptversammlung vorgenommenen Zuwahlen setzen sich die Aufsichtsräte beider Gesellschaften wie folgt zusammen: Iduna-Germania Lebensversicherungsgesellschaft AG in Berlin: Direktor Dr. W. Scheel, Vorsitzender, Berlin; Kaufmann Hans Kühn, Stellvertreter, Hamburg; Rechtsanwalt und Notar Hans Aldenhoff, Berlin; Abt. Präsident Ernst Castro, Essen; Oberreichsbahnrat i. R. Max Erbarth, Hamburg; Senator August Kirch, Hamburg; Direktor Dr. Straßmann, Berlin. Iduna-Germania Allgemeine Versicherungs-AG: Rechtsanwalt und Notar Hans Aldenhoff, Vorsitzender, Berlin; Kaufmann Hans Lephin, Stellvertreter, Hamburg; Direktor Erich Bockmühl, Pattscheid bei Opladen (Rhld.); Bankdirektor a. D. Walther Plakowski, Berlin; Rechtsanwalt Dr. Erich R. Prüß, München; Generaldirektor Otto Springorum, Essen.

Jetzt täglich
AOA-Zweideck-„Stratocruiser"*
von Frankfurt nach New York

Der schnellste direkte Transatlantik-Dienst Deutschland-USA
* Die viermotorigen AOA-Zweideck-„Stratocruiser" sind die schnellsten, größten und bequemsten Passagier-Flugzeuge der Welt.
* Täglicher Dienst Frankfurt-London-New York. Durchgehende Schlafkabinen. Passagier-Buchungen auch nach London.
* Besonders ermäßigte Winterpreise für Hin- und Rückflug sparen Ihnen zusätzliche 25%. Frankfurt-New York-Frankfurt jetzt nur $ 551.80. Frankfurt-London jetzt nur $ 57.—
* AOA-Zweideck-„Stratocruiser" haben Frachträume für über 7000 kg.
* Nur AOA verfügt über 77 Büros in USA, Kanada u. Mexiko.
Auskunft und Buchungen durch Ihr Reisebüro, Ihren Spediteur oder AMERICAN OVERSEAS AIRLINES:
Frankfurt, Am Hauptbahnhof
Berlin, Flughafen Tempelhof
München, Hotel Königshof
Hamburg, Ferdinandstraße
AOA Spezialisten im Luftverkehr nach USA

Neuerscheinung! Verzeichnis der für Deutschland zuständigen
Konsular- und Handels-Vertretungen
des gesamten Auslands mit Telephonangabe. Preis DM 1.95 inkl. Porto. Bestellungen direkt an den „Verlag für Auslandskunde", Baden-Baden.



Erdbohrer — Brunnenbohrer „Tellus"
Patent-Filterbrunnenbohrer mit allem Zubehör.
Fr. Wahrenburg, gegr. 1913, München, Gotthelfstr. 79.

Transp. Zeichenpapier, Zeichenkarton, Millimeterpap., Logarithmenpap., Diagrammrollen, Registrierpapier, Saugpapier etc. sof. lieferbar. Anfragen unt. 8/1075 an die Wirtschaftsrevue, Karlsruhe, Veilchenstraße 35.

Neue Geschäftsverbindungen für den
Export nach Holland,
den holländischen Kolonien, Indonesien und Curacao
vermittelt Ihnen die einzige holländische Fachzeitschrift für Großhandel, Export, Import
Groothandel
Weekblad voor Import, Export, Transito, Reciprociteit en Binnenlandse Handel
Organ der Handelskammer in Den Haag für die
40 000 Mitglieder
der Sektion Großhandel, Export, Import
Abonnenten sind die Großhändler, Exporteure und Importeure in Holland, den holländischen Kolonien, Indonesien und Curacao, ferner alle holländischen Großkaufleute im Ausland sowie die großen Handelsfirmen in Belgien und Luxemburg.
Groothandel
nimmt Anzeigenaufträge deutscher Firmen ab 1. Januar 1950 gegen Zahlung in Deutscher Mark entgegen. Interessanten wenden sich an die
Generalvertretung für Deutschland:
Karlsruher Wirtschaftsverlag G. m. b. H.
(17a) Karlsruhe (Baden), Veilchenstraße 35

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg